

# Monatsbericht des BMF August 2012





Monatsbericht des BMF August 2012

# Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung			
-	nichts vorhanden			
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts			
	Zahlenwert unbekannt			
X	Wert nicht sinnvoll			

# Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Überblick zur aktuellen Lage	5
Analysen und Berichte	6
Mittelfristige Projektion der öffentlichen Finanzen	
Ergebnisse der Steuerfahndung in den Jahren 2010 und 2011 Analyse der Selbstfinanzierungsquote von staatlichen Förderprogrammen	
Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage	34
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juli 2012	
Entwicklung des Bundeshaushalts bis Juli 2012	
Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2012	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes Termine, Publikationen	
Statistiken und Dokumentationen	56
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	58
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	92

## **Editorial**

Liebe Leserinnen und Leser,

inzwischen liegen für Deutschland erste praktische Erfahrungen mit der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse vor. Der Bund hat die Defizitvorgaben der Schuldenbremse im Jahr 2011 mit großem Sicherheitsabstand erfüllt. Er wird die für das Auslaufen der Übergangsphase im Jahr 2016 vorgesehene Obergrenze für das strukturelle Defizit von 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) vorzeitig erreichen. Die Länder müssen mit Nachdruck darauf hinarbeiten, spätestens im Jahr 2020 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt zu realisieren. Die jetzt aktualisierte mittelfristige Projektion des Öffentlichen Gesamthaushalts aus Bund, Ländern und Gemeinden zeigt, dass die Gebietskörperschaften die Herausforderungen zur notwendigen Konsolidierung ihrer Haushalte annehmen. Das Finanzierungsdefizit von Bund, Ländern und Gemeinden insgesamt wird nach der aktuellen Projektion in den kommenden Jahren konsequent abgebaut.

Mit dem Europäischen Fiskalvertrag haben sich 25 Staaten der Europäischen Union verpflichtet, eine nationale Fiskalregel ähnlich der deutschen Schuldenbremse einzuführen. Der Fiskalvertrag schreibt konkret vor, verbindliche Regeln einzuführen, die für den Gesamtstaat ein strukturelles Defizit von maximal 0,5 % des BIP vorsehen. Deutschland



dürfte diese Defizitobergrenze voraussichtlich bereits in diesem Jahr erreichen und auch in den Folgejahren einhalten. Ab 2014 ist mit einem nahezu ausgeglichenen staatlichen Haushalt zu rechnen.

Die nationalen und europäischen Fiskalregeln helfen dabei, auch den Schuldenstand in Relation zum BIP Schritt für Schritt zu reduzieren. Auf diese Weise wird Deutschland auch die europäischen Vorgaben zur kontinuierlichen Rückführung der Schuldenstandsquote auf 60 % des BIP erfüllen können. Auch hierin zeigen sich die Erfolge der Politik des Bundes zur wachstumsfreundlichen Defizitreduzierung.

L. SU-

Dr. Thomas Steffen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

# Überblick zur aktuellen Lage

#### Wirtschaft

- Das Bruttoinlandsprodukt ist im 2. Quartal 2012 mit etwas vermindertem Tempo angestiegen.
- Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist insgesamt weiterhin günstig. Die Arbeitslosigkeit nahm zwar zum vierten Mal in Folge leicht zu, aber der Beschäftigungsaufbau setzte sich – wenn auch etwas verlangsamt – fort.
- Die Inflationsrate blieb den dritten Monat in Folge unter der Zweiprozentmarke. Angesichts der sich abzeichnenden verhaltenen weltwirtschaftlichen Entwicklung dürfte sich das Preisklima weiter beruhigen.

#### Finanzen

- Die gesamtstaatlichen Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) lagen im Juli 2012 um 8,6 % über dem Niveau des Vorjahresmonats. Hierzu trugen insbesondere die Lohnsteuereinnahmen bei, die weiterhin von den Beschäftigungs- und Lohnsteigerungen profitieren. Das gesamte Steueraufkommen erhöhte sich von Januar bis Juli des Jahres insgesamt um 5,0 %.
- Bis einschließlich Juli 2012 entwickelten sich die Einnahmen und Ausgaben des Bundes gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum weiterhin positiv (Einnahmen + 2,3 %, Ausgaben - 0,9 %). Eine verlässliche Vorhersage zur weiteren Entwicklung des Bundeshaushalts im Jahresverlauf lässt sich jedoch weder aus einzelnen Positionen noch aus dem derzeitigen Finanzierungsdefizit von 30,3 Mrd. € ableiten.
- Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit beträgt Ende Juni rd. -2,7 Mrd. € und unterschreitet den Vorjahreswert um rd. 1,9 Mrd. €. Die Ausgaben der Länder insgesamt erhöhten sich im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 0,7 %, während die Einnahmen um 2,0 % anstiegen.
- Die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe erreichte Ende Juli 2012 einen Wert von 1,35 %, die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich auf 0,39 %.

MITTELFRISTIGE PROJEKTION DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN

# Mittelfristige Projektion der öffentlichen Finanzen

## Konsolidierung ermöglicht mittelfristig ausgeglichene öffentliche Haushalte – europäische Vorgaben werden eingehalten

- Die Konsolidierungspolitik der öffentlichen Finanzen in Deutschland trägt Früchte: Der Bund hat seine Schuldenbremse erfolgreich umgesetzt. Er wird bereits vorzeitig die reguläre Obergrenze eines strukturellen Defizits von 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) einhalten. Auch die übrigen Gebietskörperschaften tragen mittelfristig zur Verbesserung des Finanzierungssaldos in der Abgrenzung der Finanzstatistik, von einem Defizit von 35 ½ Mrd. € im Jahr 2012 auf einen leichten Überschuss im letzten Jahr der Finanzplanung 2016, bei.
- Gesamtstaatlich kann bereits in diesem Jahr das mittelfristige Haushaltsziel (strukturelles Defizit von maximal 0,5 % des BIP) erreicht und im Zeitraum der Finanzplanung weiter eingehalten werden. Das Maastricht-Defizit wird in diesem Jahr auf gut ½ % des BIP sinken. Ab dem Jahr 2014 ist der Staatshaushalt nahezu ausgeglichen.
- Auch das Maastricht-Schuldenstandskriterium des Stabilitäts- und Wachstumspakts (1/20-Regel) wird eingehalten. Die Maastricht-Schuldenstandsquote wird im laufenden Jahr zwar voraussichtlich aufgrund der Rettungsmaßnahmen zur Abwehr der europäischen Staatsschuldenkrise und der Finanzmarktkrise um circa 2½ Prozentpunkte auf 83½% ansteigen. Ab dem kommenden Jahr wird die Schuldenquote jedoch wieder sinken bis auf voraussichtlich 74½% im Jahr 2016.

1	Einleitung	6
	Die Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts und seiner Ebenen	
2.1	Bund	8
2.2	Länder	10
2.3	Gemeinden	11
3	Entwicklung der öffentlichen Haushalte in der Maastricht-Abgrenzung	13
3.1	Unterschied zwischen Finanzstatistik und Maastricht-Abgrenzung	13
	Entwicklung des staatlichen Finanzierungssaldos	
4	Entwicklung des Maastricht-Schuldenstands	19
	Fazit und Aushlick	

## 1 Einleitung

Nach dem starken Abbau des Finanzierungsdefizits des Öffentlichen Gesamthaushalts (Bund, Länder und Gemeinden einschließlich Extrahaushalte; ohne Sozialversicherung) im vergangenen
Jahr dürfte sich der Finanzierungssaldo
zunächst im laufenden Jahr etwas
verschlechtern, bevor er sich in den folgenden
Jahren des Finanzplanungszeitraums
2013 bis 2016 kontinuierlich verbessert –
bis hin zu einem Überschuss im letzten

MITTELFRISTIGE PROJEKTION DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN

Jahr des Finanzplanungshorizonts.¹ Die vorübergehende Verschlechterung der Finanzsituation 2012 wird insbesondere durch zwei Sondereffekte geprägt: Zum einen nehmen die Einnahmen aufgrund der im vergangenen Jahr zurückgezahlten Bankenrekapitalisierungen und damit eines hohen Ausgangsniveaus mit 1% gegenüber dem Vorjahr nur relativ schwach zu. Zum anderen steigen die Ausgaben mit 2% im Vergleich dazu stärker, u. a. wegen der Einzahlungen Deutschlands an den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM).

Die Einnahmen und Ausgaben des Öffentlichen Gesamthaushalts bilden die finanzstatistische Basis für die Berechnung der öffentlichen Haushalte in der Maastricht-Abgrenzung (Gebietskörperschaften inklusive Extrahaushalte und Sozialversicherung in der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen). Da die obengenannten Sondereffekte, die nicht unwesentlich zum Anstieg des Defizits des Öffentlichen Gesamthaushalts in diesem Jahr beitragen, größtenteils nicht vermögenswirksam sind, wird sich der staatliche Finanzierungssaldo in der Maastricht-Abgrenzung bereits im laufenden Jahr weiter verbessern können.

### 2 Die Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts und seiner Ebenen

Der Öffentliche Gesamthaushalt (ÖGH) in der Abgrenzung der Finanzstatistik setzt sich in der Projektion des Bundesministeriums

<sup>1</sup>Die Mittelfristprojektion des Bundesministeriums der Finanzen wurde im Arbeitskreis Stabilitätsrat am 4. Juli 2012 zwischen Bund und Ländern diskutiert. Die Projektion umfasst das aktuelle Jahr sowie die Jahre 2013 bis 2016. Über das Ergebnis der Steuerschätzung vom Mai dieses Jahres hinausgehend sind – analog zum Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2013 und zum Finanzplan bis 2016 – weitere beschlossene steuerpolitische Maßnahmen für alle staatlichen Ebenen berücksichtigt.

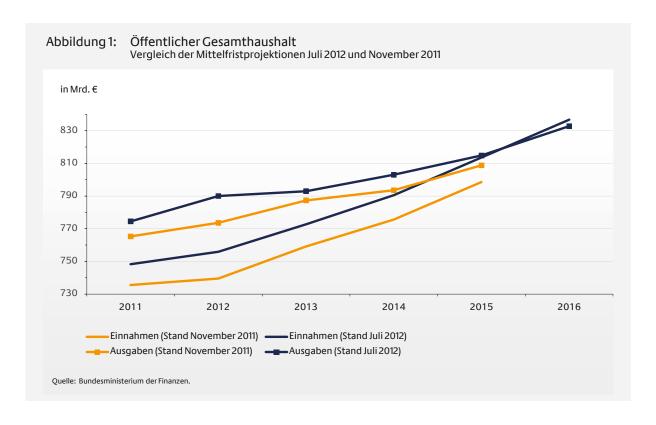
der Finanzen (BMF) aus den Ebenen Bund,
Länder und Gemeinden sowie ihrer jeweiligen
Extrahaushalte zusammen.² Laut aktueller
Schätzung wird sich im laufenden Jahr das
Finanzierungsdefizit des ÖGH im Vergleich
zum Jahr 2011 um rund 7 Mrd. € auf 35 ½ Mrd. €
erhöhen. Bei nahezu unverändertem
Finanzierungssaldo der Länder resultiert dies
aus einem – zur Hälfte in der Kapitaleinzahlung
in den ESM begründeten – Defizitanstieg
des Bundeshaushalts und einem geringeren
Überschuss der Extrahaushalte des Bundes.
Diese belastenden Effekte übersteigen
die Verbesserung der Finanzsituation der
Gemeinden (vergleiche Tabelle 1).

In den Folgejahren dürften dagegen alle Gebietskörperschaften dazu beitragen, dass das Defizit des ÖGH deutlich zurückgeführt wird. Am Ende des Finanzplanungszeitraums (2016) könnte der ÖGH aufgrund des zu erwartenden hohen Überschusses der Gemeinden einen positiven Finanzierungssaldo ausweisen. Wie im November vergangenen Jahres projiziert3, nehmen die Einnahmen ab dem Jahr 2013 stärker zu als die Ausgaben. Zwar ist das Ausgabenniveau über den gesamten Zeitraum höher als zuvor angenommen, allerdings gilt dies noch stärker für das Einnahmenniveau, sodass sich die Einnahmen schneller als noch im Herbst projiziert den Ausgaben nähern und diese im Jahr 2016 übersteigen (Abbildung 1).

<sup>2</sup> Die Extrahaushalte der Länder und Gemeinden werden nicht gesondert ausgewiesen. Im Gegensatz zu den Angaben des Statistischen Bundesamtes zum ÖGH enthält die Projektion des BMF nicht die Ebene der Sozialversicherung. Deren Entwicklung wird nur in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für den Maastricht-Finanzierungssaldo geschätzt.

<sup>3</sup> Im Jahr 2011 wurde erstmals im Herbst eine Mittelfristprojektion für die öffentlichen Haushalte auf Basis der Herbst-Projektion der Bundesregierung für die Gesamtwirtschaft sowie der darauf aufbauenden Ergebnisse des Arbeitskreises Steuerschätzungen erstellt und im Arbeitskreis Stabilitätsrat am 22. November 2011 vorgestellt.

MITTELFRISTIGE PROJEKTION DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN



#### 2.1 Bund

#### Kernhaushalt

Der Bund dürfte im Jahr 2012 ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 32 ½ Mrd. € ausweisen. Dieses Ergebnis basiert auf dem Nachtragshaushalt des Bundes für 2012 mit einer Soll-Nettokreditaufnahme in Höhe von 32,1 Mrd. €. Gegenüber 2011 fällt das Finanzierungsdefizit damit um rund 15 Mrd. € höher aus.

Die Ausgaben des Bundes werden auf Basis des Nachtragshaushalts 2012 um 5 ½% gegenüber dem Vorjahr zunehmen, während der Zuwachs der Einnahmen lediglich ½% ausmacht. Der Nachtragshaushalt berücksichtigt insbesondere die Beteiligung am Europäischen Stabilitätsmechanismus in Höhe von zwei von insgesamt fünf Tranchen (zusammen rund 8,7 Mrd. €). Die Einzahlung der ersten beiden Raten des deutschen Anteils am Eigenkapital des Europäischen Stabilitätsmechanismus schlägt sich in der Steigerung der sonstigen Ausgaben des

ÖGH nieder (vergleiche Tabelle 2). Weitere Ausgabensteigerungen wie die höheren Personalausgaben infolge der Tarif- und Besoldungsrunde 2012 beziehungsweise Einnahmeverringerungen wie der durch den Einbruch des Bundesbankgewinns bedingte Rückgang der sonstigen laufenden Einnahmen werden hierbei insbesondere durch geringere Zinsausgaben und ein höheres Steueraufkommen überkompensiert.

Im Jahr 2013 sind die Ausgaben des Bundes erneut rückläufig: Das Soll der Ausgaben des Jahres 2012 wird im Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt um 10,5 Mrd. € unterschritten. Hierin spiegeln sich nochmals niedrigere Zinsausgaben und geringere Zuschüsse an die Sozialversicherungen (u. a. einmaliges Absenken des Zuschusses an den Gesundheitsfonds um 2 Mrd. € und Wegfall der Bundesbeteiligung an den Kosten der Arbeitsförderung) wider.

Im Finanzplanungszeitraum wirkt das gesamtwirtschaftliche Umfeld insbesondere bei den arbeitsmarktbedingten Ausgaben entlastend und trägt zu einem anhaltenden Zuwachs des Steueraufkommens bei. Im

MITTELFRISTIGE PROJEKTION DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN

Vergleich zu den Ausgaben, die deutlich unterhalb des noch im Herbst 2011 projizierten Niveaus liegen werden, hat sich die Projektion der Einnahmen jedoch kaum verändert (Abbildung 2). In den Jahren 2013 bis 2016 wird der Bund folglich sein Finanzierungsdefizit in größeren jährlichen Schritten abbauen als noch im Herbst projiziert<sup>4</sup>. Damit wird der Bund die ab 2016 geltende verfassungsrechtliche Obergrenze für das strukturelle Defizit im Rahmen der Schuldenbremse von 0,35% des BIP vorzeitig einhalten und zum Ende des Finanzplanungszeitraums deutlich unterschreiten. Jährlich stetig ansteigende Einnahmezuwächse bei im Durchschnitt leichtem Ausgabenrückgang führen den Bund

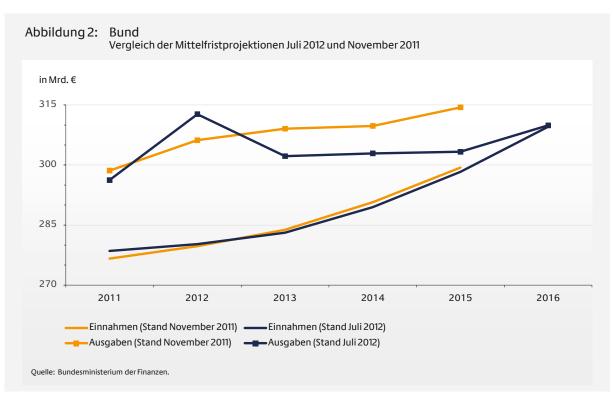
<sup>4</sup> Etwaige Belastungen infolge von Vereinbarungen mit den Ländern im Rahmen der innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags sind in der Projektion nicht enthalten. Sie dürften allerdings tendenziell den Finanzierungssaldo des ÖGH verschlechtern, da davon auszugehen ist, dass Zuweisungen des Bundes bei Ländern und Gemeinden nicht in entsprechenden Verbesserungen der Finanzierungssalden dieser Ebenen resultieren.

zu einem ausgeglichenen Haushaltssaldo im Jahr 2016.

#### Extrahaushalte

Die Extrahaushalte des Bundes<sup>5</sup> werden wie in den Projektionen des vergangenen

<sup>5</sup> Zu den Extrahaushalten des Bundes zählen u. a. das ERP-Sondervermögen, der Entschädigungsfonds, das Bundeseisenbahnvermögen, der Erblastentilgungsfonds, die Versorgungsrücklage und der Versorgungsfonds des Bundes, der Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation, das Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau, der Investitions- und Tilgungsfonds, der Finanzmarktstabilisierungsfonds, das Sondervermögen Vorsorge für Schlusszahlungen für inflationsindexierte Bundeswertpapiere, der Energieund Klimafonds, der Restrukturierungsfonds, die Abwicklungsanstalt der Hypo Real Estate (FMS Wertmanagement) und die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA). Auch der Anteil der Finanzierung Deutschlands am Haushalt der Europäischen Union wird technisch als Extrahaushalt in den ÖGH einbezogen.



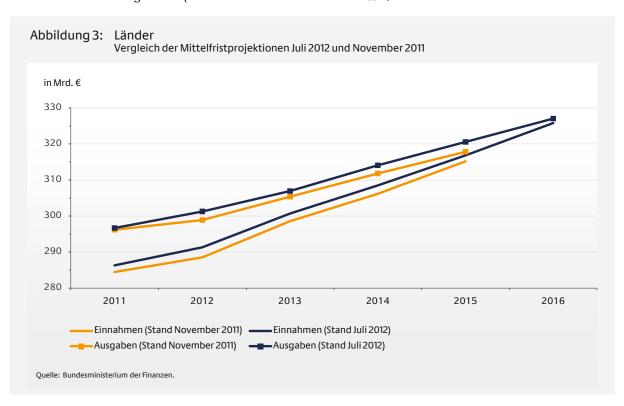
MITTELFRISTIGE PROJEKTION DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN

Jahres (Juli und November 2011) Finanzierungsüberschüsse ausweisen. Im Jahr 2012 dürfte sich der Überschuss auf 2 Mrd. € belaufen. Im vergangenen Jahr hatte der hohe Überschuss des Finanzmarktstabilisierungsfonds infolge von Rückzahlungen von in den vergangenen Jahren gewährten Bankenrekapitalisierungen maßgeblich zu einem deutlichen Finanzierungsüberschuss (5,3 Mrd. €) beigetragen. Darüber hinaus gingen die starken Zuwächse bei den Einnahmen und Ausgaben der Extrahaushalte im vergangenen Jahr auch auf die Abwicklungsanstalt der Hypo Real Estate (FMS Wertmanagement, FMS-WM) zurück. Im laufenden Jahr dürfte das Sondervermögen Vorsorge für Schlusszahlungen für inflationsindexierte Bundeswertpapiere mit 1½ Mrd. € den höchsten Finanzierungsüberschuss unter den Extrahaushalten ausweisen. Überschüsse zeichnen sich im weiteren Verlauf des Finanzplanungszeitraums u. a. auch für die FMS-WM, die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) sowie den Restrukturierungsfonds (in den

die Bankenabgabe fließt) ab. Für den Investitions- und Tilgungsfonds, der die konjunkturstützenden Maßnahmen in den Jahren 2009 und 2010 finanzierte, ist 2016 eine Zuweisung des Bundeshaushalts in Höhe von 1 Mrd. € vorgesehen. Der resultierende Finanzierungsüberschuss des Fonds wird zu dessen Schuldentilgung verwendet.

#### 2.2 Länder

Die Projektion der Kernhaushalte der Länder entspricht in etwa derjenigen vom Herbst des vergangenen Jahres, wonach das Finanzierungsdefizit kontinuierlich abgebaut wird (vergleiche Tabelle 1). Mit 10 Mrd. € fällt das Defizit 2012 um ½ Mrd. € niedriger aus als im vergangenen Jahr projiziert. Im Vergleich zur Projektion vom Herbst schließt sich jedoch die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben am langen Ende etwas langsamer. Im Jahr 2016 dürfte der Finanzierungssaldo mit -1 Mrd. € nahezu ausgeglichen sein (Abbildung 3). Dazu trägt der Zuwachs der Einnahmen, hier insbesondere des Steueraufkommens mit einer durchschnittlichen jährlichen Steigerungsrate von 4½%, bei.



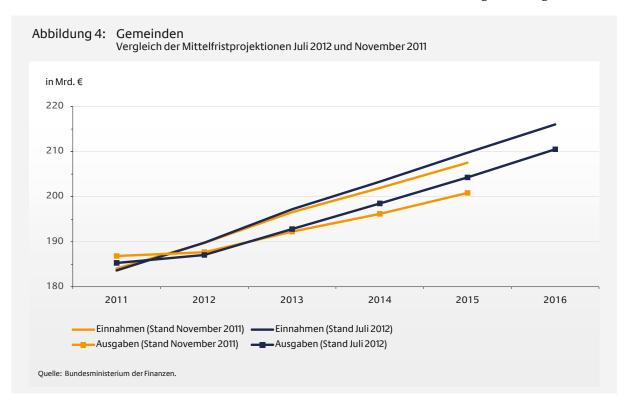
MITTELFRISTIGE PROJEKTION DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN

Zum Ausgabenanstieg werden hauptsächlich die Zahlungen an Verwaltungen beitragen. Hierzu gehören insbesondere die Zahlungen an die Gemeinden im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs infolge höherer Steuereinnahmen, die Zuweisungen an die Gemeinden aufgrund der Beteiligung des Bundes an der Grundsicherung im Alter und den Kosten der Unterkunft sowie Zuweisungen an ländereigene Pensionsfonds. Nach der rückläufigen Entwicklung in den Jahren 2011 und 2012 dürften die Zinsausgaben in den kommenden Jahren wieder ansteigen. Die Ausgaben für den laufenden Sachaufwand und die Personalausgaben dürften mit jährlich zwischen 1% und 3% etwas stärker als im Herbst projiziert zunehmen. Die Sachinvestitionen werden angesichts der ausgelaufenen durch den Bund (ko-)finanzierten konjunkturstützenden Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturpakets II im laufenden Jahr abnehmen, danach jedoch wieder leicht anziehen.

#### 2.3 Gemeinden

Weiterhin eindrucksvoll zeichnet sich die Entwicklung der Gemeindehaushalte ab. Zwar wiesen sie für das Jahr 2011 in der Summe noch ein leichtes Finanzierungsdefizit von 1,7 Mrd. € auf. Bereits im laufenden Jahr wird aufgrund der positiven Entwicklung der Einnahmen jedoch mit einem Überschuss von 2½ Mrd. € gerechnet, der im Finanzplanungszeitraum kontinuierlich auf rund 5½ Mrd. € gesteigert werden kann (Abbildung 4).

Hier machen sich die günstige Steuerentwicklung, die Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter nach SGB XII sowie der Kosten für Bildung und Teilhabe nach SGB II durch den Bund bemerkbar. Ein weiterer Faktor ist die mit der positiven Entwicklung der Steuereinnahmen einhergehende Steigerung der Landeszuweisungen im kommunalen Finanzausgleich. Insgesamt



MITTELFRISTIGE PROJEKTION DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN

werden die Einnahmen der Kommunen um jahresdurchschnittlich rund 3½% auf 216 Mrd. € steigen.

Die positiven Einnahmeerwartungen lassen über den gesamten Projektionszeitraum auch bei den Gemeindeausgaben deutliche Steigerungen erwarten. Im laufenden Jahr wird der durch das Auslaufen der Investitionsprogramme des Konjunkturpakets II bedingte Rückgang der Sachinvestitionen durch Steigerungen bei Personalausgaben und laufendem Sachaufwand überkompensiert, sodass insgesamt von einem moderaten Ausgabenzuwachs von rund 1% ausgegangen werden kann. In den Jahren 2013 bis 2016 wird durchgängig mit kräftigen Ausgabenwachstumsraten von rund 3% gerechnet. Die Erholung der kommunalen

Tabelle 1: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts bis 2016 nach staatlichen Ebenen

	2011	2012	2013	2014	2015	2016
			in M	rd.€		
I. Ausgaben						
Bund	296,2	312½	302	303	303½	310
Länder	296,7	301½	307	314	320½	327
Gemeinden	185,3	187	193	198½	204½	210½
Extrahaushalte des Bundes 1	75,4	71½	76½	76	78	80½
Öffentlicher Gesamthaushalt	774,5	790	793	803	815	833
II. Einnahmen						
Bund	278,5	280	283	289½	298½	309½
Länder	286,3	291½	300½	308½	317	326
Gemeinden	183,6	190	197	203½	209½	216
Extrahaushalte des Bundes <sup>1</sup>	80,6	73½	77½	77½	80½	81
Öffentlicher Gesamthaushalt	748,2	756	772 ½	790 ½	813 ½	837
III. Finanzierungssaldo						
Bund	-17,7	-32½	-19	-13½	-5	-1/2
Länder	-10,3	-10	-6	-5½	-3½	-1
Gemeinden	-1,7	2½	4½	5	5½	5½
Extrahaushalte des Bundes <sup>1</sup>	5,3	2	1	2	2½	1/2
Öffentlicher Gesamthaushalt	-28,7	-35 ½	-21 ½	-13 ½	-2 ½	3
		V	eränderung in % g	gegenüber Vorja	ihr	
I. Ausgaben						
Bund	-2,4	5½	-3½	0	0	2
Länder	3,5	1½	2	2½	2	2
Gemeinden	1,7	1	3	3	3	3
Extrahaushalte des Bundes 1	51,4	-5	7	-1	3	3½
Öffentlicher Gesamthaushalt	5,5	2	1/2	1 ½	1 ½	2
II. Einnahmen						
Bund	7,4	1/2	1	2½	3	4
Länder	7,7	1½	3	2½	2½	3
Gemeinden	5,2	3½	4	3	3	3
Extrahaushalte des Bundes <sup>1</sup>	87,5	-8½	5	1/2	3½	1/2
Öffentlicher Gesamthaushalt	14,6	1	2	2 ½	3	3

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>ERP-Sondervermögen, Bundeseisenbahnvermögen, EU-Finanzierung, Versorgungsrücklage des Bundes, Versorgungsfonds des Bundes, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau, Investitions- und Tilgungsfonds, BPS-PT (Postbeamtenversorgungskasse), SoFFin (Finanzmarktstabilisierungsfonds), "Vorsorge für Schlusszahlungen für inflationsindexierte Bundeswertpapiere", Energie- und Klimafonds, Reststrukturierungsfonds, FMS Wertmanagement, Bundesanstalt für Immobilienaufgaben.

MITTELFRISTIGE PROJEKTION DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN

Tabelle 2:	Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts bis 2016 nach Ausgaben-
	und Finnahmenarten

	2011	2012	2013	2014	2015	2016
			in Mı	d.€		
I. Ausgaben						
Personalausgaben	212,9	217	222½	227½	232	236½
Laufender Sachaufwand	111,2	109½	112	113½	114½	116
Zinsausgaben an andere Bereiche	77,6	76½	76½	79	82½	90
Sachinvestitionen	44,2	39½	39½	39½	40	41
Sonstige Ausgaben	330,6	347	341½	342	344	347½
Insgesamt	774,5	790	793	803	815	833
II. Einnahmen						
Steuern	573,2	596½	618	638½	660	682½
Sonstige Einnahmen	175,1	159½	154½	152	153½	154½
Insgesamt	748,2	756	772½	790½	813½	837
III. Finanzierungssaldo	-28,7	-35 ½	-21 ½	-13 ½	-2 ½	3
		V	eränderung in % g	jegenüber Vorja	hr	
I. Ausgaben						
Personalausgaben	7,1	2	2½	2½	2	2
Laufender Sachaufwand	17,0	-1½	2½	1	1	1½
Zinsausgaben an andere Bereiche	30,4	-1½	0	3½	4½	9
Sachinvestitionen	6,7	-11	1/2	-0	1½	2
Sonstige Ausgaben	-1,7	5	-1½	0	1/2	1
Insgesamt	5,5	2	1/2	1½	1½	2
II. Einnahmen						
Steuern	7,9	4	3½	3½	3½	3½
Sonstige Einnahmen	44,1	-9	-3	-1 ½	1	1/2
Insgesamt	14,6	1	2	2½	3	3

Finanzsituation spiegelt sich auch in der Entwicklung der Zinsausgaben wider, die durch steigende Überschüsse und das niedrige allgemeine Zinsniveau voraussichtlich über den gesamten Projektionszeitraum leicht rückläufig sein werden.

## 3 Entwicklung der öffentlichen Haushalte in der Maastricht-Abgrenzung

#### 3.1 Unterschied zwischen Finanzstatistik und Maastricht-Abgrenzung

Im Gegensatz zur Finanzstatistik, die auf die Kassenwirksamkeit der öffentlichen Finanzen abstellt, richtet sich die Entwicklung der öffentlichen Finanzen in der Abgrenzung

der Maastricht-Rechnung, wie sie für die Einhaltung des Europäischen Stabilitätsund Wachstumspakts oder den neuen Fiskalvertrag relevant ist, nach der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Ziel der VGR ist es, ein international einheitliches Regelwerk zur Verfügung zu stellen und damit die internationale Vergleichbarkeit zu gewährleisten. Das führt zu einigen Anpassungen des finanzstatistischen Finanzierungssaldos.

Ein grundlegender Unterschied ist die Buchung gemäß ökonomischer Entstehung von Ausgaben und Einnahmen. Das bedeutet beispielsweise, dass Steuereinnahmen nicht dann gebucht werden, wenn sie in die Staatskasse eingehen, sondern dem Zeitraum zugeordnet werden, auf den sie zurückzuführen sind. Üblicherweise wird

MITTELFRISTIGE PROJEKTION DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN

z. B. die Lohnsteuer von den Unternehmen erst einen Monat später, d. h. für das Gehalt des vorangegangenen Monats, an das Finanzamt abgeführt. Dies hat zur Folge, dass in den VGR die Steuereinnahmen zeitlich entsprechend "zurückversetzt" werden. Bei Bauinvestitionen zählt der Baufortschritt und nicht der Zeitpunkt der Bezahlung des Investitionsprojekts.

Abweichend von der Praxis, nach ökonomischer Entstehung zu buchen, werden die finanziellen Auswirkungen von Gerichtsurteilen zum Zeitpunkt der Entscheidung gebucht. Das bedeutet beispielsweise, dass die Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur steuerlichen Abzugsfähigkeit des Arbeitszimmers vom Juli 2010 im ÖGH entsprechend den kassenwirksamen Rückzahlungen nahezu hälftig in den Jahren 2011 und 2012 das Defizit erhöht, während in den VGR die volle Belastung der öffentlichen Haushalte durch die rückwirkende Berücksichtigung der steuerlichen Abzugsfähigkeit bereits im Jahr 2010 zu Buche schlug.

Darüber hinaus unterscheidet sich auch die Abgrenzung der Ausgabeund Einnahmekategorien zwischen Finanzstatistik und VGR. So wird in den VGR brutto gebucht. Das bedeutet, dass Steuern in den VGR beispielsweise neben den kassenmäßigen Steuereinnahmen auch die Familienförderkomponente des Kindergelds und Zulagen enthalten, während gleichzeitig die Familienförderkomponente des Kindergelds als monetäre Sozialleistung und die Zulagen als Vermögenstransfers an Dritte die Ausgaben erhöhen. Demgegenüber zählt die Erbschaftsteuer zu den Vermögenstransfers an den Staat. Die an die Europäische Union (EU) abzuführenden Mehrwertsteuer-Eigenmittel sowie die Zölle gelten (im Gegensatz zu den BSP-Eigenmitteln) als Direktleistung der betroffenen Sektoren an die "übrige Welt".

Nicht zuletzt werden nur vermögenswirksame Ausgaben und Einnahmen im

Finanzierungssaldo in der Abgrenzung der VGR berücksichtigt. Daher werden die finanzstatistischen Finanzierungssalden zusätzlich um den Saldo der finanziellen, also der nicht-vermögenswirksamen, Transaktionen bereinigt. Hierzu gehören Vergabe und Rückzahlung von Darlehen, Erwerb und Veräußerung von Beteiligungen sowie Tilgung und Kreditaufnahme beim öffentlichen Bereich. In diesen Fällen kommt es nicht zu einer Veränderung der Vermögensposition des Staates. So führt eine Darlehensvergabe im Gegensatz zur Finanzstatistik nicht zu einem Anstieg des Defizits, da dem Kassenausgang ein Forderungserwerb gegenübersteht. Im konkreten Fall bedeutet dies, dass beispielsweise Darlehen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit (BA) weder das Defizit des Bundes erhöhen, noch das Defizit der BA verringern. Bei Privatisierungserlösen findet nur ein Tausch von Beteiligungsvermögen gegen Kassenzugang statt. Umgekehrt stellt sich der Fall in der Regel bei Interventionen des Staates im Bankensektor dar, sodass es hier zu einer deutlichen Differenz zwischen dem Finanzierungssaldo in der Finanzstatistik und jenem in den VGR kommt. Während die Rekapitalisierungen des Finanzmarktstabilisierungsfonds in der Finanzstatistik als Ausgaben defiziterhöhend gebucht wurden, sind sie im gesamtstaatlichen Finanzierungssaldo in der VGR-Abgrenzung bei Vorliegen bestimmter Bedingungen nicht enthalten, da ihnen ein um diesen Betrag höheres Beteiligungsvermögen gegenübersteht. Analog dazu führten die Rückzahlungen von Beteiligungen seitens der Banken im Jahr 2011 zu keiner Verringerung des Maastricht-Defizits, wohl aber des finanzstatistischen Finanzierungsdefizits.

Auch die Behandlung der im Rahmen der Finanzmarktkrise gegründeten Abwicklungsanstalten, die dem Sektor Staat zugeordnet werden, unterscheidet sich methodisch. Während in der Finanzstatistik lediglich die kassenmäßigen Einnahmen und Ausgaben den Saldo dieser

MITTELFRISTIGE PROJEKTION DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN

Extrahaushalte beeinflussen, wird in der Entstehungsrechnung der VGR neben den auch in der Finanzstatistik enthaltenen Einnahmen- und Ausgabenarten bei einer Übertragung eines Portfolios zusätzlich ein defizitwirksamer Vermögenstransfer in Höhe der Differenz zwischen Übertragungs- und Marktwert des übertragenen Portfolios gebucht.

# 3.2 Entwicklung des staatlichen Finanzierungssaldos

#### Entwicklung des tatsächlichen Finanzierungssaldos insgesamt und nach staatlichen Ebenen

Da der Anstieg des Defizits des ÖGH in der Abgrenzung der Finanzstatistik hauptsächlich durch einen großen Swing im Saldo der finanziellen, also der nichtvermögenswirksamen Transaktionen bedingt ist – im vergangenen Jahr hohe Einnahmen aus finanziellen Transaktionen aufgrund der Rückzahlung einer Bankenrekapitalisierung, in diesem Jahr hohe Ausgaben aus finanziellen Transaktionen wegen der Einzahlung in den ESM –, verringert sich das Maastricht-Defizit nach 1,0 % des BIP im vergangenen Jahr<sup>6</sup> auf gut ½% in Relation zum BIP in diesem Jahr. Im diesjährigen Stabilitätsprogramm vom April war noch ein Defizit in Höhe von 1% des BIP prognostiziert worden. Bis 2016 verbessert sich der Maastricht-Finanzierungssaldo sukzessive weiter analog zu den bisherigen Projektionen. Bereits ab dem Jahr 2014 kann ein nahezu ausgeglichener Staatshaushalt erreicht werden, im Jahr 2016 ist ein leichter Überschuss zu erwarten (Abbildung 5).

Die Entwicklung der Finanzierungssalden der Gebietskörperschaften inklusive ihrer jeweiligen Extrahaushalte in der Maastricht-

<sup>6</sup> Am 23. August 2012 wird das Statistische Bundesamt aktualisierte Ergebnisse zum Maastricht-Finanzierungssaldo für die vergangenen Jahre veröffentlichen, sodass sich die hier genannten Angaben ändern können.

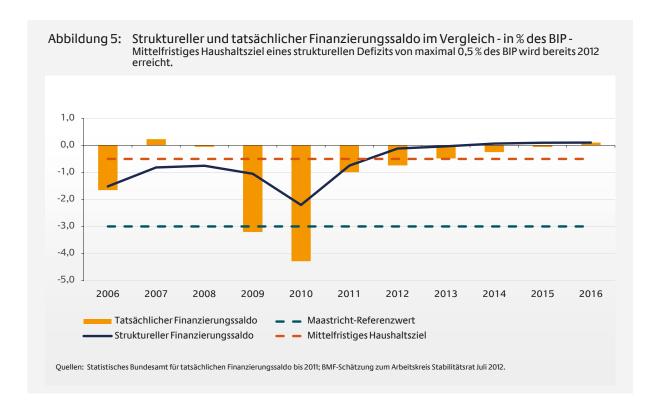
Abgrenzung verläuft tendenziell analog zu jener in der Abgrenzung der Finanzstatistik. Die Abbauschritte unterscheiden sich in ihrer Größenordnung allerdings aufgrund der über die Jahre unterschiedlich hoch ausfallenden Salden der finanziellen Transaktionen sowie auch der unterschiedlichen weiteren Umsetzungen wie Auswirkungen von Urteilen zur Besteuerung oder Vermögenstransfers infolge der Finanzmarktinterventionen. Der Bund kann - wie in der Abgrenzung der Finanzstatistik - zum Ende des Finanzplanungszeitraums einen leichten Überschuss aufweisen, die Gemeinden insgesamt können ihr leichtes Plus, das sie bereits 2011 erzielten, weiter deutlich ausbauen. Dagegen werden die Länder in ihrer Gesamtheit auch noch im Jahr 2016 ein Defizit realisieren. In diesem Jahr dürfte der Überschuss der Sozialversicherung nochmals annähernd so hoch wie im vergangenen Jahr ausfallen, in dem er 0,5 % des BIP betrug. Im Gegensatz zur stetigen Verbesserung der Finanzierungssalden der Gebietskörperschaften wird sich der Finanzierungssaldo der Sozialversicherung in den kommenden Jahren deutlich auf einen in etwa ausgeglichenen Haushalt reduzieren.

# Entwicklung des strukturellen Finanzierungssaldos

Die drastische Verschlechterung der Haushaltsposition in den Jahren der Wirtschafts- und Finanzkrise war sowohl konjunkturell als auch strukturell begründet. Analoges mit umgekehrtem Vorzeichen gilt nun auch für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Zur Ermittlung des strukturellen gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos in der Maastricht-Rechnung wird der tatsächliche Finanzierungssaldo um konjunkturbedingte Effekte und Einmalmaßnahmen bereinigt.

Der konjunkturelle Finanzierungssaldo ergibt sich aus dem Saldo der konjunkturbedingten Einnahmen und Ausgaben, also allein aus dem Wirken der sogenannten automatischen Stabilisatoren. Gemäß der

MITTELFRISTIGE PROJEKTION DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN



Frühjahrsprojektion der Bundesregierung zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung befindet sich die deutsche Wirtschaft seit dem Jahr 2009 in einer Situation der konjunkturellen Unterauslastung, wobei der Grad der Unterauslastung in diesem Jahr gegenüber dem Vorjahr wieder zugenommen hat und sich danach zunächst nur langsam zurückbildet. In einer solchen Situation entstehen noch konjunkturbedingte Defizite, die sich allerdings in den Folgejahren sukzessive bis auf null im Jahr 2016 reduzieren. Denn annahmegemäß wird die Produktionslücke, d. h. die Differenz zwischen Bruttoinlandsprodukt und Produktionspotenzial (Normalauslastung der Produktionsfaktoren), am Ende des Projektionshorizonts geschlossen. Das bedeutet, dass im Jahr 2016, in dem keine Einmalmaßnahmen zu erwarten sind, aus heutiger Sicht der tatsächliche Finanzierungssaldo dem strukturellen Finanzierungssaldo entspricht.

Zu den Einmalmaßnahmen zählen defizitwirksame staatliche Stützungsmaßnahmen für den Bankenbereich infolge der Finanzmarktkrise, aber auch die finanziellen Belastungen infolge von Urteilen zum Steuerrecht, die in den VGR im Jahr der Urteilsverkündung defizitwirksam werden. Im vergangenen Jahr schlugen hierbei die Auswirkungen des sogenannten Meilicke-Urteils, wonach es zu geringeren Steuereinnahmen aufgrund der Anrechnung im Ausland gezahlter Steuern auf Dividenden kommen wird, sowie des Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 20. Oktober 2011 zur Besteuerung von Streubesitzdividenden zu Buche. In diesem Jahr sind mögliche Defiziteffekte im Rahmen der Nachbefüllung der Abwicklungsanstalt der WestLB, der Ersten Abwicklungsanstalt (EAA), als Einmaleffekte zu berücksichtigen. Im Gegensatz zu diesen Einmaleffekten, die das strukturelle Defizit mindern. können auch erhöhende Effekte auftreten wie beispielsweise Einmaleffekte aus der Versteigerung von Frequenzen für den drahtlosen Netzzugang zum Angebot von Telekommunikationsdiensten, wie zuletzt im Jahr 2010.

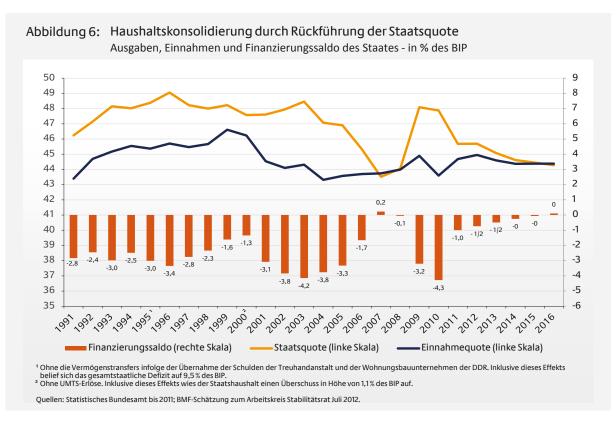
MITTELFRISTIGE PROJEKTION DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN

Das strukturelle Defizit stieg aufgrund der diskretionären Maßnahmen der Konjunkturpakete bis auf rund 2 % des BIP im Jahr 2010 an (Abbildung 5). Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen und das Auslaufen eines Großteils der konjunkturstabilisierenden Maßnahmen führten bereits im Jahr 2011 zu einem deutlichen Rückgang des strukturellen Defizits auf gut ½% des BIP. In diesem Jahr ist mit einer weiteren strukturellen Verbesserung des deutschen Staatshaushalts zu rechnen. Das strukturelle Defizit dürfte damit unter das mittelfristige Haushaltsziel eines strukturellen Defizits von maximal 0,5 % des BIP, das sich Deutschland im Rahmen des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts gesetzt hat, sinken und diesen Zielwert auch in den Folgejahren unterschreiten. Damit hält Deutschland hinsichtlich des Defizitkriteriums die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts, die auch im Fiskalvertrag verankert wurden, ein.

#### Stabile Entwicklung der Einnahmen, Konsolidierung über Ausgabenseite

Nachdem sich die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben des Staates in Relation zum BIP in den Jahren 2009 und 2010 bedingt durch die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise drastisch geöffnet hatte, haben sich die Quoten infolge der eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen und der Fortsetzung der konjunkturellen Erholung im vergangenen Jahr bereits wieder deutlich angenähert (Abbildung 6).

Nach dem kräftigen Einnahmenanstieg im Jahr 2011 von 6,4% gegenüber dem Vorjahr wird sich die Entwicklung der Einnahmen in den Jahren bis 2016 wieder auf einen jahresdurchschnittlichen Zuwachs von knapp 3% normalisieren – dies entspricht der im Mittel der vergangenen 20 Jahre beobachteten Zuwachsrate. Bei einem nominalen BIP-Anstieg von 3% p. a.



MITTELFRISTIGE PROJEKTION DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN

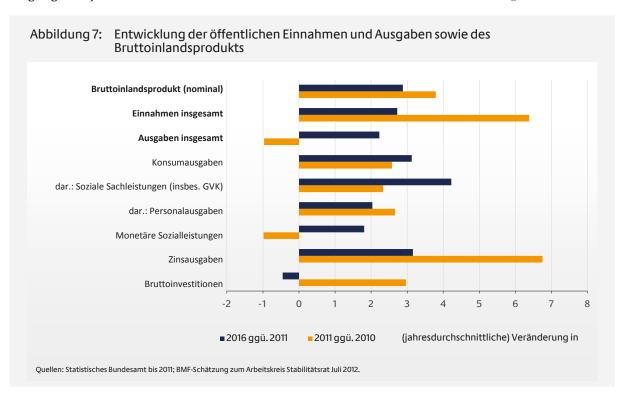
stabilisieren sich die staatlichen Einnahmen in Relation zum BIP bei rund 44 ½% nach 44,7% im vergangenen Jahr. Dabei wird die Steuereinnahmenquote, d. h. das Verhältnis von Steuern zum BIP, leicht zulegen, im Wesentlichen, da die Steuern im Durchschnitt etwas stärker als das nominale BIP steigen. Demgegenüber ist ein leichter Rückgang der Sozialabgabenquote zu erwarten. Hierzu trägt der Automatismus hinsichtlich der Bestimmung des Beitragssatzes der Gesetzlichen Rentenversicherung bei, deren Beitragssatz infolge der Entwicklung der Nachhaltigkeitsrücklage von 19,9 % im Jahr 2011 auf 19,6 % in diesem Jahr gesunken ist und nach aktuellen Annahmen 2013 auf 19,0% weiter sinken kann. Die leichte Anhebung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung um 1/10 Prozentpunkt auf 2,05 % im kommenden Jahr wird damit deutlich überkompensiert. Angesichts der beschriebenen Entwicklungen von Steuer- und Sozialbeitragsquote liegt die Abgabenquote im Projektionszeitraum bei rund 40%.

Die staatlichen Ausgaben gingen im vergangenen Jahr um 1,0 % zurück, wobei

die Entwicklung durch den Wegfall einmaliger Wirkungen im Zusammenhang mit der Errichtung der dem Staatssektor zugeordneten Abwicklungsanstalten EAA und FMS Wertmanagement (FMS-WM)<sup>7</sup> unterzeichnet ist. Hierdurch erscheinen auch die Zusammensetzung und die Entwicklung der Ausgabenarten (und Einnahmenarten) verzerrt. Angesichts des großen Portfolios sind Zinsausgaben und Zinseinnahmen deutlich gestiegen, ohne jedoch einen nennenswerten Effekt auf den gesamtstaatlichen Finanzierungssaldo zu verursachen.

Im Projektionszeitraum wird der Zuwachs der gesamtstaatlichen Ausgaben im Durchschnitt bei leicht über 2% p. a. und damit unterhalb des Einnahmenanstiegs liegen (Abbildung 7). Überdurchschnittlich erhöhen sich die staatlichen Konsumausgaben

<sup>7</sup> Hierbei wurden jeweils die Differenzen zwischen dem Übertragungswert des Portfolios und dessen Marktwert als (fiktiver) Vermögenstransfer defizitwirksam gebucht. Mit diesen Buchungen waren keine tatsächlichen Zahlungen verbunden.



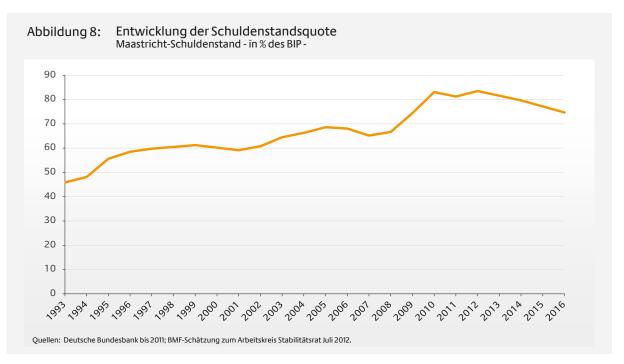
MITTELFRISTIGE PROJEKTION DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN

mit im Mittel rund 3% p. a., im Wesentlichen aufgrund des deutlichen Anstiegs der sozialen Sachleistungen bei der Gesetzlichen Krankenversicherung. Wegen der anhaltenden Verbesserung der Situation am Arbeitsmarkt steigen die monetären Sozialleistungen mit im Durchschnitt nur knapp 2% p. a. dagegen unterdurchschnittlich. Auch die Arbeitnehmerentgelte steigen mit durchschnittlich 2% p. a. weniger stark als die Konsumausgaben insgesamt, da den deutlichen Lohnsteigerungen weitere Stelleneinsparungen im öffentlichen Dienst gegenüberstehen. Die Bruttoinvestitionen, die in den Jahren 2009 bis 2011 durch die Maßnahmen der Konjunkturpakete deutlich ausgeweitet worden waren und daher in diesem Jahr zunächst sinken dürften, werden in den Folgejahren wieder trendmäßig steigen. 2016 dürften sie auf einem nur leicht niedrigeren Niveau als im Jahr 2011, das noch durch die Maßnahmenpakete beeinflusst war, liegen. Die Zinsausgaben werden in den Jahren 2011 bis 2016 um durchschnittlich rund 3% p. a. steigen.

Die insgesamt moderate Ausgabenentwicklung führt mittelfristig zu einer rückläufigen Staatsquote, die Staatsausgaben in Relation zum BIP dürften sich zum Ende des Projektionshorizonts auf rund 44 % belaufen.

### 4 Entwicklung des Maastricht-Schuldenstands

Die Entwicklung der Schuldenstandsquote in der Maastricht-Abgrenzung ist weiterhin maßgeblich von der Finanzmarktkrise und der europäischen Staatsschuldenkrise geprägt. Die Finanzmarktkriseneffekte sind im Wesentlichen durch die statistische Zuordnung der Abwicklungsanstalten FMS-WM und der EAA zum Sektor Staat bedingt. Die sogenannten Bad Banks sind allein im Jahr 2010 für einen Anstieg der Schuldenquote von 8,6 Prozentpunkten verantwortlich. Im Rahmen der Maßnahmen zur Überwindung der Staatsschuldenkrise wirken die über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) abgewickelten bilateralen Kredite des ersten Rettungspakets zugunsten von Griechenland, der Deutschland zuzurechnende Anteil der von der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) ausgegebenen Kredite an Griechenland (zweites Maßnahmenpaket), Irland und Portugal sowie die Kapitaleinlagen in den ESM



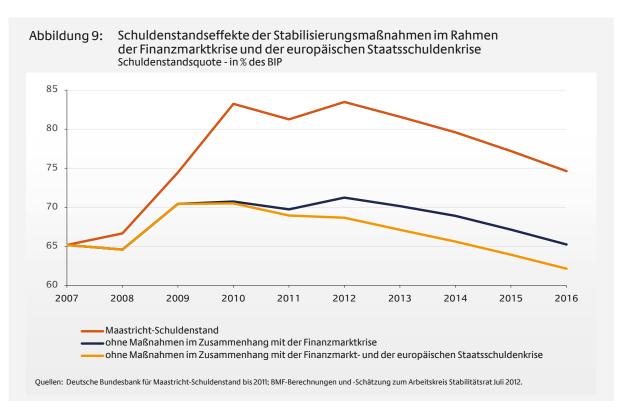
MITTELFRISTIGE PROJEKTION DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN

schuldenerhöhend. Kredite, die in der Zukunft vom ESM vergeben werden, haben keinen Einfluss auf die nationalen Schuldenquoten.

Aufgrund des kräftigen BIP-Wachstums, der Rückzahlung von Einlagen durch die Commerzbank und der Abwicklung des FMS-WM-Portfolios ist die Schuldenquote im vergangenen Jahr erstmals wieder zurückgegangen, und zwar um 1,8 Prozentpunkte auf 81,2 %. Im laufenden Jahr wird die Maastricht-Quote allerdings durch die EFSF-Kredite und die Nachbefüllung der EAA wieder auf rund 83 ½% steigen. Ab 2013 überwiegen dann aber die Effekte der Haushaltskonsolidierung, sodass die Schuldenquote bis zum Jahr 2016 auf rund 74 ½ % des BIP sinken wird. Der Effekt der Staatsschuldenkrise auf die deutsche Schuldenguote steigt im Projektionszeitraum von weniger als 1% des BIP im Jahr 2011 bis 2014 kontinuierlich auf über 3% des BIP. Der Effekt der Finanzmarktkrise wird von rund 12 1/2 % im Jahr 2012 durch die unterstellte Abwicklung der Portfolios von FMS-WM und EAA auf rund 9 1/2 % des BIP im Jahr 2016 sinken.

Schuldenstand durch Maßnahmen im Kontext der Finanzmarktkrise und der europäischen Staatsschuldenkrise deutlich überzeichnet

Die Indikatorfunktion der Maastricht-Schuldenquote für die Qualität der Haushaltsentwicklung ist durch die Schuldeneffekte der Maßnahmen im Rahmen der Finanzmarktkrise seit 2007 sowie der europäischen Staatsschuldenkrise seit 2010 eingeschränkt. Sowohl der starke Anstieg als auch der zu erwartende Rückgang bis 2016 sind maßgeblich durch Einflüsse bedingt, deren Ursache nicht in der Haushaltswirtschaft liegen. In Abbildung 9 wird der Verlauf der Maastricht-Schuldenquote mit den Quoten verglichen, die sich ohne die Effekte der Finanzmarktkrise beziehungsweise ohne die Effekte der Finanzmarkt- und der Staatsschuldenkrise ergäben. So wird deutlich, dass die Schuldenquote bereinigt um die Finanzmarkt- und Staatsschuldenkriseneffekte aufgrund der deutlichen Verbesserung der Finanzierungssalden aller Gebietskörperschaften und des fortgesetzten



MITTELFRISTIGE PROJEKTION DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN

BIP-Zuwachses seit 2010 bis zum Ende des Finanzplanungshorizonts stetig auf rund 62 % zurückgeht und sich damit dem Maastricht-Referenzwert von 60 % annähert.

#### Neue europäische Anforderungen zum Schuldenstandskriterium werden eingehalten

Mit der im vergangenen Jahr in Kraft getretenen Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts wird ein Defizitverfahren zukünftig auch dann ausgelöst, wenn ein Mitgliedstaat eine Schuldenstandsquote von mehr als 60 % aufweist, die Referenzwertüberschreitung in den drei vorangegangenen Jahren durchschnittlich nicht um mindestens 1/20 pro Jahr reduziert wurde oder keine Reduktion in dieser Höhe für das vergangene und die beiden Folgejahre von der Europäischen Kommission prognostiziert wird (sogenannte 1/20-Regel). Bei der Bewertung, ob ein Defizitverfahren aufgrund des Schuldenstandskriteriums ausgelöst werden soll, sollen relevante Faktoren, u. a. der Einfluss bilateraler oder multilateraler Unterstützungsmaßnahmen für EU-Mitgliedstaaten zur Sicherung der Finanzstabilität und Stabilisierungsmaßnahmen bei Finanzmarktkrisen, berücksichtigt werden. Das bedeutet: Würde festgestellt, dass die Maastricht-Schuldenstandsquote oberhalb des von der 1/20-Regel definierten Schwellenwerts liegt, so würde geprüft, ob die 1/20-Regel nach Bereinigung des Schuldenstands um diese relevanten Faktoren eingehalten wird.

Für Mitgliedstaaten, die sich am 8. November 2011 in einem Defizitverfahren befanden (u. a. Deutschland), ist nach dessen Beendigung ein dreijähriger Übergangszeitraum bis zur vollständigen Anwendbarkeit der 1/20-Regel vorgesehen. Während dieser Zeit gelten die Bedingungen hinsichtlich des Schuldenstandskriteriums als erfüllt, wenn der betreffende Mitgliedstaat gemäß der Stellungnahme des Rates zu seinem Stabilitätsoder Konvergenzprogramm genügend Fortschritte erzielt, um die 1/20-Regel am

Ende der Übergangsfrist einhalten zu können. Dies ist dann der Fall, wenn der Mitgliedstaat sein strukturelles Defizit gemäß einem Mindestabbaupfad zurückführt, sodass die folgenden zwei Bedingungen erfüllt sind:

- Die jährliche strukturelle Anpassung des Finanzierungssaldos darf nicht mehr als ¼% des BIP vom linearen Mindestabbaupfad abweichen und
- 2. die verbleibende jährliche strukturelle Anpassung des Finanzierungssaldos darf zu keinem Zeitpunkt im Übergangszeitraum mehr als ¾% des BIP betragen.

Da Deutschland in diesem Jahr aus dem Defizitverfahren entlassen wurde, ist die neue 1/20-Regel erstmals im Jahr 2015 anwendbar. Die Europäische Kommission hat bei ihrer Bewertung des diesjährigen Stabilitätsprogramms festgestellt, dass Deutschland seinen strukturellen Finanzierungssaldo ausreichend verbessert hat, um am Ende des Übergangszeitraumes die 1/20-Regel einhalten zu können.

#### 5 Fazit und Ausblick

Bei Festhalten an den Konsolidierungsbemühungen der Gebietskörperschaften ist schon bald ein ausgeglichener Staatshaushalt in Deutschland möglich. Allerdings sind die Risiken nicht zu unterschätzen, die insbesondere auch von der weiteren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland, aber auch dem internationalen Umfeld abhängen. Aussagekräftiger zur Beurteilung der Finanzpolitik eines Landes ist daher die Entwicklung des strukturellen, also des um Konjunktur- und Einmaleffekte bereinigten Finanzierungssaldos. Deshalb wurde im Fiskalvertrag vereinbart, dass die Vertragsstaaten die diesbezügliche Vorgabe des Stabilitäts- und Wachstumspakts in nationalen Fiskalregeln verankern. Diese Regeln sollen das Ziel haben, das mittelfristige Haushaltsziel, d. h. einen strukturell nahezu

MITTELFRISTIGE PROJEKTION DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN

ausgeglichenen oder einen struktuellen Überschuss aufweisenden Staatshaushalt zu erreichen und dauerhaft einzuhalten.

Solide öffentliche Finanzen schaffen Vertrauen bei den Bürgern und den Unternehmen und bieten durch niedrige Zinssätze einen Stabilitätsanker auch im internationalen Kontext. Zugleich wird durch die neuen Regeln ein wichtiger Schritt in Richtung tragfähiger öffentlichen Finanzen, insbesondere mit Blick auf die demographische Entwicklung, getan. Deutschland hat hier bereits wichtige Erfolge erzielt und dürfte sein mittelfristiges Haushaltsziel in diesem Jahr erreichen und in den Folgejahren einhalten. Eine konsequente und frühestmögliche vollständige Umsetzung der Schuldenbremse bei Bund und Ländern kann diese Entwicklung unterstützen und absichern.

Ergebnisse der Steuerfahndung in den Jahren 2010 und 2011

# Ergebnisse der Steuerfahndung in den Jahren 2010 und 2011

- Die Steuerfahndungsdienste der Länder leisten einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Steueraufkommens und zur gleichmäßigen Besteuerung aller Steuerpflichtigen.
- Im Berichtszeitraum erledigte die Steuerfahndung bundesweit insgesamt 34 186 Fälle (2010) beziehungsweise 35 595 Fälle (2011).
- Dabei sind Mehrsteuern in Höhe von 1,7 Mrd. € (2010) beziehungsweise 2,2 Mrd. € (2011) bestandskräftig festgesetzt und Freiheitsstrafen in erheblichen Umfang verhängt worden.

1	Steuerfahndung	23
	Ergebnisse der Steuerfahndung der Länder	
	Anzahl der Ermittlungsfälle	
	Bestandskräftige Mehrsteuern	
	Einleitung und Abschluss von Strafverfahren	
	Fazit	

### 1 Steuerfahndung

Nicht jeder Steuerpflichtige kommt seinen steuerlichen Pflichten - also der Erklärung seiner Einkünfte und der Zahlung der darauf festgesetzten Steuern - im gesetzlich vorgeschriebenen Umfang nach. Hat der Steuerpflichtige gegenüber der Finanzverwaltung unvollständige oder unrichtige Angaben gemacht, sodass Steuern nicht in voller Höhe oder nicht rechtzeitig festgesetzt werden konnten, kann es sich um Steuerhinterziehung handeln. In diesem sowie in anderen als Steuerstraftat definierten Fällen wird die Steuerfahndung tätig. Dabei handelt es sich um mit polizeilichen Befugnissen ausgestattete Beschäftigte der Finanzbehörden.

Entsprechend der Verwaltungszuständigkeit sind die Länderbehörden für die Aufdeckung und Verfolgung von Steuerstraftaten beziehungsweise Steuerordnungswidrigkeiten im Bereich der Besitz- und Verkehrsteuern zuständig. In einigen Bundesländern ist die Steuerfahndung den Finanzämtern

angegliedert, in anderen Bundesländern wurden eigenständige Finanzämter für Steuerfahndung eingerichtet.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Steuerfahndung der Länder für die Jahre 2010 und 2011 vorgestellt. Darin nicht enthalten sind die speziellen Verbrauchsteuern, die Einfuhrumsatzsteuer und steuerliche Nebenleistungen wie z. B. Kosten und Zinsen. Mehrergebnisse aufgrund von Selbstanzeigen sind in der Statistik ebenfalls nicht erfasst.

## 2 Ergebnisse der Steuerfahndung der Länder

#### 2.1 Anzahl der Ermittlungsfälle

Die Fahndungsstellen der Länder führen hauptsächlich Fahndungsprüfungen durch, sind aber in den vergangenen Jahren in hohem Maße auch mit der Erledigung von Amts- und Rechtshilfeersuchen beschäftigt. Amts- und Rechtshilfeersuchen werden von anderen Behörden an eine Fahndungsstelle gerichtet, um Amtshandlungen wie z. B. die Beschaffung

Ergebnisse der Steuerfahndung in den Jahren 2010 und 2011

Tabelle 1: Von der Steuerfahndung erledigte Fälle

	Anzahl	Änderung gegenüber Vorjahr in %
2002	46 729	2,0
2003	42 393	-9,3
2004	37 370	-11,8
2005	36 195	-3,1
2006	35 666	-1,5
2007	36309	1,8
2008	31 537	-13,1
2009	31 878	1,1
2010	34 186	7,2
2011	35 592	4,1

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

von Beweismitteln für die ersuchende Behörde vornehmen zu lassen. Von den im Jahr 2010 erledigten 34 186 Fällen waren 26 665 Fälle Fahndungsprüfungen (78 %) sowie 7 521 Fälle Amts- und Rechtshilfeersuchen (22 %). Auch im Jahr 2011 hat sich dieses Zahlenverhältnis (27 695 Fahndungsprüfungen; 7 897 Amts- und Rechtshilfeersuchen) nicht wesentlich geändert. Nachdem sich die Anzahl der Fahndungsprüfungen im Jahr 2010 gegenüber dem Vorjahr um 12,6 % erhöht hatte, stieg sie im Jahr 2011 nur noch um 3,9 %, da gleichzeitig auch die Zahl der erledigten Amts- und Rechtshilfeersuchen einen Zuwachs von 5,0 % verzeichnete.

In Tabelle 1 ist die Entwicklung der Zahl der Fälle seit 2002 dargestellt, in denen von der Steuerfahndung Ermittlungen abgeschlossen wurden.

#### 2.2 Bestandskräftige Mehrsteuern

Die Fahndungsprüfungen werden nach Vorliegen eines Anfangsverdachts eingeleitet. In den Fahndungsprüfungen ermitteln die Steuerfahnder sämtliche Besteuerungsgrundlagen des betroffenen Steuerpflichtigen, ungeachtet ihrer strafrechtlichen Relevanz. Im Strafverfahren werden dann die strafrechtlich relevanten

Tabelle 2: Bestandskräftige Mehrsteuern

	in Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr in %
2002	1 540,9	1,1
2003	1 628,7	5,7
2004	1 613,4	-0,9
2005	1 658,0	2,8
2006	1 433,6	-13,5
2007	1 603,8	11,9
2008	1 474,5	-8,1
2009	1 565,8	6,2
2010	1 745,7	11,5
2011	2 228,6	27,7

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Ergebnisse der Steuerfahndung in den Jahren 2010 und 2011

Ermittlungsergebnisse der Strafzumessung zugrunde gelegt. Tabelle 2 weist als "bestandskräftige Mehrsteuern" sämtliche Ergebnisse der Steuerfahndung aus, die in die Steuerfestsetzung eingegangen sind, unabhängig davon, ob sie auch bei der Strafzumessung berücksichtigt wurden.

Nach einer Steigerung der bestandskräftig festgesetzten Mehrsteuern im Jahr 2010 um rund 180 Mio. € (+ 11,5 %) erhöhte sich dieser

damalige Spitzenwert im Jahr 2011 nochmals um rund 483 Mio. € (+27,7%).

Statistisch belastbare Erkenntnisse lassen sich aus der Verknüpfung der beiden statistischen Informationen zu Fallzahl und Mehrsteuern allerdings nicht herleiten. Die Ursachen für die Entwicklung der Ergebnisse können in beiden Gruppen unterschiedlicher Natur sein und müssen daher nicht in Verbindung zueinander stehen. Einfluss auf die Entwicklung der

Tabelle 3: Bestandskräftige Mehrsteuern nach Steuerarten in den Jahren 2002 bis 2011

2002		)2	2003		2004		2005		2006	
	in Mio. €	Anteil in %								
Umsatzsteuer	378,7	24,6	490,8	30,1	538,7	33,4	591,2	35,7	558,4	39,0
Einkommensteuer	744,0	48,3	708,8	43,5	657,4	40,7	669,8	40,4	496,9	34,7
Körperschaftsteuer	94,8	6,2	100,3	6,2	92,9	5,8	115,6	7,0	92,0	6,4
Lohnsteuer	73,8	4,8	92,1	5,7	67,7	4,2	68,6	4,1	62,8	4,4
Gewerbesteuer	66,2	4,3	62,3	3,8	74,7	4,6	66,8	4,0	75,8	5,3
Vermögensteuer	66,4	4,3	61,0	3,7	39,6	2,5	45,9	2,8	14,6	1,0
Sonstige Steuern	117,1	7,6	113,4	7,0	142,3	8,8	100,3	6,0	133,2	9,3
Gesamt	1 540,9		1 628,7		1 613,4		1 658,0		1 433,6	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

noch Tabelle 3: Bestandskräftige Mehrsteuern nach Steuerarten in den Jahren 2002 bis 2011

		07	200	)8	200	)9	201	0	201	11
	in Mio. €	Anteil in %								
Umsatzsteuer	574,5	35,8	513,6	34,8	624,7	39,9	702,3	40,2	984,0	44,2
Einkommensteuer	543,5	33,9	485,9	32,9	468,4	29,9	613,8	35,2	790,8	35,5
Körperschaftsteuer	148,6	9,3	106,8	7,2	138,9	8,9	93,1	5,3	63,9	2,9
Lohnsteuer	55,3	3,5	63,2	4,3	68,2	4,4	69,2	4,0	51,1	2,3
Gewerbesteuer	147,7	9,2	107,8	7,3	123,2	7,9	98,6	5,6	108,0	4,8
Vermögensteuer	11,1	0,7	6,5	0,4	10,8	0,7	2,8	0,2	1,6	0,1
Sonstige Steuern	123,1	7,7	190,8	12,9	131,6	8,4	165,9	9,5	229,4	10,3
Gesamt	1 603,8		1 474,5		1 565,8		1 745,7		2 228,6	

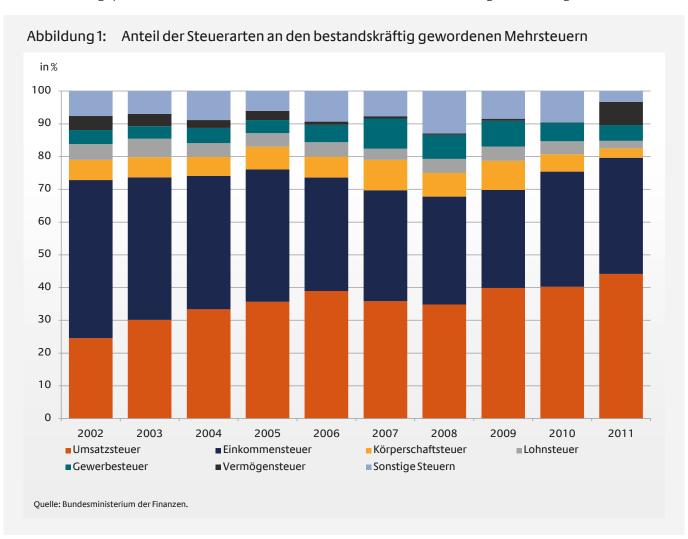
Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Ergebnisse der Steuerfahndung in den Jahren 2010 und 2011

Fallzahlen kann z. B. der Charakter der Steuerstraftaten als Offizialdelikt haben: Die Steuerfahndung ist von Amts wegen verpflichtet, jedem Verdacht ohne Rücksicht auf das zu erwartende Mehrergebnis nachzugehen. Bedeutsame Fahndungsfälle können sich verfahrenstechnisch über mehrere Jahre erstrecken. Die entsprechend hohen Mehrsteuern werden statistisch im Jahr der Bestandskraft erfasst. Dies kann zu starken Schwankungen des Mehrergebnisses führen.

Das Mehrergebnis wird seit Jahren von den drei Steuerarten Umsatzsteuer, Einkommensteuer und Körperschaftsteuer bestimmt (im Jahr 2011 zusammen 82,6 % – siehe Tabelle 3 und Abbildung 1). Abbildung 1 verdeutlicht, dass der
Anteil der Umsatzsteuer an den
bestandskräftig gewordenen Mehrsteuern
seit 2008 kontinuierlich auf 44,2% im
Jahr 2011 zugenommen hat. Dabei
waren in den Jahren 2010 und 2011
überproportionale Steigerungsraten
von + 12,4% beziehungsweise + 40,1% zu
verzeichnen. Dies lässt darauf schließen,
dass bedeutende Ermittlungsfälle das
Mehrergebnis an bestandskräftig gewordener
Umsatzsteuer positiv beeinflusst haben (z. B.
Umsatzsteuerbetrug mittels sogenannter
Umsatzsteuerkarusselle).

Allerdings ist anzumerken, dass die statistische Erfassung der Mehrergebnisse



ERGEBNISSE DER STEUERFAHNDUNG IN DEN JAHREN 2010 UND 2011

der Steuerfahndung nicht zwischen bestandskräftigen Mehrsteuern aufgrund von "normaler Hinterziehung" von Umsatzsteuer oder aufgrund von Umsatzsteuerbetrug unterscheidet. Angesichts der sich bei Steuerdelikten häufig über mehrere Jahre hinziehenden Ermittlungen ist zudem der Schluss zulässig, dass die jahrelangen Bestrebungen der Länder, die Steuerfahndungsdienste noch effizienter auszugestalten, Wirkung zeigen. Der Einsatz optimierter Ermittlungstechniken spiegelt sich auch im Mehrergebnis bestandskräftig gewordener Einkommensteuer wider, welches Zuwächse von + 31,0 % (2010) und + 28,8 % (2011) erreichte.

# 2.3 Einleitung und Abschluss von Strafverfahren

Die Fahndungsprüfungen führten im Jahr 2010 zur Einleitung von 25 437 Strafverfahren beziehungsweise 16 119 Strafverfahren im Jahr 2011 (2009: 15 608 Strafverfahren). Im Ergebnis der in den jeweiligen Jahren abgeschlossenen Strafverfahren aufgrund von Ermittlungen der Steuerfahndung haben die Gerichte sowohl Freiheitsstrafen (Tabelle 4) als auch Geldstrafen verhängt. In bestimmten Fällen sieht die Staatsanwaltschaft mit Zustimmung des zuständigen Gerichts von der Erhebung der öffentlichen Klage ab und erteilt dem Beschuldigten die Auflage, einen Geldbetrag zu zahlen (§ 153a Strafprozessordnung (StPO)).

Geringere Verstöße gegen die Steuergesetze werden mit einer Geldbuße gemäß dem Ordnungswidrigkeitengesetz geahndet. Die Höhe der verhängten Geldstrafen, Geldbeträge (§ 153a StPO) und Geldbußen nach Ermittlungen durch die Steuerfahndung ist in Tabelle 5 und Abbildung 2 dargestellt.

Die Veränderungsraten können durch die Abschlüsse von sich oft über mehrere Jahre erstreckenden Großverfahren beeinflusst worden sein. Insofern lässt allein dieses Zahlenmaterial keine Rückschlüsse auf Veränderungen bei der Steuerehrlichkeit und der Sanktionierung von aufgedeckten Steuerdelikten zu.

#### 3 Fazit

Die Steuerfahndungsdienste der Länder leisten einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Steueraufkommens. Ihre Präsenz und ihr sichtbarer Fahndungserfolg wirken deutlich präventiv, wobei jedoch eine Bezifferung des Abschreckungseffektes sowie des Ausmaßes der Steuerhinterziehung insgesamt nicht möglich ist. Angesichts einer Vielzahl von Ansatzpunkten von betrügerischen Aktivitäten und Hinterziehungsstrategien werden die Steuerfahndungsdienste der Länder auch in Zukunft ein wichtiges Instrument sein, um eine gleichmäßige Besteuerung aller Steuerpflichtigen sicherzustellen.

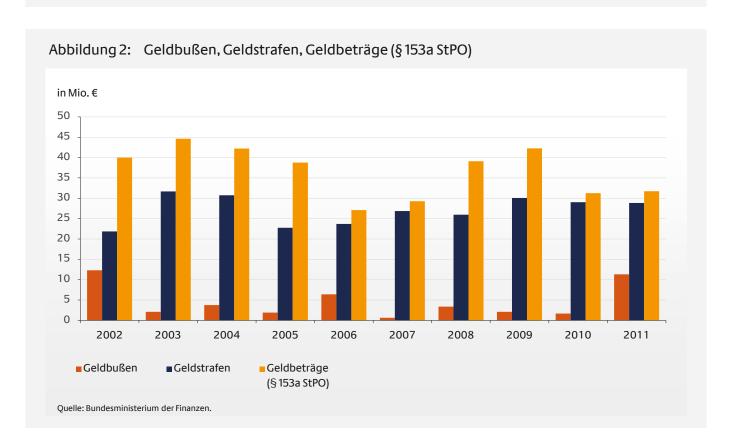
	Jahre	Änderung gegenüber Vorjahr in %
2002	1 301	13,3
2003	1 523	17,1
2004	1 624	6,6
2005	1 569	-3,4
2006	2 2 2 2 6	41,9
2007	1 794	-19,4
2008	1 515	-15,6
2009	1 794	18,4
2010	1 585	-11,6
2011	1 684	6,2

Ergebnisse der Steuerfahndung in den Jahren 2010 und 2011

Tabelle 5: Geldbußen, Geldstrafen, Geldbeträge (§ 153a StPO)

	Geldbußen		Geldstrafen		Geldbeträge (§ 153a StPO)	
	in Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr in %	in Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr in %	in Mio. €	Änderung gegenüber Vorjah in %
2002	12,3	5,1	21,9	-6,6	40,0	12,5
2003	2,1	-83,0	31,7	44,9	44,6	11,6
2004	3,8	79,6	30,7	-3,0	42,2	-5,4
2005	1,9	-48,6	22,8	-25,9	38,8	-8,1
2006	6,4	230,8	23,7	4,0	27,1	-30,2
2007	0,6	-90,0	26,9	13,4	29,3	8,0
2008	3,4	427,2	25,9	-3,4	39,1	33,6
2009	2,1	-38,2	30,1	16,0	42,3	8,2
2010	1,7	-20,0	29,1	-3,5	31,3	-26,1
2011	11,3	574,6	28,9	-0,7	31,7	1,5

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.



Analyse der Selbstfinanzierungsquote von Staatlichen Förderprogrammen

# Analyse der Selbstfinanzierungsquote von staatlichen Förderprogrammen

## Kurzfassung eines Forschungsgutachtens des ifo Instituts Dresden im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen<sup>1</sup>

- Häufig werden in Studien Selbstfinanzierungsquoten bei Fördermaßnahmen von weit über 100 % errechnet. Die positiven Haushaltseffekte werden in erster Linie auf die durch die Förderung generierten Produktions- und Beschäftigungswirkungen, die mit höheren Einnahmen bei Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen verbunden sind, zurückgeführt.
- Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass tendenziell h\u00f6here Selbstfinanzierungsquoten erreicht werden, wenn wichtige Effekte wie Mitnahme-, Verdr\u00e4ngungs- und Substitutionseffekte sowie Finanzierungseffekte nicht oder nur unzureichend ber\u00fccksichtigt werden.
- Unter Berücksichtigung dieser dämpfenden Effekte sind die Selbstfinanzierungsquoten in der Regel niedriger.

Ziel des Gutachtens ist die systematische Diskussion möglicher Selbstfinanzierungseffekte von Fördermaßnahmen. Hierzu wird eine Checkliste erarbeitet, die es erlaubt, die Ermittlung der Selbstfinanzierungsquote in bestehenden Studien auf ihre Konsistenz hin zu überprüfen. Dies erfordert eine umfassende Diskussion der ökonomisch relevanten Wirkungskanäle von Fördermaßnahmen auf mikro- wie makroökonomischer Ebene.

Aus theoretischer Sicht ist es zunächst entscheidend, ob man die Förderwirkung in einer Welt der voll- oder unterausgelasteten Produktionsfaktoren untersucht. Bei Vollauslastung ist eine förderinduzierte Produktionsausweitung in einem Sektor nur möglich, wenn dieser Sektor Produktionsfaktoren aus anderen Sektoren abzieht (Verdrängungseffekt). In diesem Fall steigt das gesamtwirtschaftliche Produktionsniveau nicht, und die Förderung

hat nur distributive Effekte. Ähnliches gilt für mögliche Substitutionseffekte, die sowohl bei Voll- als auch bei Unterauslastung auftreten können. Die Marktakteure passen ihr Verhalten infolge förderinduzierter Änderungen der Relativpreise an, indem sie unterschiedliche Produktionsfaktoren und Güter gegeneinander tauschen.

Ein zweiter wichtiger Aspekt ist die Mitnahme. Sie hängt von der Größe des vor der Förderung bestehenden Marktes ab, d. h. davon, in welchem Umfang auch ohne die Förderung ökonomische Aktivität stattgefunden hätte. Je größer der Markt und damit die Zahl der inframarginalen Einheiten, umso stärker wird Mitnahme auftreten. Diese ist unerwünscht, da die Fördermittel insoweit keine zusätzliche ökonomische Aktivität im geförderten Markt induzieren und damit auch keine zusätzlichen Rückflüsse anstoßen. Aus makroökonomischer Perspektive sind die mitgenommenen Fördermittel jedoch als Einkommenstransfers

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Der vorliegende Beitrag wurde von Joachim Ragnitz, Michael Kloß und Oskar Krohmer vom ifo Institut erstellt. Die Endfassung des Gutachtens ist auf der ifo-Homepage www.cesifo-group.de verfügbar.

Analyse der Selbstfinanzierungsquote von staatlichen Förderprogrammen

zu interpretieren, die von den jeweiligen Empfängern anderweitig verwendet werden. Auch wenn eine solche Verwendung dem Lenkungsanspruch von Fördermaßnahmen zuwiderläuft, sollten die Nachfrageimpulse in den nicht geförderten Bereichen in einer Berechnung von Selbstfinanzierungsquoten Berücksichtigung finden.

Schließlich ist zu beachten, dass die Fördermittel zunächst bereitgestellt werden müssen und dass je nach Art der Bereitstellung unterschiedliches Anpassungsverhalten der Wirtschaftssubjekte induziert wird. Werden zur Finanzierung der Fördermittel die Steuern erhöht, richten die Haushalte ihren Konsum an dem veränderten Budget sowie gegebenenfalls ihr Arbeitsangebot neu aus. Werden alternativ Staatsausgaben an anderer Stelle gesenkt, entsteht in den betroffenen Bereichen ein negativer Nachfrageimpuls. Nimmt die öffentliche Hand dagegen zusätzliche Kredite auf, könnte dies ein Zins- oder Wechselkurs-Crowding-Out induzieren. Unabhängig davon könnten Spielräume für die Kreditaufnahme beispielweise durch die "Schuldenbremse" begrenzt sein. In modernen, mikroökonomisch fundierten Makromodellen wurde gezeigt, dass das Ausmaß der Anpassungsaktivitäten nicht nur von der Art der Finanzierung abhängt, sondern auch von der Nachhaltigkeit der Maßnahme und dem betrachteten Zeithorizont.

Obwohl die Mitnahme-, Verdrängungs- und Finanzierungseffekte in der theoretischen Literatur breite Akzeptanz finden, werden sie in der überwiegenden Mehrheit der empirischen Studien zur Selbstfinanzierung gegenwärtig nicht berücksichtigt. Diese Untersuchungen quantifizieren die ökonomischen Effekte einer Förderung in der Regel mit der Input-Output-Analyse. Ausgehend von den Wirkungen des Nachfrageimpulses auf das Output- und Beschäftigungsniveau leiten sie anschließend die zu erwartenden fiskalischen Rückflüsse und Sozialversicherungsbeiträge ab. Aufgrund der Nichtberücksichtigung der dämpfenden Mitnahme-, Verdrängungsund Finanzierungseffekte fallen die ermittelten Selbstfinanzierungsquoten meist sehr hoch aus. Hierbei stellen die Sozialversicherungsbeiträge oft den größten Rückflussposten dar.

Die Input-Output-Analyse ist grundsätzlich dazu geeignet, die kurzfristigen Auswirkungen eines Nachfrageimpulses zu messen. Ihr wesentlicher Vorteil besteht darin, dass sie auf empirisch beobachteten Zusammenhängen beruht: Die gütermäßigen Verflechtungen in einer Volkswirtschaft sind in der Input-Output-Tabelle abgebildet. Diese Tabellen werden allerdings nur mit mehrjähriger Verzögerung veröffentlicht (so basiert die aktuelle Tabelle für Deutschland auf den Daten des Jahres 2007), sodass die aus ihnen ablesbaren Inputkoeffizienten, mit denen die Auswirkungen einer Förderung auf die Produktion und die Beschäftigung berechnet werden können, für Untersuchungen am aktuellen Rand fortgeschrieben werden müssen. Analog ist es für die Bestimmung des Beschäftigungseffekts in einem solchen Fall von Bedeutung, auch zwischenzeitliche Produktivitätsfortschritte zu berücksichtigen.

Die weit überwiegende Mehrheit der Studien, die sich gegenwärtig mit der Selbstfinanzierung von Förderung befassen, verwendet das erweiterte statisch-offene Input-Output-Modell.

Die zentrale Annahme des statischen Input-Output-Modells ist die linearlimitationale Produktionsfunktion (Leontief-Produktionsfunktion). Sie besagt, dass zur Produktion einer Einheit eines bestimmten Gutes eine ganz konkrete, über die Inputkoeffizienten vorgegebene Kombination von Vorleistungsgütern nötig ist. Diese Kombination ist im statischen Modell unveränderlich. Eine zweite wichtige Annahme ist die Unterbeschäftigung: Alle Güter und ihre entsprechenden Vorleistungsprodukte können in beliebiger Menge produziert werden, und es stehen unbegrenzt Produktionsfaktoren zu konstanten

Analyse der Selbstfinanzierungsquote von Staatlichen Förderprogrammen

Faktorpreisen zur Verfügung. Zudem wird unterstellt, dass Kapazitäten ausreichend vorhanden sind. Durch die Vorgabe einer unveränderlichen Produktionstechnologie und die Vernachlässigung von Produktionsbeschränkungen kann die statische Input-Output-Analyse weder förderinduzierte Substitutions- noch knappheitsbedingte Verdrängungseffekte abbilden. Dies schlägt sich tendenziell in einer Überschätzung des tatsächlichen gesamtwirtschaftlichen Outputeffekts nieder.

Im erweiterten statisch-offenen Input-Output-Modell wird ferner unterstellt, dass das zusätzlich erwirtschaftete Einkommen wieder nachfragewirksam wird. Dadurch entsteht ein Kreislauf aus Produktion, Einkommen und Konsum, wobei die Auswirkungen des ursprünglichen Impulses mit jedem Durchlauf wegen "Sickerverlusten" (Steuern und Abgaben auf Erwerbseinkommen, Abfluss von Nachfrage ins Ausland) schwächer werden. Die Idee entspricht der des keynesianischen Einkommensmultiplikators. Allerdings herrscht in vorliegenden Arbeiten keine klare Einigkeit darüber, was als Einkommen zugrunde zu legen ist. Auch die Berücksichtigung der "Sickerverluste" ist nicht immer nachvollziehbar dargestellt. In der Tendenz wird der einkommensinduzierte Effekt aber umso größer ausfallen, je weiter der Begriff "Einkommen" gefasst wird und je geringer die unterstellten "Sickerverluste" sind.

Unter den hier skizzierten Annahmen unterliegen die in einer statisch-offenen Input-Output-Analyse berechneten Effekte einigen Einschränkungen. Erstens wird die zeitliche Dimension nicht berücksichtigt, sodass eine Diskontierung des Gesamteffekts weder möglich noch nötig ist. Zweitens werden nur kurzfristige nachfrageseitige Effekte (z. B. die verstärkte Nachfrage nach Baumaterialien) erfasst, nicht aber mittel- und langfristige (z. B. Nutzung der Bauten) oder unmittelbare angebotsseitige Auswirkungen. Drittens werden mögliche Mitnahme-, Verdrängungs- und Substitutionsaktivitäten sowie das finanzierungsseitig

induzierte Anpassungsverhalten nicht automatisch abgebildet, weshalb für eine belastbare Prognose der Output- und Beschäftigungswirkungen einer Förderung die Input-Output-Analyse an diese Effekte erst angepasst werden muss.

Dies wird beispielsweise durch eine Modifikation des primären Impulsvektors erreicht, sodass er nicht nur den positiven Nachfrageimpuls im geförderten Bereich, sondern alle förderinduzierten nachfrageseitigen Impulse in den verschieden Produktionsbereichen abbildet. Der förderinduzierte Impuls im geförderten Bereich ergibt sich durch Bereinigung der Summe der geförderten Investitionen um die Mitnahmequote. Da die mitgenommenen Mittel letztendlich aber ebenfalls nachfragewirksam werden, ergeben sich durch Mitnahme zusätzliche expansive Impulse in Höhe der mitgenommenen Fördermittel in nicht-geförderten Bereichen. Ignoriert man diese zusätzliche Nachfragewirkung, erhält man eine Untergrenze des Fördereffekts, soweit er auf allein nachfrageseitigen Impulsen beruht. Demgegenüber ergeben sich kontraktive Impulse in nicht-geförderten Bereichen infolge von Verdrängungs-, Substitutions- und Finanzierungsaktivitäten: Wäre die Förderung nicht ausgezahlt worden, hätten nutzenmaximierende Individuen die öffentlichen und privaten Mittel, die den förderinduzierten Impuls bilden, anderweitig nachfrageseitig verwendet wenn auch in einem anderen als dem geförderten Bereich. Infolge der Förderung substituieren diese Individuen die alternativen Verwendungsmöglichkeiten durch die geförderte Aktivität. Zusätzlich können je nach Art der Finanzierung der öffentlichen Fördermittel weitere Anpassungsreaktionen erfolgen.

Die Höhe der einzelnen Impulse lässt sich über verschiedene Methoden der empirischen Evaluationsliteratur ermitteln. Die Verteilung der nachfrageseitigen Impulse in den verschiedenen Produktionsbereichen ist dagegen oft nur über Annahmen

Analyse der Selbstfinanzierungsquote von staatlichen Förderprogrammen

möglich. Diese Annahmen können das Untersuchungsergebnis allerdings erheblich beeinflussen; ihre Richtigkeit lässt sich aber in der Regel nicht überprüfen. Vor diesem Hintergrund ist es umso wichtiger, die getroffenen Annahmen plausibel zu begründen. Die Einbindung der zusätzlichen Effekte in den Impulsvektor behebt allerdings nicht das Problem, dass potentielle angebotsseitige Wirkungen der verschiedenen Impulse in einer statischen Input-Output-Analyse nicht berücksichtigt werden können.

Derartige Effekte lassen sich nur mit alternativen Methoden quantifizieren. Angebotsseitige Impulse und die langfristigen Förderwirkungen können beispielsweise im makroökonomischen Simulationsmodell HERMIN der Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen (GEFRA) abgebildet werden. Dieses Modell ist jedoch ebenso wie die Input-Output-Analyse nicht mikrofundiert. Durch die Förderung und deren Finanzierung hervorgerufene Anpassungsreaktionen können in beiden Methoden nicht modellendogen quantifiziert werden. Dies ist nur bei mikroökonomisch fundierten makroökonomischen Simulationsmodellen wie den DSGE-Modellen möglich. Diese haben sich mittlerweile als Standardwerkzeug der makroökonomischen Politikanalyse etabliert. Beispielsweise verwendet die Deutsche Bundesbank zur Analyse ihrer Geldpolitik das DSGE-Modell von Smets und Wouters (2003). Bislang gibt es jedoch nur wenige Versuche, die sektorale Gliederung einer Ökonomie in DSGE-Modellen explizit darzustellen. Dies wäre aber für die Analyse branchenspezifischer Förderungen notwendig.

Aus der vorangegangen Diskussion lassen sich Anforderungen an die Ermittlung einer Selbstfinanzierungsquote ableiten, die im Gutachten in einer Checkliste präsentiert werden.

Zunächst sollte jede Studie zum Thema Selbstfinanzierung ihren Analyserahmen nachvollziehbar präsentieren. Der Analyserahmen bildet in Form von expliziten und impliziten Annahmen ab, welche Vorstellung von der Wirklichkeit die Autoren ihren Berechnungen zugrunde legen. Er bestimmt, welche Effekte in der weiteren Untersuchung überhaupt zu berücksichtigen sind, und legt zugleich den Referenzpunkt fest, gegenüber dem die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen der Förderung gemessen werden (kontrafaktische Situation). Studien zur Ermittlung von Selbstfinanzierungsquoten sollten folgende Fragen eindeutig beantworten:

- Welche (impliziten) Annahmen werden durch die Wahl der Quantifizierungsmethode getroffen?
- 2. Werden einkommensinduzierte Effekte berücksichtigt?
- 3. Werden mögliche Mitnahmeeffekte berücksichtigt?
- 4. Werden mögliche Verdrängungseffekte und Substitutionseffekte berücksichtigt?
- 5. Werden mögliche Finanzierungseffekte berücksichtigt?

In einem nächsten Schritt müssen alle Effekte quantifiziert werden, mit denen laut Analyserahmen im Zusammenhang mit der konkreten Förderung potenziell zu rechnen ist. Demgegenüber dürfen keine zusätzlichen Effekte berücksichtigt werden, die theoretisch nicht fundiert sind. Die Erläuterungen zur empirischen Umsetzung einer Untersuchung sollten detaillierte Antworten zu folgenden Aspekten geben:

- 6. Welche Datenbasis wird verwendet?
- 7. Wie wird der Impuls definiert?
- 8. Wie werden Output- und Beschäftigungseffekte ermittelt?
- 9. Wie werden die einkommensinduzierten Effekte ermittelt?

Analyse der Selbstfinanzierungsquote von staatlichen Förderprogrammen

Ausgehend von den gesamtwirtschaftlichen Output- und Beschäftigungseffekten (unter Berücksichtigung potenzieller Mitnahme-, Verdrängungs- und Finanzierungseffekte) können nun in einem letzten Schritt die Rückflüsse und damit die Selbstfinanzierungsquote berechnet werden. Hierbei sind folgende Fragen zu beachten:

- 10. Werden die Rückflüsse der Förderung ganzheitlich erfasst?
- 11. Wird die Selbstfinanzierungsquote fördermittelgeberspezifisch berechnet?
- 12. Werden die Rückflüsse diskontiert?

Wendet man diese Checkliste auf vorliegende Studien zum Thema Selbstfinanzierung an, so lässt sich konstatieren, dass in den meisten Darstellungen nicht alle Aspekte betrachtet werden. Oftmals werden die zugrundeliegenden Annahmen,

insbesondere bezüglich möglicher Mitnahme-, Verdrängungs- und Finanzierungseffekte, und die daraus resultierenden Folgen nur unzureichend dargestellt. Dies liegt wahrscheinlich daran, dass sich die meisten Untersuchungen auf die Input-Output-Analyse stützen, mit der die relevanten Mitnahme-, Verdrängungs- und Finanzierungseffekte nur unzureichend abgebildet werden können. Dadurch wird eine Beurteilung der abgeleiteten Ergebnisse vor dem Hintergrund der realen Situation erheblich erschwert. Wünschenswert wäre daher die Entwicklung und Anwendung eines in sich konsistenten empirischen Verfahrens, das alle förderinduzierten Impulse und Wirkungen – sowohl im geförderten Bereich als auch in nicht-geförderten Bereichen sowie auf der Angebots- und der Nachfrageseite berücksichtigen kann. Jedoch muss beachtet werden, dass ein solches Vorgehen mit einem erheblichen Aufwand verbunden ist.

#### Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

# Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung hat sich im 2. Quartal mit leicht vermindertem Tempo fortgesetzt.
- Wachstumsimpulse kamen vom Konsum und von den Nettoexporten.
- Die Stimmungsindikatoren deuten auf eine anhaltend günstige Konsumkonjunktur hin, wenngleich sich am Arbeitsmarkt Anzeichen einer verhalteneren Entwicklung zeigen.
- Die Inflationsrate lag zum dritten Mal in Folge unter der Zweiprozentmarke.

Die gesamtwirtschaftliche Aktivität in Deutschland hat sich im 2. Quartal 2012 weiter erhöht. Das Wachstumstempo ließ jedoch im Vergleich zum Vorquartal etwas nach.

So ist laut Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes das Bruttoinlandsprodukt preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,3% gegenüber dem Vorguartal angestiegen. Die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Aktivität fiel damit etwas moderater aus als noch im 1. Vierteljahr (+0,5%). Die vorliegenden Wirtschaftsdaten, insbesondere für das Verarbeitende Gewerbe, deuteten bereits darauf hin, dass die konjunkturelle Entwicklung in den Frühjahrsmonaten etwas weniger dynamisch verlaufen ist. Die Wachstumsimpulse kamen im 2. Quartal in preis-, kalender- und saisonbereinigter Betrachtung vom Konsum der privaten und öffentlichen Haushalte sowie von den Nettoexporten (Exporte abzüglich Importe). Dämpfend wirkten dagegen die rückläufigen Investitionen, insbesondere in Ausrüstungen.

Das Gesamtbild der Konjunkturindikatoren deutet darauf hin, dass die deutsche Wirtschaft im weiteren Jahresverlauf in ruhigeres Fahrwasser geraten könnte. So sank der ifo Geschäftsklimaindex zuletzt zum dritten Mal in Folge, und auch die Stimmung im Dienstleistungsgewerbe kühlte sich spürbar ab. Die nachlassende Nachfrage aus dem

Euroraum belastet zunehmend die deutsche Wirtschaft.

So zeigen die nominalen Warenexporte in saisonbereinigter Betrachtung – trotz des Rückgangs im Juni – zwar noch eine aufwärtsgerichtete Grundtendenz, allerdings schlägt sich die wirtschaftliche Schwäche in einigen Ländern des Euroraums inzwischen spürbar in den deutschen Außenhandelszahlen nieder. Dagegen hält die positive Entwicklung der Ausfuhrtätigkeit gegenüber Drittländern an. Im 1. Halbjahr 2012 lag das nominale Ausfuhrergebnis um 4,8 % über dem Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Während vor allem Ausfuhren in Drittländer (+ 11,1%), aber auch in EU-Länder des Nicht-Euroraums (+4,2%) ausgeweitet wurden, wurde bei den Exporten in den Euroraum ein leichtes Minus verzeichnet (-1,1%).

Insgesamt deuten vorlaufende Indikatoren auf eine gewisse Abschwächung der Exportdynamik im weiteren Verlauf hin. So hat sich der Aufwärtstrend der Auslandsnachfrage nach deutschen Industriegütern zuletzt abgeflacht. Im Durchschnitt des 2. Quartals war jedoch noch ein Anstieg zu verzeichnen, der sowohl aus der Nachfrage aus dem Euroraum als auch aus dem Nicht-Euroraum kam. Allerdings wurden die Exportperspektiven von den Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes laut ifo

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Umfrage im Juli den zweiten Monat in Folge zurückhaltender beurteilt. Für ungünstigere Exportaussichten spricht auch, dass sich nach Einschätzung der OECD (OECD Leading Indicator) die weltwirtschaftliche Entwicklung weiter verlangsamen dürfte. Darüber hinaus ist der ifo Indikator für das Wirtschaftsklima im Euroraum – nach zwei Anstiegen in Folge – im 3. Quartal 2012 wieder gesunken und unterschreitet deutlich seinen langjährigen Durchschnittswert. Dabei belastet die Schuldenkrise die Konjunktur im Euroraum zunehmend, mit den entsprechenden Auswirkungen auf die Außenhandelstätigkeit Deutschlands.

Die nominalen Warenimporte sanken im Juni gegenüber dem Vormonat deutlich um saisonbereinigt 3,0 %, nachdem sie im Mai angestiegen waren. Für das 2. Quartal zeigt sich damit insgesamt ein leichter Rückgang der nominalen Wareneinfuhren gegenüber der Vorperiode. In der Tendenz sind sie damit nahezu seitwärtsgerichtet. Im 1. Halbjahr 2012 wurden die nominalen Warenimporte um 2,4% gegenüber dem Vorjahr ausgeweitet. Dabei wurde die Einfuhrtätigkeit sowohl gegenüber den EU-Ländern als auch gegenüber Drittländern gesteigert (Euroraum: +1,5 %, Nicht-Euroraum der EU: +3,3%; Drittländer: +3,0%). Die Zunahme der Einfuhren aus Drittländern spiegelt sich auch in einem deutlichen Anstieg der Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer im 1. Halbjahr 2012 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 5,2% wider. Allerdings fiel der Anstieg beider Aggregate nicht mehr so stark aus wie in der 2. Jahreshälfte des vergangenen Jahres.

Die industrielle Aktivität hat sich zum Ende des 2. Quartals merklich abgeschwächt.
So wurde die Industrieproduktion im Juni im Vergleich zum Vormonat über alle drei Gütergruppen (Vorleistungs-, Investitions- und Konsumgüter) hinweg gedrosselt.
Insgesamt blieb die industrielle Erzeugung im 2. Vierteljahr saisonbereinigt um 0,5 % hinter dem Produktionsergebnis des 1. Quartals

zurück. Dabei wurde insbesondere die Herstellung von Investitionsgütern deutlich zurückgefahren, während die Produktion von Vorleistungs- und Konsumgütern nahezu eine Seitwärtsbewegung zeigt. Auch der Umsatz in der Industrie war im Juni im Vergleich zum Vormonat rückläufig. Sowohl Auslands- als auch Inlandsumsätze verzeichneten ein Minus. Im Vorquartalsvergleich ergibt sich für das 2. Vierteljahr bei Auslandsumsätzen dagegen ein leichtes Plus, während das entsprechende Umsatzergebnis im Inland saisonbereinigt um 0.8% unterschritten wurde.

Die Aussichten für die industrielle Produktion stellen sich angesichts der Nachfrageabschwächung im 1. Halbjahr etwas ungünstiger dar. Im 2. Quartal verzeichneten die inländischen Bestellungen einen Rückgang, der sich auf alle drei Gütergruppen erstreckte, während die Auslandsbestellungen insgesamt noch anstiegen. Am aktuellen Rand ist im Vorleistungsgüterbereich sowohl im Inland als auch im Ausland eine markante Nachfrageabschwächung zu beobachten. Dies sowie die insgesamt tendenzielle Seitwärtsbewegung des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe deuten auf eine moderatere industrielle Erzeugung im weiteren Jahresverlauf hin. Auch die laut ifo Umfrage abnehmenden Produktionspläne weisen in diese Richtung. Die Eintrübung der Stimmungsindikatoren, insbesondere des ifo Geschäftsklimas im Verarbeitenden Gewerbe sowie der ZEW-Konjunkturerwartungen, signalisieren für die nächsten Monate ebenfalls eine gedämpfte industrielle Dynamik.

Die Produktion im Bauhauptgewerbe war – nach einem deutlichen Anstieg im Vormonat – im Juni rückläufig. Im 2. Quartal wurde die Bauproduktion dennoch kräftig ausgeweitet (saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal). Aus den vorlaufenden Indikatoren lässt sich für die nächsten Monate keine eindeutige Entwicklungsrichtung ablesen. So sind die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe stark rückläufig, und auch die ifo Geschäftserwartungen gaben zuletzt

#### 

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

#### Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2011	Veränderung in % gegenüber							
Gesamtwirtschaft / Einkommen	Mrd. €	aaii Vari in %	Vorpe	eriode saisor	nbereinigt		Vorjah	r		
	bzw. Index	ggü. Vorj. in %	4.Q.11	1.Q.12	2.Q.12	4.Q.11	1.Q.12	2.Q.12		
Bruttoinlandsprodukt										
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	110,2	+3,0	-0,1	+0,5	+0,3	+1,4	+1,7	+0,5		
jeweilige Preise	2 593	+3,9	+0,0	+0,9	+0,7	+2,2	+2,8	+1,7		
Einkommen <sup>1</sup>										
Volkseinkommen	1 971	+3,8	+0,1	+1,9		+3,1	+3,4			
Arbeitnehmerentgelte	1 3 1 9	+4,4	+0,8	+1,5		+3,9	+3,8			
Unternehmens- und										
Vermögenseinkommen	652	+2,7	-1,2	+2,6		+1,1	+2,7			
Verfügbare Einkommen										
der privaten Haushalte	1 625	+3,1	+0,7	+1,2		+2,8	+3,6			
Bruttolöhne ugehälter	1.075	+4,7	+0,7	+1,9		+4,2	+4,1			
Sparen der privaten Haushalte	181	+0,1	+3,4	+0,0		+3,3	+4,1			
		2011			Veränderung ir	n % gegenüb	er			
Außenhandel / Umsätze / Produktion /			Vorpe	eriode saisor	nbereinigt		Vorjahr	2		
Auftragseingänge	Mrd. € bzw. Index	ggü.Vorj. in%	Mai 12	Jun 12	Dreimonats- durchschnitt	Mai 12	Jun 12	Dreimonats- durchschnitt		
in jeweiligen Preisen										
Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	92	+12,5	+0,3		+3,7			-2,8		
Außenhandel (Mrd. €)										
Waren-Exporte	1.060	+11,4	+4,2	-1,5	+1,5	+0,8	+7,3	+3,8		
Waren-Importe	902	+13,2	+6,2	-3,0	-0,4	-0,3	+1,5	+0,1		
in konstanten Preisen von 2005										
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2005 = 100)	112,1	+7,9	+1,7	-0,9	-0,1	-0,3	-0,3	-0,5		
Industrie <sup>3</sup>	113,9	+8,8	+2,0	-1,0	-0,5	-0,6	-0,5	-0,8		
Bauhauptgewerbe	123,1	+13,4	+2,6	-2,0	+4,4	+1,7	+3,0	+1,6		
Umsätze im Produzierenden Gewerbe										
Industrie (Index 2005 = 100) <sup>3</sup>	110,5	+7,6	+0,8	-1,4	-0,3	+0,9	-0,3	-0,0		
Inland	106,4	+7,5	+0,1	-0,9	-0,8	-1,1	-1,5	-1,3		
Ausland	115,4	+7,7	+1,6	-2,0	+0,2	+3,1	+1,1	+1,3		
Auftragseingang (Index 2005 = 100)										
Industrie <sup>3</sup>	114,0	+7,8	+0,7	-1,7	+0,6	-5,3	-7,8	-5,6		
Inland	110,3	+7,4	-1,4	-2,1	-0,5	-12,7	-5,3	-7,0		
Ausland	117,3	+8,1	+2,5	-1,5	+1,5	+1,4	-9,7	-4,4		
Bauhauptgewerbe	101,1	+4,5	-7,6		-0,6	-1,1		+4,4		
Umsätze im Handel (Index 2005 = 100)										
Einzelhandel (ohne Kfz und mit Tankstellen)	98,6	+1,3	-0,3	-0,1	+0,1	-1,1	+2,9	-1,1		
Handel mit Kfz	94,3	+5,9	+1,2	-2,8	-2,2	-6,5	+3,9	-1,4		

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

#### Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2011			Veränderung in	Tsd. gegenü	ber		
Arbeitsmarkt	Personen	:: N: :- 0/	Vorp	eriode saison	bereinigt	Vorjahr			
	Mio.	ggü. Vorj. in %	Mai 12	Jun 12	Jul 12	Mai 12	Jun 12	Jul 12	
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,98	-8,1	+1	+7	+7	-105	-84	-63	
Erwerbstätige, Inland	41,10	+1,3	+34	+26		+518	+496		
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	28,38	+2,4	+28			+592			
		2011			Veränderung in	n%gegenüber			
Preisindizes 2005 = 100		ggü. Vorj. in %		Vorperiod	le	Vorjahr			
2003 100	Index		Mai 12	Jun 12	Jul 12	Mai 12	Jun 12	Jul 12	
Importpreise	117,0	+8,0	-0,7	-1,5		+2,2	+1,3		
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	115,9	+5,7	-0,3	-0,4		+2,1	+1,6		
Verbraucherpreise	110,7	+2,3	-0,2	-0,1	+0,4	+1,9	+1,7	+1,7	
ifo-Geschäftsklima				saisonberei	nigte Salden				
gewerbliche Wirtschaft	Dez 11	Jan 12	Feb 12	Mrz 12	Apr 12	Mai 12	Jun 12	Jul 12	
Klima	+7,2	+9,1	+11,6	+11,9	+12,0	+6,2	+3,1	-0,6	
Geschäftslage	+21,4	+20,6	+22,7	+22,6	+22,8	+14,7	+16,0	+11,6	
Geschäftserwartungen	-6,1	-1,7	+1,1	+1,7	+1,7	-2,0	-8,9	-12,2	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Rechenstand: Mai 2012.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut.

nach. Dagegen zeigen die Baugenehmigungen einen spürbaren Aufwärtstrend.

Mit Blick auf die Entwicklung des privaten Konsums ist das Indikatorenbild weiterhin uneinheitlich. So sind die realen Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz) nach einem leichten Rückgang im Juni in der Verlaufsbetrachtung der Grundtendenz nach seitwärtsgerichtet. Zugleich weisen die realen Umsätze im Kfz-Handel inzwischen einen klaren Abwärtstrend auf, nachdem es im Juni im Vormonatsvergleich zu einem deutlichen Umsatzrückgang kam. Dagegen deuten die Stimmungsindikatoren auf eine anhaltend günstige Konsumkonjunktur hin. Der GfK-Indikator Konsumklima stieg im Juli leicht an und dürfte den Aufwärtstrend angesichts einer erhöhten Anschaffungsneigung der Verbraucher nach Einschätzung der GfK im August fortsetzen. Auch die jüngste ifo Umfrage signalisiert eine anhaltende

Kaufbereitschaft der privaten Haushalte.
So stieg der Geschäftsklimaindex für den
Einzelhandel im Juli spürbar an, was sowohl
auf eine verbesserte Lageeinschätzung als
auch auf eine günstigere Beurteilung der
Geschäftsperspektiven zurückzuführen war.
Vor dem Hintergrund eines anhaltenden
Beschäftigungsaufbaus und steigender
Löhne, die sich auch in einer dynamischen
Entwicklung des Lohnsteueraufkommens
widerspiegeln, scheinen die Voraussetzungen
für eine Fortsetzung der positiven
Konsumentwicklung gegeben.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist insgesamt noch als günstig einzustufen. Dennoch gibt es Anzeichen einer verhalteneren Entwicklung. So setzte sich der Beschäftigungsaufbau bis zuletzt fort. Im Durchschnitt des 2. Quartals war der Anstieg der Erwerbstätigkeit zwar immer noch sehr hoch, aber die Zunahme fiel deutlich geringer aus als noch im 1. Vierteljahr

 $<sup>^2</sup> Produktion \, arbeitst \ddot{a}glich, Umsatz, Auftragseing ang \, Industrie \, kalenderbereinigt, Auftragseing ang \, Bau \, saisonbereingt.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup>Ohne Energie.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

(+92 000 Personen nach +168 000 Personen). Dabei waren im Juni 26 000 Personen mehr erwerbstätig als den Monat zuvor. Mit 41,70 Millionen Personen lag die Zahl der Erwerbstätigen nach Ursprungswerten im Juni rund eine halbe Million Personen über dem entsprechenden Vorjahresstand (+1,2%).

Die Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse zeigt weiterhin einen klaren Aufwärtstrend. Allerdings hat sich auch hier die Dynamik im Vergleich zum Jahresbeginn etwas verringert. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wurde insgesamt von Januar bis Mai 2012 in saisonbereinigter Betrachtung deutlich ausgeweitet (+199 000 Personen). Zuletzt waren im Mai 28 000 Personen mehr sozialversicherungspflichtig beschäftigt als im Vormonat. Der Vorjahresstand wurde (nach Ursprungswerten) zugleich um 592 000 Personen überschritten. Nach Branchen betrachtet fiel das Beschäftigungsplus im Mai im Vergleich zum Vorjahr bei den wirtschaftlichen Dienstleistungen ohne Arbeitnehmerüberlassungen (+143 000 Personen) und im Verarbeitenden Gewerbe (+126 000 Personen) besonders hoch

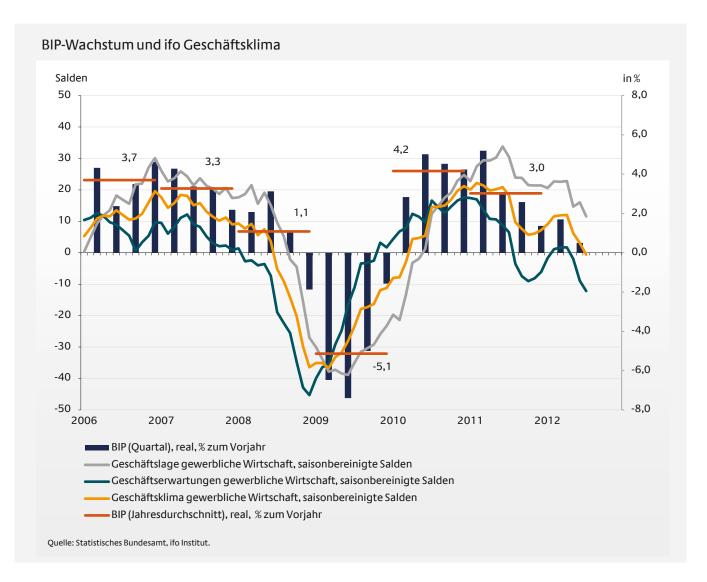
Die Arbeitslosigkeit hat zum vierten Mal in Folge leicht zugenommen. So stieg die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl im Juli erneut um 7 000 Personen gegenüber dem Vormonat leicht an. Nach Regionen betrachtet hat - wie auch schon im vergangenen Monat die Arbeitslosenzahl in Westdeutschland um 11 000 Personen zugenommen, während sie sich in Ostdeutschland verringerte (-4000 Personen). Die Zahl registrierter Arbeitsloser betrug im Juli 2,88 Millionen Personen und unterschritt damit das entsprechende Vorjahresniveau um 63 000 Personen beziehungsweise um 2,2 %. Im Januar 2012 betrug der Abstand zum Vorjahr noch 261 000 Personen. Die Arbeitslosenquote lag zuletzt bei 6,8 % und damit 0,2 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau.

Hinsichtlich des Anstiegs der Arbeitslosigkeit im Verlauf und der Dämpfung des Rückgangs im Vergleich zum Vorjahr schlug vor allem die Zunahme des Arbeitskräfteangebots zu Buche. Diese ergibt sich aus einer Ausweitung des Wanderungssaldos gegenüber dem Ausland sowie einer gestiegenen Erwerbsneigung.

Die Aussichten hinsichtlich der weiteren Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt haben sich etwas eingetrübt. So verschlechterte sich die Stimmung der Unternehmen seit einigen Monaten deutlich. Dies dürfte auch zu einem zurückhaltenderen Einstellungsverhalten der Unternehmen führen. Allerdings ist die Arbeitskräftenachfrage bisher weiterhin sehr hoch. Dies zeigt der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit (BA), der sich trotz Rückgangs immer noch auf einem hohen Niveau befindet.

Die Beruhigung des Preisauftriebs in Deutschland setzte sich fort. Der Verbraucherpreisindex stieg im Juli um 1,7 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresniveau an. Die Inflationsrate blieb damit erneut unterhalb der Zweiprozentmarke. Zwar sind die Energiepreise immer noch einer der preistreibenden Faktoren, jedoch hat sich die Teuerungsrate einiger Energieprodukte deutlich abgeflacht. Dabei dürften die rückläufigen Preise für Rohöl der Sorte Brent in US-Dollar pro Barrel (Juli: rund - 12% gegenüber dem Vorjahr) die Preisentwicklung für Kraftstoffe und Heizöl im Vergleich zum Vorjahr in Deutschland etwas begünstigt haben. Neben Energierohstoffen verbilligten sich auch Industrierohstoffe auf dem Weltmarkt erheblich (rund - 23 % gegenüber dem Vorjahr). Die globale Preisniveauentwicklung dürfte auch Auswirkungen auf die Importpreisniveaus in Deutschland haben. So waren beispielsweise die Importe von Roheisen, Stahl und Ferrolegierungen im Juni deutlich billiger als vor einem Jahr (-6,7%). Insgesamt betrug der Importpreisanstieg im Juni nur 1,3 %. Im Januar lag die Teuerungsrate noch bei 3,7%. Die Preissituation auf dem Weltmarkt

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT



spricht – trotz einer Aufwertung des US-Dollars gegenüber dem Euro – für eine weitere Vergünstigung der Preise für importierte Güter. Angesichts der sich abzeichnenden verhaltenen weltwirtschaftlichen Entwicklung, die auch der Internationale Währungsfonds (IWF) in der Aktualisierung seines Wirtschaftsausblicks vom Juli prognostizierte, dürfte sich das Preisklima weiter beruhigen. Hiervon gehen auch die Unternehmen und die Konsumenten aus, die ihre Preiserwartungen nochmals gesenkt haben.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juli 2012

# Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juli 2012

Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Monat Juli 2012 im Vorjahresvergleich um 8,6 % gestiegen. Hierzu haben die gemeinschaftlichen Steuern mit + 11,3 % und die Ländersteuern mit + 16,6 % beigetragen, während die Bundessteuern das Vorjahresniveau um 1,7 % unterschritten. Der deutliche Zuwachs der Steuereinnahmen insgesamt gegenüber dem Vorjahresmonat wurde bei den gemeinschaftlichen Steuern vor allem von der Lohnsteuer und den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag verursacht. Im Zeitraum Januar bis Juli 2012 erhöhte sich das Steueraufkommen insgesamt im Vorjahresvergleich um 5,0 %.

Nach Bundesergänzungszuweisungen war der Aufkommenszuwachs des Bundes im Juli mit 10,6 % etwas weniger stark als bei den Ländern (11,6 %). Im kumulierten Zeitraum Januar bis Juli ergibt sich weiterhin ebenfalls ein gutes Plus: Bund 3,8 %, Länder 5,5 %.

Die Kasseneinnahmen bei der Lohnsteuer lagen im Juli 2012 um 8,2 % über dem Niveau des Vorjahresmonats. Auch der Anstieg des Bruttoaufkommens der Lohnsteuer (vor Abzug des Kindergeldes) war im Berichtsmonat mit + 6,3 % der bisher zweithöchste monatliche Zuwachs in diesem Jahr. Das Volumen der Kindergeldzahlungen sank um 0,7 %. Im Zeitraum Januar bis Juli 2012 ist im kassenmäßigen Lohnsteueraufkommen ein Plus von 5,9 % zu verzeichnen. Die Entwicklung der Lohnsteuereinnahmen profitiert von den Beschäftigungs- und Lohnsteigerungen, die voraussichtlich auch im weiteren Jahresverlauf das Aufkommen begünstigen werden.

Die Kasseneinnahmen der veranlagten Einkommensteuer verbesserten sich von - 0,7 Mio. € im Vorjahresmonat auf nunmehr - 0,5 Mio. € im Juli 2012. Das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer brutto stieg im Vorjahresmonatsvergleich sogar um 51,1%. Während sich die Vorauszahlungen und die Nachzahlungen insbesondere für die beiden vergangenen Jahre deutlich erhöhten, gingen die Erstattungen (ohne Arbeitnehmererstattungen) zurück. Die Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 EStG nahmen um 9,2% zu. Im Zeitraum Januar bis Juli 2012 erreichte das Kassenaufkommen bisher ein deutliches Plus von 16,9%.

Bei den Kasseneinnahmen der Körperschaftsteuer ergab sich im Juli per Saldo ein Vorzeichenwechsel von - 0,2 Mio. € im Vergleichsmonat des Vorjahres auf nunmehr + 0,2 Mio. € im Juli 2012. Die Vorauszahlungen nahmen leicht zu. Die höheren Nachzahlungen wurden durch den Anstieg der Erstattungen egalisiert. Vom Bruttoaufkommen wurden circa 65 Mio. € an ausgezahlten Investitionszulagen abgezogen. Im Zeitraum Januar bis Juli 2012 konnte das Kassenergebnis deutlich von 6,5 Mrd. € auf nunmehr 10,7 Mrd. € erhöht werden.

Das Kassenaufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag hat sich im Juli 2012 gegenüber dem Vorjahresmonat von 1,2 Mrd. € auf jetzt 2,7 Mrd. € erhöht. Die infolge der Umstellung des Abrechnungsverfahrens zum 1. Januar 2012 (Einführung des sogenannten Zahlstellenverfahrens) eingetretenen Einnahmeausfälle in den Vormonaten sind nunmehr in den Monaten Juni und Juli in großem Maße ausgeglichen worden. Die Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern überschritten das Ergebnis des Vorjahresmonats um 52,2%. Im Zeitraum Januar bis Juli 2012 stieg das Kassenaufkommen der nicht veranlagten

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juli 2012

#### Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr<sup>1</sup>

2012	Juli	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Juli	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2012 <sup>4</sup>	Veränderun ggü. Vorjah
	in Mio €	in%	in Mio €	in%	in Mio €	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer <sup>2</sup>	13 456	+8,2	83 709	+5,9	147 450	+5,5
veranlagte Einkommensteuer	-487	Х	17 978	+16,9	34700	+8,5
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	2 675	+114,3	14775	+1,1	17 650	-2,7
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	468	-10,6	5 583	-1,4	8 020	+0,0
Körperschaftsteuer	190	Х	10 656	+64,2	18 300	+17,1
Steuern vom Umsatz	15 770	+1,6	111 336	+2,1	196 350	+3,3
Gewerbesteuerumlage	815	+9,3	1 860	+0,4	3 811	+3,8
erhöhte Gewerbesteuerumlage	787	+7,0	1 679	-0,6	3 239	+0,6
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	33 674	+11,3	247 578	+5,9	429 520	+4,6
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 290	-7,8	17 403	-3,5	39 950	-0,2
Tabaksteuer	1 2 2 4	+17,5	7 0 7 9	-2,2	14200	-1,5
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	178	+9,3	1 244	+2,1	2 120	-1,4
Versicherungsteuer	565	+2,5	7 756	+4,3	11 000	+2,3
Stromsteuer	481	-20,7	4161	-4,4	6 920	-4,5
Kraftfahrzeugsteuer	746	+12,6	5 3 3 2	+2,0	8 400	-0,3
Luftverkehrsteuer	85	-1,5	506	+16,5	960	+6,
Kernbrennstoffsteuer	334	-25,8	997	+121,2	1 470	+59,4
Solidaritätszuschlag	888	+10,1	7 8 4 0	+7,0	13 300	+4,1
übrige Bundessteuern	123	+4,2	891	+0,6	1 507	+0,3
Bundessteuern insgesamt	7 915	-1,7	53 209	+1,2	99 827	+0,7
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	371	+5,6	2 399	-9,5	4280	+0,8
Grunderwerbsteuer	630	+33,4	4189	+20,0	7 3 3 0	+15,2
Rennwett- und Lotteriesteuer	107	-5,1	823	-1,5	1 419	-0,1
Biersteuer	63	-4,1	400	-1,9	700	-0,3
Sonstige Ländersteuern	20	+1,2	263	+4,3	378	+4,6
Ländersteuern insgesamt	1 190	+16,6	8 074	+5,7	14 107	+7,7
EU-Eigenmittel						
Zölle	355	-5,4	2 494	-3,6	4750	+3,9
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	80	-40,4	1 272	+21,0	2 030	+7,4
BSP-Eigenmittel	811	-44,2	12 595	+11,4	22 760	+26,4
EU-Eigenmittel insgesamt	1 246	-36,5	16 360	+9,5	29 540	+20,8
Bund <sup>3</sup>	19 843	+10,6	141 173	+3,8	252 254	+1,7
Länder <sup>3</sup>	19 729	+11,6	135 676	+5,5	234 206	+4,4
EU	1 246	-36,5	16 360	+9,5	29 540	+20,8
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 316	+8,9	18 145	+6,6	32 204	+5,5
Steueraufkommen insgesamt (ohne	43 134	+8,6	311 355	+5,0	548 204	+4,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

 $<sup>^2\,\</sup>text{Nach\,Abzug\,der\,Kindergelderstattung\,durch\,das\,Bundeszentralamt\,f\"{u}r\,Steuern.}$ 

 $<sup>^3 \,</sup> Nach \, Erg\"{a}nzung szuweisungen; Abweichung \, zu \, Tabelle \, "Einnahmen \, des \, Bundes" \, ist \, methodisch \, bedingt \, (vergleiche \, Fn. \, 1).$ 

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom Mai 2012.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juli 2012

Steuern vom Ertrag insgesamt um 1,1% auf 14,8 Mrd. €.

Das Volumen der Abgeltungsteuer auf Zinsund Veräußerungserträge sank gegenüber dem Vorjahresmonatsniveau um 10,6 %. Im Zeitraum Januar bis Juli 2012 wurde das Ergebnis des Vorjahres jedoch nur um 1,4 % unterschritten. Das gedämpfte Aufkommen dieser Steuerart könnte nicht zuletzt mit der rückläufigen Zinsentwicklung in Zusammenhang stehen.

Die Steuern vom Umsatz lagen im Berichtsmonat Juli 2012 um 1,6 % über dem Niveau des Vorjahres. Dabei stiegen die Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 0,8 %. Die (Binnen-)Umsatzsteuer verzeichnet mit 1,9 % sogar ein höheres Plus. Im gesamten Zeitraum Januar bis Juli 2012 ergaben sich bei den Steuern vom Umsatz insgesamt Mehreinnahmen von 2,1%. Angesichts eines stabilen binnenwirtschaftlichen Umfeldes – insbesondere mit Impulsen vom privaten Konsum – bleibt die Grundtendenz der Aufkommensentwicklung weiterhin aufwärtsgerichtet.

Bei den reinen Bundessteuern (-1,7%) konnte im Juli 2012 das Vorjahresergebnis nicht erreicht werden. Die Tabaksteuer (+17,5%), der Solidaritätszuschlag (+10,1%), die Kraftfahrzeugsteuer (+12,6%) und die Versicherungsteuer (+2,5%) verzeichneten zum Teil deutliche Zuwächse. Demgegenüber schlugen die Rückgänge bei der Energiesteuer (-7,8 %) und bei der Stromsteuer (-20,7 %) aufkommensmindernd zu Buche. Hier könnte sich teils auch bemerkbar machen, dass die gestiegenen Preise möglicherweise ein zurückhaltenderes Verbraucherverhalten bewirkt haben. Während die Energiesteuer auf Heizöl noch ein Plus von 8,9 % aufweist, gingen die Einnahmen bei der Energiesteuer auf Erdgas um 36,1% und bei der Besteuerung des Kraftstoffverbrauchs um 6,1% zurück.

Bei der Luftverkehrsteuer wurde das Vorjahresniveau um 1,5 % unterschritten. Die Kernbrennstoffsteuer liegt kumuliert für die Monate Januar bis Juli 2012 erwartungsgemäß bei rund 1 Mrd. €. Die Bundessteuern insgesamt stiegen im Berichtszeitraum Januar bis Juli 2012 mit 1,2% eher verhalten.

Die reinen Ländersteuern übertrafen im Berichtsmonat das Vorjahresniveau um 16,6%. Hierzu trugen insbesondere die Mehreinnahmen bei der Grunderwerbsteuer (+33,4%) bei, die von Steuersatzanhebungen profitierten. Ferner schlugen Aufkommenszuwächse der Erbschaftsteuer (+5,6%) und der Feuerschutzsteuer (+1,8%) positiv zu Buche, während die Niveaus der Einnahmen aus der Rennwett- und Lotteriesteuer um 5,1% und aus der Biersteuer um 4,1% sanken. Die Ländersteuern insgesamt stiegen im Berichtszeitraum Januar bis Juli 2012 im Vorjahresvergleich um 5,7%.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis Juli 2012

## Entwicklung des Bundeshaushalts bis Juli 2012

#### Ausgabenentwicklung

Bis einschließlich Juli 2012 beliefen sich die Ausgaben des Bundes auf 184,3 Mrd. €. Sie lagen um 0,9 Mrd. € (- 0,9 %) unter dem Ergebnis des Vergleichszeitraums des Vorjahres. Rückgängen bei den Zinsausgaben (-1,0 Mrd. €) und den Ausgaben am Arbeitsmarkt (- 2,6 Mrd. €) stehen in anderen Bereichen Mehrausgaben wie beim Hochschulpakt 2020 (+ 0,5 Mrd. €) gegenüber.

#### Einnahmenentwicklung

Die Einnahmen des Bundes bis einschließlich Juli 2012 lagen mit 154,0 Mrd. € um 3,4 Mrd. € (+ 2,3 %) über den Einnahmen des Vorjahresvergleichszeitraums. Die Steuereinnahmen legten im Betrachtungszeitraum mit 140,8 Mrd. € um 4,8 Mrd. € (+3,6 %) zu. Die Verwaltungseinnahmen gingen im Betrachtungszeitraum um 1,4 Mrd. € (-9,7 %) zurück. Hauptursächlich ist hier im Wesentlichen der Rückgang des Bundesbankgewinns um rund 1,6 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr.

#### Finanzierungssaldo

Die Aussagekraft der Zahlen zum jetzigen Zeitpunkt ist noch wenig verlässlich. Eine belastbare Vorhersage zum weiteren Jahresverlauf lässt sich weder aus den einzelnen Positionen noch aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo von - 30,3 Mrd. € ableiten.

#### Entwicklung des Bundeshaushalts

	Ist 2011	Soll 2012 <sup>1</sup>	Ist - Entwicklung <sup>2</sup> Januar bis Juli 2012
Ausgaben (Mrd. €)	296,2	312,7	184,3
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in $\%$			-0,5
Einnahmen (Mrd. €)	278,5	280,2	154,0
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in $\%$			2,3
Steuereinnahmen (Mrd. €)	248,1	252,2	140,8
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in $\%$			3,6
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-17,7	-32,5	-30,3
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-	-24,8
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	-0,3	-0,4	-0,1
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	-17,3	-32,1	-5,4

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Inklusive Nachtrag 2012 nach 2./3. Lesung Bundestag.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>Buchungsergebnisse.

### $\ \ \square$ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Entwicklung des Bundeshaushalts bis Juli 2012

#### Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	Is	t	So	II <sup>1</sup>	Ist - Entv	vicklung	Unterjährige
	20	11	20	12	Januar bis Juli 2011	Januar bis Juli 2012	Veränderung ggü. Vorjahr in %
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	io.€	111 /0
Allgemeine Dienste	54 407	18,4	63 904	20,4	30 500	31 074	+1,
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5 9 3 1	2,0	6 292	2,0	3 205	3 244	+1,
Verteidigung	31 710	10,7	31 734	10,1	17 879	18 725	+4,
Politische Führung, zentrale Verwaltung	6369	2,2	5 798	1,9	3 823	3 255	-14
Finanzverwaltung	3 754	1,3	4326	1,4	2 092	2 152	+2
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	16 086	5,4	17 994	5,8	8 592	9 403	+9
BAföG	1 584	0,5	1 763	0,6	1 024	1 067	+4
Forschung und Entwicklung	9 3 6 1	3,2	10 083	3,2	4327	4 441	+2
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	155 255	52,4	154 880	49,5	96 966	95 439	-1
Sozialversicherung	77 976	26,3	78 711	25,2	50 643	51 304	+1
Darlehen/Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit	8 046	2,7	7 238	2,3	5 145	3 5 1 0	-31
Grundsicherung für Arbeitssuchende	33 035	11,2	32 735	10,5	19 400	18 440	-4
darunter: Arbeitslosengeld II	19 384	6,5	19370	6,2	11 742	11 439	-2
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	4 855	1,6	4900	1,6	2 820	2 859	+1
Wohngeld	745	0,3	650	0,2	478	362	-24
Erziehungsgeld/Elterngeld	4712	1,6	4904	1,6	2826	2 894	+2
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	1 684	0,6	1 613	0,5	1134	974	-14
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 335	0,5	1 548	0,5	642	718	+11
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 033	0,7	2 066	0,7	1 022	1 127	+10
Wohnungswesen	1 366	0,5	1 387	0,4	887	954	+7
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 656	1,9	5 672	1,8	3 204	2 806	-12
Regionale Förderungsmaßnahmen	937	0,3	635	0,2	325	243	-25
Kohlenbergbau	1 349	0,5	1 200	0,4	1 350	1 182	-12
Gewährleistungen	797	0,3	1 500	0,5	515	397	-22
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 645	3,9	12 384	4,0	5 675	5 713	+0
Straßen (ohne GVFG)	6 1 1 5	2,1	6126	2,0	2 463	2 362	-4
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	15 986	5,4	16 407	5,2	9 094	9 396	+3
Bundeseisenbahnvermögen	5 020	1,7	5 239	1,7	2 729	2 769	+1
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	4037	1,4	4016	1,3	1 952	2 016	+3
Allgemeine Finanzwirtschaft	33 825	11,4	37 846	12,1	29 589	28 666	-3
Zinsausgaben	32 800	11,1	34 207	10,9	29 078	28 129	-3
Ausgaben zusammen	296 228	100,0	312 700	100,0	185 285	184 344	-0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Inklusive Nachtrag 2012 nach 2./3. Lesung Bundestag.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

### $\ \ \square$ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Entwicklung des Bundeshaushalts bis Juli 2012

### Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	ls	t	So	II <sup>1</sup>	Ist - Entw	icklung	Unterjährige
	20	11	20	12	Januar bis Juli 2011	Januar bis Juli 2012	Veränderung ggü. Vorjahr in%
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio.€	Anteil in %	in Mi	o.€	11170
Konsumtive Ausgaben	270 850	91,4	277 293	88,7	173 011	172 932	-0,0
Personalausgaben	27 856	9,4	28 497	9,1	17 011	16 818	-1,1
Aktivbezüge	20 702	7,0	21 349	6,8	12 520	12 206	-2,5
Versorgung	7 154	2,4	7 147	2,3	4 490	4612	+2,7
Laufender Sachaufwand	21 946	7,4	23 828	7,6	10 741	11 970	+11,4
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 545	0,5	1 283	0,4	794	672	-15,4
Militärische Beschaffungen	10 137	3,4	10 673	3,4	4980	5 0 3 0	+1,0
Sonstiger laufender Sachaufwand	10 264	3,5	11 871	3,8	4967	6 2 6 9	+26,2
Zinsausgaben	32 800	11,1	34 207	10,9	29 078	28 129	-3,3
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 554	63,3	190 295	60,9	115 908	115 701	-0,2
an Verwaltungen	15 930	5,4	17 600	5,6	9 466	10 226	+8,0
an andere Bereiche	171 624	57,9	172 696	55,2	106 568	105 530	-1,0
darunter:							
Unternehmen	23 882	8,1	25 106	8,0	14 225	14435	+1,5
Renten, Unterstützungen u. a.	26718	9,0	26 931	8,6	16219	15 939	-1,7
Sozialversicherungen	115 398	39,0	113 678	36,4	73 206	71 276	-2,6
Sonstige Vermögensübertragungen	695	0,2	467	0,1	272	314	+15,4
Investive Ausgaben	25 378	8,6	35 650	11,4	12 275	11 412	-7,0
Finanzierungshilfen	18 202	6,1	27 653	8,8	9 378	8 307	-11,4
Zuweisungen und Zuschüsse	14589	4,9	14734	4,7	7 457	7 177	-3,8
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 825	1,0	4231	1,4	1 248	1 130	-9,5
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	788	0,3	8 687	2,8	674	0	-100,0
Sachinvestitionen	7 175	2,4	7 997	2,6	2 896	3 104	+7,2
Baumaßnahmen	5814	2,0	6519	2,1	2 460	2 623	+6,6
Erwerb von beweglichen Sachen	869	0,3	899	0,3	350	387	+10,6
Grunderwerb	492	0,2	578	0,2	86	95	+10,5
Globalansätze	0	0,0	- 243	-0,1	0	0	
Ausgaben insgesamt	296 228	100,0	312 700	100,0	185 285	184 344	-0,5

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Inklusive Nachtrag 2012 nach 2./3. Lesung Bundestag.

Quelle: Bundesministerium für Finanzen.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis Juli 2012

### Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist	t	Sol	l <sup>1</sup>	Ist - Entw	icklung	
	20	11	201	2	Januar bis Juli 2011	Januar bis Juli 2012	Unterjährige Veränderung ggü. Vorjahr in %
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mi	o. €	III /o
I. Steuern	248 066	89,1	252 223	90,0	135 977	140 815	+3,
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	196 908	70,7	204 546	73,0	110 415	115 772	+4,
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	93 488	33,6	98 887	35,3	51 506	56 457	+9,
davon:							
Lohnsteuer	59 475	21,4	62 666	22,4	31 945	33 808	+5,
veranlagte Einkommensteuer	13 599	4,9	14717	5,3	6 5 3 4	7 641	+16,
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	9 0 6 8	3,3	8 8 2 5	3,1	7 309	7 241	-0,
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 529	1,3	3 529	1,3	2 474	2 438	-1,
Körperschaftsteuer	7817	2,8	9 150	3,3	3 244	5 3 2 8	+64
Steuern vom Umsatz	101 899	36,6	104 080	37,1	58 232	58 638	+0,
Gewerbesteuerumlage	1 520	0,5	1 579	0,6	677	678	+0
Energiesteuer	40 036	14,4	39950	14,3	18 027	17 403	-3
Tabaksteuer	14414	5,2	14200	5,1	7 235	7 079	-2
Solidaritätszuschlag	12781	4,6	13 300	4,7	7 3 2 9	7 840	+7
Versicherungsteuer	10755	3,9	11 000	3,9	7 437	7 756	+4
Stromsteuer	7 247	2,6	6 920	2,5	4351	4 161	-4
Kraftfahrzeugsteuer	8 422	3,0	8 400	3,0	5 227	5 3 3 2	+2
Kernbrennstoffsteuer	922	0,3	1 470	0,5	451	997	+12
Branntweinabgaben	2 151	0,8	2 121	0,8	1 220	1 245	+2
Kaffeesteuer	1 028	0,4	1 040	0,4	600	605	+0
Luftverkehrsteuer	905	0,3	960	0,3	434	506	+16
Ergänzungszuweisungen an Länder	-12 110	-4,3	-11 283	-4,0	-6 104	-5 671	-7
BNE-Eigenmittel der EU	-18 003	-6,5	-22 760	-8,1	-11 311	-12 595	+11,
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-1 890	-0,7	-2 030	-0,7	-1 051	-1 272	+21
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-6980	-2,5	-7 085	-2,5	-4072	-4133	+1
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-8 992	-3,2	-8 992	-3,2	-4 496	-4 496	+0,
II. Sonstige Einnahmen	30 455	10,9	28 014	10,0	14 558	13 142	-9,
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4971	1,8	4244	1,5	3 614	3 038	-15
Zinseinnahmen	483	0,2	519	0,2	256	144	-43
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	5 267	1,9	6713	2,4	2 801	1 984	-29
Einnahmen zusammen	278 520	100,0	280 237	100,0	150 535	153 957	+2

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Inklusive Nachtrag 2012 nach 2./3. Lesung Bundestag.

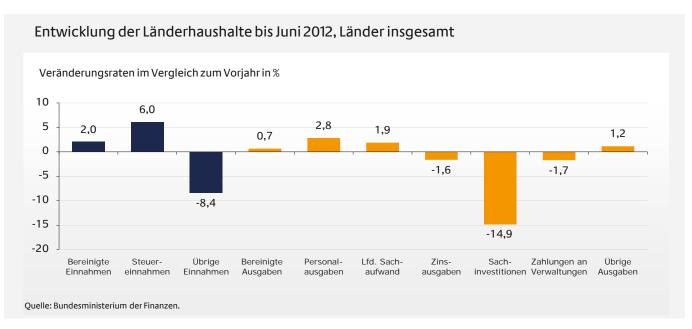
Quelle: Bundesministerium für Finanzen.

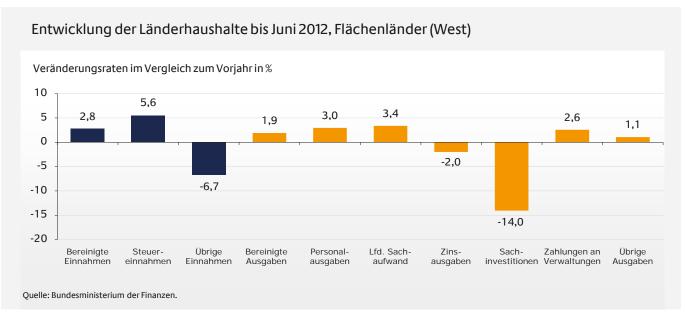
Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2012

## Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2012

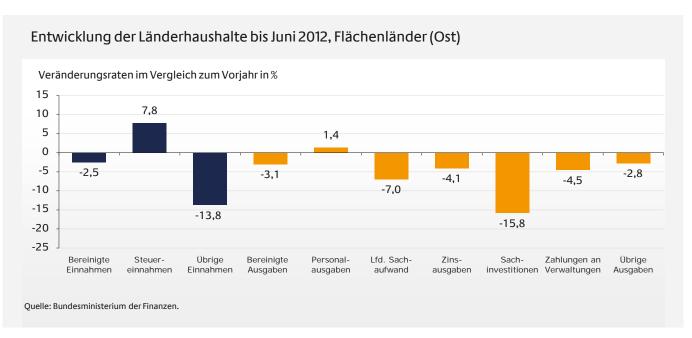
Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich Juni 2012 vor.

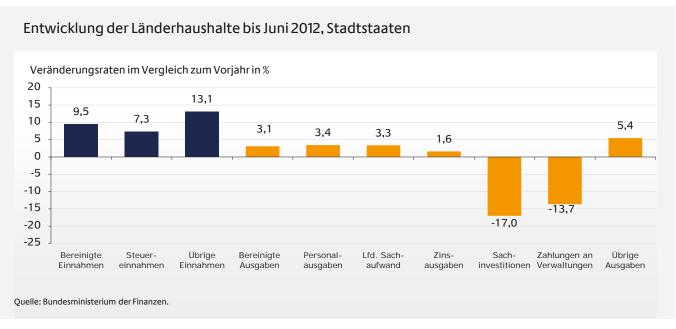
Die Ausgaben der Länder insgesamt erhöhten sich im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 0,7 %, während die Einnahmen um 2,0 % anstiegen. Die Steuereinnahmen lagen Ende Juni um 6,0 % über dem Vorjahreswert. Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit beträgt am Ende des Berichtszeitraums rund - 2,7 Mrd. € und unterschreitet damit den Vorjahreswert um rund 1,9 Mrd. €. Derzeit planen die Länder für das Haushaltsjahr 2012 ein Finanzierungsdefizit von rund - 14,9 Mrd. €.





Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2012





FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

## Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

#### Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im Juli durchschnittlich 3,99% (4,15% im Juni).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende Juli 1,35 % (1,62 % Ende Juni).

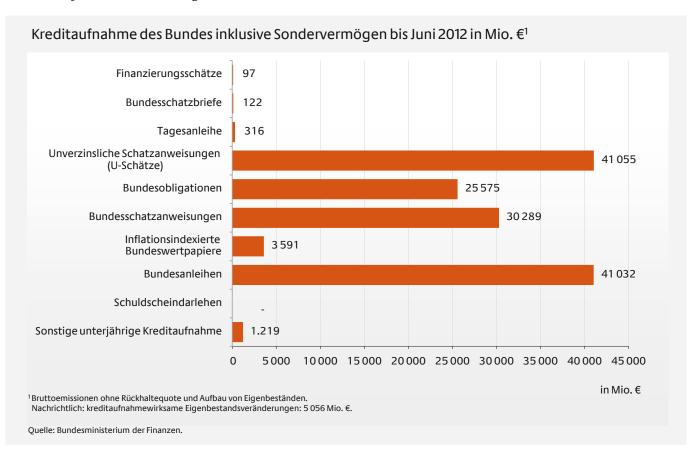
Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich Ende Juli auf 0,39% (0,65% Ende Juni).

Die Europäische Zentralbank hat in der EZB-Ratssitzung am 2. August 2012 beschlossen, die geltenden Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,75 %, 1,50 % beziehungsweise 0,00 % zu belassen.

Der deutsche Aktienindex betrug 6 772 Punkte am 31. Juli (6 416 Punkte am 30. Juni). Der Euro Stoxx 50 stieg von 2 265 Punkten am 30. Juni auf 2 326 Punkte am 31. Juli.

#### Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im Juni bei 3,2% nach 3,1% im Mai und 2,6% im April. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 für den Zeitraum von April bis Juni 2012 lag bei 3,0% nach 2,9% im vorangegangenen Dreimonatszeitraum.



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum betrug im Juni - 0,4% nach - 0,2% im Vormonat.

In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen 0,31% im Juni gegenüber 0,11% im Mai.

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes inklusive Sondervermögen

Bis einschließlich Juni 2012 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen 143,30 Mrd. €. Davon wurden 131,94 Mrd. €im Rahmen des Emissionskalenders umgesetzt.

Am 21. März 2012 wurde die 0,10 %ige inflationsindexierte Bundesanleihe (ISIN

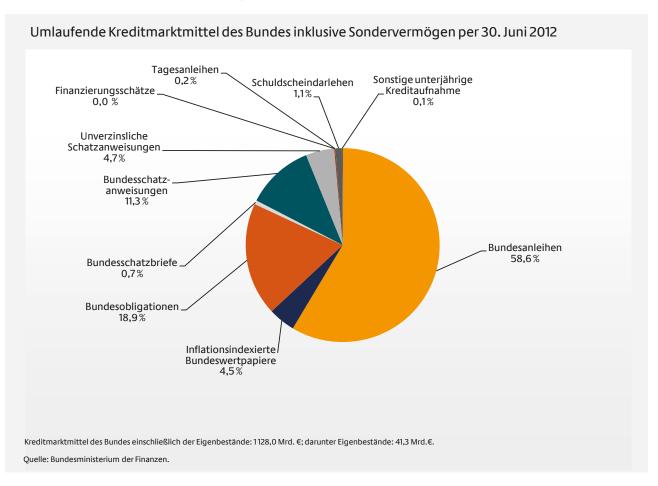
DE 0001030542) mit einem Volumen von 2,0 Mrd. € erstmals emittiert und am 23. Mai 2012 um 1,5 Mrd. € im

Tenderverfahren aufgestockt. Am 13. April 2011 wurde die 0,75 %ige inflationsindexierte Bundesobligation (ISIN DE 0001030534) mit einem Volumen von 3,0 Mrd. € erstmals emittiert, am 9. November 2011 um 2,0 Mrd. € und am 13. Juni 2012 um 1,0 Mrd. € im

Tenderverfahren aufgestockt.

Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und im Rahmen von Marktpflegeoperationen (Eigenbestandsabbau: 5,06 Mrd. €).

Die konkreten Kapital- und Geldmarktemissionen für die Finanzierung von Bund und Sondervermögen sind in der Übersicht über die "Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2012" dargestellt.



Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

#### Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2012 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
						i	n Mrd. €						
Anleihen	25,0	-	-	-	-	-							25,0
Bundesobligationen	-	-	-	16,0	-	-							16,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	19,0	-	-	19,0							38,0
U-Schätze des Bundes	8,9	8,9	8,9	7,0	7,0	6,0							46,7
Bundesschatzbriefe	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1							0,8
Finanzierungsschätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0							0,2
Tagesanleihen	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0							0,3
Schuldscheindarlehen	-	-	-	-	-	0,0							0,0
Sonst. unterjährige Kreditaufnahme	0,0	-	0,7	-	-	0,1							0,8
Sonstige Schulden gesamt	-0,0	-0,0	-0,0	0,0	0,0	0,0							-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	34,5	9,2	28,8	23,1	7,2	25,3							127,8

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

#### Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2012 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd.	€					
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	11,2	0,8	-0,1	4,4	-0,9	0,3							15,7

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

#### Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2012 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup> Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen Ist
Bundesobligation ISIN DE0001141620 WKN 114162	Aufstockung	4. April 2012	5 Jahre / fällig 24. Februar 2017 Zinslaufbeginn 13. Januar 2012 erster Zinstermin 24. Februar 2013	3 Mrd. €/ 4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135473 WKN 113547	Neuemission	11. April 2012	10 Jahre / fällig 4. Juli 2022 Zinslaufbeginn 13. April 2012 erster Zinstermin 4. Juli 2013	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137370 WKN 113737	Aufstockung	18. April 2012	2 Jahre / fällig 14. März 2014 Zinslaufbeginn 24. Februar 2012 erster Zinstermin 14. März 2013	5 Mrd.€	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135481 WKN 113548	Neuemission	25. April 2012	30 Jahre / fällig 2. Juli 2044 Zinslaufbeginn 27. April 2012 erster Zinstermin 4. Juli 2013	3 Mrd.€	3 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141638 WKN 114163	Neuemission	9. Mai 2012	5 Jahre / fällig 7. April 2017 Zinslaufbeginn 7. April 2012 erster Zinstermin 7. April 2013	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135473 WKN 113547	Aufstockung	16. Mai 2012	10 Jahre / fällig 4. Juli 2022 Zinslaufbeginn 13. April 2012 erster Zinstermin 4. Juli 2013	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137388 WKN113738	Neuemission	23. Mai 2012	2 Jahre / fällig 13. Juni 2014 Zinslaufbeginn 25. Mai 2012 erster Zinstermin 13. Juni 2013	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141638 WKN 114163	Aufstockung	6. Juni 2012	5 Jahre / fällig 7. April 2017 Zinslaufbeginn 7. April 2012 erster Zinstermin 7. April 2013	4 Mrd. € / 5 Mrd. €	5 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001135473 WKN 113547	Aufstockung	13. Juni 2012	10 Jahre / fällig 4. Juli 2022 Zinslaufbeginn 13. April 2012 erster Zinstermin 4. Juli 2013	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137388 WKN113738	Aufstockung	20. Juni 2012	2 Jahre / fällig 14. März 2014 Zinslaufbeginn 24. Februar 2012 erster Zinstermin 14. März 2013	5 Mrd. €	5 Mrd. €
			2. Quartal 2012 insgesamt	45 Mrd. €/ 47 Mrd. €	47 Mrd. €

 $<sup>^1</sup> Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$ 

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

## Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2012 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup> Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen <sup>1</sup> Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001116051 WKN 111605	Neuemission	2. April 2012	6 Monate / fällig 10. Oktober 2012	4 Mrd.€	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001116069 WKN 111606	Neuemission	23. April 2012	12 Monate / fällig 24. April 2013	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001116077 WKN 111607	Neuemission	14. Mai 2012	6 Monate / fällig 14. November 2012	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119600 WKN 111960	Neuemission	21. Mai 2012	12 Monate / fällig 22. Mai 2013	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119618 WKN 111961	Neuemission	11. Juni 2012	6 Monate / fällig 5. Dezember 2012	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119626 WKN 111962	Neuemission	25. Juni 2012	12 Monate / fällig 26. Juni 2013	3 Mrd.€	3 Mrd. €
			2. Quartal 2012 insgesamt	21 Mrd. €	21 Mrd. €

 $<sup>^1</sup> Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$ 

## Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2012 Sonstiges

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup> Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen <sup>1</sup> Ist
Inflations indexierte Bundes wert papiere ISIN DE0001030542 WKN 103054	Aufstockung	23. Mai 2012	10 Jahre / fällig 15. April 2023 Zinslaufbeginn: 23. März 2012 erster Zinstermin 15. April 2013	2 - 3 Mrd. €/ 1,5 Mrd. €	1,5 Mrd. €
Inflations indexierte Bundes wert papiere ISIN DE0001030534 WKN 103053	Aufstockung	13. Juni 2012	7 Jahre / fällig 15. April 2018 Zinslaufbeginn: 15. April 2011 erster Zinstermin 15. April 2012	2 - 3 Mrd. €/ 1,0 Mrd. €	1,0 Mrd. €
			1. Quartal 2012 insgesamt	2 - 3 Mrd. €/ 2,5 Mrd. €	2,5 Mrd. €

 $<sup>^1</sup> Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$ 

TERMINE, PUBLIKATIONEN

## Termine, Publikationen

#### Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

14./15. September 2012	Informeller ECOFIN in Zypern
8./9. Oktober 2012	ECOFIN und Eurogruppe in Luxemburg
12./14. Oktober 2012	Jahrestagung von IWF und Weltbank in Tokio
15. Oktober 2012	Teilnahme von Minister Schäuble am Treffen der ASEM-Finanzminister in Thailand (Bangkok)
18./19. Oktober 2012	Europäischer Rat in Brüssel
4./5. November 2012	Treffen der G20-Finanzminister und Notenbankgouverneure in Mexiko City
12./13. November 2012	ECOFIN und Eurogruppe in Brüssel
3./4. Dezember 2012	ECOFIN und Eurogruppe in Brüssel
13./14. Dezember 2012	Europäischer Rat in Brüssel

## Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2013 und des Finanzplans bis 2016

18. Januar 2012	Vorstellung Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung
bis Ende Februar 2012	Entwicklung des Eckwertebeschlusses und Erarbeitung der Kabinettvorlage durch das BMF
21. März 2012	Kabinettsitzung für Eckwertebeschluss
25. April 2012	Mittelfristprojektion zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
8. bis 10. Mai 2012	Steuerschätzung in Frankfurt/Oder
24. Mai 2012	Sitzung des Stabilitätsrats
27. Juni 2012	Kabinettsitzung für Regierungsentwurf
10. August 2012	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
11. bis 14. September 2012	1. Lesung Bundestag
21. September 2012	1. Durchgang Bundesrat
ab 39. Kalenderwoche 2012	Beratungen im Haushaltsausschuss
24. Oktober 2012	Sitzung des Stabilitätsrats
29. bis 31. Oktober 2012	Steuerschätzung in Frankfurt a. M.
8. November 2012	Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
20. bis 23. November 2012	2./3. Lesung Bundestag
14. Dezember 2012	2. Beratung Bundesrat
Ende Dezember 2012	Verkündung im Bundesgesetzblatt

TERMINE, PUBLIKATIONEN

## Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt		
September 2012	2 August 2012 21. September 2012			
Oktober 2012	September 2012	22. Oktober 2012		
November 2012	2 Oktober 2012 22, November 20			
Dezember 2012	November 2012	21. Dezember 2012		

#### Publikationen des BMF

#### Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

broschueren@bmf.bund.de

www.bundesfinanzministerium.de

#### Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805 / 77 80 90<sup>1</sup> Telefax: 01805 / 77 80 94<sup>1</sup>

 $^1$ Jeweils 0,14  $\in$  / Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

#### Internet

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

Über	sichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	. 58
1	Kreditmarktmittel	58
2	Gewährleistungen	
3	Bundeshaushalt 2007 bis 2012	
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren	
1	2007 bis 2012	60
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen,	00
J	Soll 2012	62
6	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2012	
7	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	
8	Steueraufkommen nach Steuergruppen	
9	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	
10	Entwicklung der Staatsquote	
11	Schulden der öffentlichen Haushalte	
12	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	
13	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	
14	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	
15	Steuerquoten im internationalen Vergleich	
16	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	
17	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
18	Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012	
10	Entwicklung der EO-Haushalte 2011 bis 2012	04
Über	sichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	85
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2012 im Vergleich zum Jahressoll 2012	
Abb.	Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2011/2012	
2	Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der	03
4	Länder bis Juni2012	86
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juni 2012	
J	Die Einhammen, Ausgaben und Rassenlage der Eander Dis Juni 2012	00
Kenn	zahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	. 92
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	
2	Preisentwicklung	
3	Außenwirtschaft	
4	Einkommensverteilung	
	Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten	96
5	Produktionslücken, Budgetsensitivität und Konjunkturkomponenten	
6	Prouktionspotenzial und -lücken	98
7	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten	
	Potenzialwachstum	109
8	Bruttoinlandsprodukt	110
9	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	111
10	Kapitalstock und Investitionen	113
11	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	
12	Preise und Löhne	
13	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	116
14	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	117

15	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	108
16	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	
	Schwellenländern	109
17	Übersicht Weltfinanzmärkte	110
Abb.	Entwicklung von DAX und Dow Jones	111
18	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
	zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	112
19	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
	zu Haushaltssalden, Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	116

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand:	Zunahme	Abnahme	Stand:				
	31. Mai 2012	Zunanne	Abilanine	30. Juni 2012				
		in Mio. €						
Inflations indexier te Bundes wert papiere	49 500	1 000	0	50 500				
Anleihen <sup>1</sup>	655 736	5 000	0	660 736				
Bundesobligationen	208 000	5 000	0	213 000				
Bundesschatzbriefe <sup>2</sup>	7 613	15	110	7 5 1 8				
Bundesschatzanweisungen	141 000	5 000	19 000	127 000				
Unverzinsliche Schatzanweisungen	52 106	6 999	5 9 6 1	53 144				
Finanzierungsschätze <sup>3</sup>	379	12	27	364				
Tagesanleihe	2 109	70	43	2 137				
Schuldscheindarlehen	12 061	0	0	12 061				
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	852	805	116	1 540				
Kreditmarktmittel insgesamt	1 129 356			1 128 000				

noch Tabelle 1: Kreditmarktmittel

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand:		Stand:
	31. Mai 2012		30. Juni 2012
		in Mio. €	
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	226 511		226 289
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	367 003		358 836
langfristig (mehr als 4 Jahre)	535 842		542 876
Kreditmarktmittel insgesamt	1 129 356		1 128 000

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>10- u. 30-jährige Anleihen des Bundes und €-Gegenwert der US-Dollar-Anleihe.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen	Belegung am 30. Juni 2011					
	in Mrd. €						
Ausfuhren	135,0	122,1	115,9				
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	50,0	41,4	37,3				
FZ-Vorhaben	9,00	4,0	2,7				
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	0,0				
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	171,0	108,2	110,4				
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	56,1	55,9				
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,18	1,0	1,0				
Zinsausgleichsgarantien	8,0	8,0	6,0				
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4				
Garantien gemäß dem Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus vom 22. Mai 2010	211,0	95,3	9,2				

Tabelle 3: Bundeshaushalt 2007 bis 2012 Gesamtübersicht

	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Gegenstand der Nachweisung	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll <sup>1</sup>
			Mrc	d. €		
1. Ausgaben	270,4	282,3	292,3	303,7	296,2	312,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	+3,6	+4,4	+3,5	+3,9	-2,4	+5,6
2. Einnahmen <sup>2</sup>	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	280,2
Veränderung gegen Vorjahr in %	+9,8	+5,8	- 4,7	+0,6	+7,4	+0,6
darunter:						
Steuereinnahmen	230,0	239,2	227,8	226,2	248,1	252,2
Veränderung gegen Vorjahr in %	+12,8	+4,0	- 4,8	-0,7	+9,7	+1,7
3. Finanzierungssaldo	-14,7	-11,8	-34,5	-44,4	-17,7	-32,5
in % der Ausgaben	5,4	4,2	11,8	14,6	6,0	10,4
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme <sup>3</sup> (-)	222,1	229,6	269,0	288,2	274,2	255,7
5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	-8,4	0,5	-6,4	5,0	3,1	11,1
6. Tilgungen (+)	216,2	216,2	228,5	239,2	260,0	232,0
7. Nettokreditaufnahme	-14,3	-11,5	-34,1	-44,0	17,3	32,1
8. Münzeinnahmen	-0,4	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	26,2	24,3	27,1	26,1	25,4	35,6
Veränderung gegen Vorjahr in %	+15,4	-7,2	+11,5	-3,8	- 2,7	+40,3
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	3,5	3,5	3,5	2,2	0,6

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: Juni 2012.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Inklusive Nachtrag 2012 nach 2./3. Lesung Bundestag.

 $<sup>^2</sup>$  Gem. BHO  $\S$  13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Nach Abzug der Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2007 bis 2012

	2007	2008	2009	2010	2011	2012			
Ausgabeart	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll 1			
	in Mio. €								
Ausgaben der laufenden Rechnung									
Personalausgaben	26 038	27 012	27 939	28 196	27 856	28 497			
Aktivitätsbezüge	19 662	20 298	20977	21 117	20 702	21 349			
Ziviler Bereich	8 498	8 870	9 2 6 9	9 443	9 2 7 4	11 468			
Militärischer Bereich	11 164	11 428	11 708	11 674	11 428	9 881			
Versorgung	6376	6714	6962	7 079	7154	7 147			
Ziviler Bereich	2 334	2 416	2 462	2 459	2 472	2 483			
Militärischer Bereich	4 041	4 2 9 8	4500	4620	4 682	4 665			
Laufender Sachaufwand	18 757	19 742	21 395	21 494	21 946	23 828			
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 365	1 421	1 478	1 544	1 545	1 283			
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	8 908	9 622	10281	10 442	10 137	10 673			
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 484	8 699	9 635	9 508	10 264	11 871			
Zinsausgaben	38 721	40 171	38 099	33 108	32 800	34 207			
an andere Bereiche	38 721	40 171	38 099	33 108	32 800	34 207			
Sonstige	38 721	40 171	38 099	33 108	32 800	34 207			
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42			
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	38 677	40 127	38 054	33 058	32 759	34 165			
an Ausland	3	3	3	8	0	C			
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	160 352	168 424	177 289	194 377	187 554	190 295			
an Verwaltungen	14003	12 930	14396	14114	15 930	17 600			
Länder	8 698	8 341	8 754	8 579	10 642	11 856			
Gemeinden	38	21	18	17	12	11			
Sondervermögen	5 2 6 7	4 568	5 624	5 5 1 8	5 2 7 6	5 732			
Zweckverbände	1	0	1	1	1	1			
an andere Bereiche	146 349	155 494	162 892	180 263	171 624	172 696			
Unternehmen	15 399	22 440	22 951	24212	23 882	25 106			
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	29 123	29 120	29 699	29 665	26718	26 93 1			
an Sozialversicherung	97 712	99 123	105 130	120 831	115 398	113 678			
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	869	1 099	1 249	1 336	1 665	1 673			
an Ausland	3 240	3 708	3 858	4216	3 958	5 3 0 5			
an Sonstige	5	4	5	3	2	2			
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	243 868	255 350	264 721	277 175	270 156	276 826			

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Inklusive Nachtrag 2012 nach 2./3. Lesung Bundestag.

noch Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2007 bis 2012

	2007	2008	2009	2010	2011	2012		
Ausgabeart	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll 1		
	in Mio. €							
Ausgaben der Kapitalrechnung								
Sachinvestitionen	6 903	7 199	8 504	7 660	7 175	7 997		
Baumaßnahmen	5 478	5 777	6830	6 2 4 2	5814	6 5 1 9		
Erwerb von beweglichen Sachen	909	918	1 030	916	869	899		
Grunderwerb	516	504	643	503	492	578		
Vermögensübertragungen	16 947	16 660	15 619	15 350	15 284	15 201		
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	16 580	14018	15 190	14944	14 589	14734		
an Verwaltungen	8 234	5 713	5 852	5 209	5 243	5 006		
Länder	6 030	5 654	5 804	5 142	5 178	4 9 3 0		
Gemeinden und Gemeindeverbände	54	59	48	68	65	74		
Sondervermögen	2 150	0	0	0	0	2		
an andere Bereiche	8 345	8 305	9 3 3 8	9 735	9 3 4 6	9 728		
Sonstige - Inland	6 099	5 836	6 462	6 599	6 060	6368		
Ausland	2 247	2 469	2876	3 136	3 287	3 360		
Sonstige Vermögensübertragungen	367	2 642	429	406	695	467		
an andere Bereiche	367	2 642	429	406	695	467		
Unternehmen - Inland	0	2 267	0	0	260	0		
Sonstige - Inland	162	149	148	137	123	145		
Ausland	205	225	282	269	311	322		
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	2 732	3 099	3 409	3 473	3 613	12 919		
Darlehensgewährung	2 100	2 3 9 5	2 490	2 663	2 825	4 2 3 1		
an Verwaltungen	1	1	1	1	1	79		
Länder	1	1	1	1	1	1		
Sondervermögen	0	0	0	0	0	78		
an andere Bereiche	2 100	2 3 9 5	2 490	2 662	2 825	4 153		
Sozialversicherung	0	0	0	0	0			
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	900	922	872	1 075	1 1 1 1 5	2 271		
Ausland	1 199	1 473	1 618	1 587	1710	1 881		
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	632	704	919	810	788	8 687		
Inland	28	26	13	13	0	1		
Ausland	604	678	905	797	788	8 687		
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	26 582	26 958	27 532	26 483	26 072	36 117		
Darunter: Investive Ausgaben	26 215	24316	27 103	26077	25 378	35 650		
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	0	0	0	0	- 243		
Ausgaben zusammen	270 450	282 308	292 253	303 658	296 228	312 700		

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Inklusive Nachtrag 2012 nach 2./3. Lesung Bundestag.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2012 <sup>1</sup>

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüss
Funktion	Ausgabengruppe				in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	63 904	49 101	23 258	19 096	-	6 747
ı	Politische Führung und zentrale Verwaltung	5 798	5 585	3 450	1 3 6 3	-	772
2	Auswärtige Angelegenheiten	17967	4773	508	175	-	4089
3	Verteidigung	31 734	31 461	14 546	15 908	-	1 008
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3 707	3 3 3 0	2 108	998	-	224
5	Rechtsschutz	371	356	248	92	-	16
6	Finanzverwaltung	4326	3 596	2 398	560	-	638
ı	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	17 994	14 714	479	892	-	13 343
13	Hochschulen	4032	3 0 3 7	10	10	-	3 018
14	Förderung von Schülern, Studenten	2 491	2 491	-	-	-	2 491
15	Sonstiges Bildungswesen	616	540	9	65	-	465
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 083	8 091	459	812	-	6820
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	771	555	1	6	-	549
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	154 880	153 940	229	399	-	153 312
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	109 004	109 004	52	-	-	108 953
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	8 327	8 327	-	3	-	8 324
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 524	2 198	-	30	-	2 168
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	33 049	32 933	49	113	-	32 771
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	280	280	-	-	-	280
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 695	1 198	128	253	-	817
3	Gesundheit und Sport	1 548	918	277	312	-	329
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	455	372	147	177	-	48
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	455	372	147	177	-	48
32	Sport	131	115	-	4	-	111
33	Umwelt- und Naturschutz	440	254	80	72	-	102
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	521	176	50	59	-	68
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 066	818	-	19	-	799
41	Wohnungswesen	1387	801	_	2	-	799
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	-	1	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	12	-	-	-	-	-
44	Städtebauförderung	666	17	-	17	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	957	546	29	179	-	338
52	Verbesserung der Agrarstruktur	567	199	-	1	-	198
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	132	132	-	70	-	62
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	132	132	-	70	-	62
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	258	215	29	108	-	78

62

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2012 <sup>1</sup>

		Sach- investitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung <sup>a</sup>	<sup>a</sup> Darunte Investive Ausgaber
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	901	2 681	11 219	14 802	14 770
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	211	2	-	212	212
2	Auswärtige Angelegenheiten	114	2 5 1 2	10 568	13 194	13 193
3	Verteidigung	205	67	-	273	241
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	278	99	-	377	377
5	Rechtsschutz	15	-	-	15	15
6	Finanzverwaltung	78	1	651	730	730
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	133	3 147	-	3 280	3 280
13	Hochschulen	1	993	-	995	995
14	Förderung von Schülern, Studenten	-	-	-	-	
15	Sonstiges Bildungswesen	0	77	-	77	77
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	131	1 861	-	1 992	1 992
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	0	216	-	216	216
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	9	930	1	940	505
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	-	-	-	-	
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	324	1	326	3
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	4	113	-	116	4
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	•	
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	4	494	-	498	498
3	Gesundheit und Sport	417	213	-	630	630
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	72	11	-	83	83
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	•	
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	72	11	-	83	83
32	Sport	-	16	-	16	16
33	Umwelt- und Naturschutz	6	180	-	186	186
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	339	6	-	345	345
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 244	4	1 248	1 248
41	Wohnungswesen	-	583	4	587	587
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	-	-	-	-	
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	12	-	12	12
44	Städtebauförderung	-	649		649	649
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	2	409	1	411	411
52	Verbesserung der Agrarstruktur		367	1	368	368
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen		-	-	-	
533	Gasölverbilligung		-	-	-	
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53		-	-	-	
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	2	42	_	44	44

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2012  $^{\rm 1}$ 

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe			ir	n Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 715	2 309	62	473	-	1 773
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	720	557	-	353	-	204
621	Kernenergie	288	188	-	-	-	188
622	Erneuerbare Energieformen	51	20	-	4	-	16
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	381	349	-	349	-	-
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 443	1 425	-	0	-	1 425
64	Handel	63	63	-	9	-	54
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	635	9	-	8	-	1
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 855	254	62	103	-	89
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	12 384	4 173	1 050	1 982	-	1 141
72	Straßen	7 462	1 040	-	886	-	154
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 770	889	511	310	-	69
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	335	3	-	-	-	3
	Luftfahrt	203	200	50	24	-	126
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	2 615	2 042	489	762	-	790
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	16 407	12 257	-	6	-	12 251
81	Wirtschaftsunternehmen	11 090	7018	-	6	-	7012
832	Eisenbahnen	4016	76	-	5	-	71
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	7 074	6 942	-	2	-	6 940
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5317	5 239	-	-	-	5 239
873	Sondervermögen	5317	5 2 3 9	-	-	-	5 2 3 9
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	37 846	38 050	3 113	469	34 207	262
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	300	261	-	-	-	261
92	Schulden	34220	34 220	-	13	34207	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	3 3 2 6	3 569	3 113	456	-	0
Summe al	ller Hauptfunktionen	312 700	276 826	28 497	23 828	34 207	190 295

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Inklusive Nachtrag 2012 nach 2./3. Lesung Bundestag.

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2012 <sup>1</sup>

		Sachin- vestitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung <sup>a</sup>	<sup>a</sup> Darunter Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	101	714	1 591	2 407	2 407
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	100	62	-	162	162
621	Kernenergie	100	-	-	100	100
622	Erneuerbare Energieformen	-	31	-	31	31
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	-	32	-	32	32
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	19	-	19	19
64	Handel	-	-	-	-	-
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	-	626	-	626	626
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	8	1 591	1 600	1 600
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 434	1 777	-	8 211	8 211
72	Straßen	4992	1 429	-	6 421	6 421
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	881	-	-	881	881
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	333	-	333	333
75	Luftfahrt	3	-	-	3	3
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	558	16	-	573	573
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	4 047	103	4 150	4 150
81	Wirtschaftsunternehmen	-	4 0 4 7	25	4072	4072
832	Eisenbahnen	-	3 9 1 5	25	3 940	3 940
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	-	132	-	132	132
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	78	78	78
873	Sondervermögen	-	-	78	78	78
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	-	38	-	38	38
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
92	Schulden	-	-	-	-	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	-	-	-
Summe a	iller Hauptfunktionen	7 997	15 201	12 919	36 117	35 650

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Inklusive Nachtrag 2012 nach 2./3. Lesung Bundestag.

Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2012 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000
Gegenstand der Nachweisung				Ist-Erg	jebnisse			
I. Gesamtübersicht								
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	0,0	-1,4	-1,0
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	0,0	-1,5	-0,1
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	-16,9	-14,1	-11,6	-24,6	-25,8	-23,9
darunter:								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	-15,3	-27,1	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	-0,2	-0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten								
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	-1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	-6,2	-4,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0
Anteil an den Zinsausgaben des	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup> Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	10,2	11,0	-4,4	-0,5	8,4	8,8	-1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5
Anteil a. d. investiven Ausgaben des								
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0
Steuereinnahmen <sup>1</sup>	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	-3,4	3,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,
Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>3</sup>	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	-15,3	-13,9	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7
Anteil a.d. investiven Ausgaben des	%	0,1	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4
Bundes Anteil am Finanzierungdsaldo des	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup> nachrichtlich: Schuldenstand <sup>3</sup>								
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1018,8	1210,9
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2012

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Gegenstand der Nachweisung				Ist-Erge	bnisse				Soll <sup>4</sup>
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	259,8	261,0	270,4	282,3	292,3	303,7	296,2	312,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	- 2,4	5,6
Einnahmen	Mrd.€	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	280,2
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	7,8	1,9	9,8	5,8	- 4,7	0,6	7,4	0,6
Finanzierungssaldo	Mrd.€	-31,4	- 28,2	- 14,7	- 11,8	- 34,5	- 44,3	- 17,7	- 32,
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 32,
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,2	- 0,3	-0,4	- 0,3	- 0,3	-0,3	- 0,3	- 0,
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	26,4	26,1	26,0	27,0	27,9	28,2	27,9	28,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,4	- 1,0	- 0,3	3,7	3,4	0,9	- 1,2	2,
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,1	10,0	9,6	9,6	9,6	9,3	9,4	9,
Anteil a. d. Personalausgaben des	%	15,3	14,9	14,8	15,0	14,4	14,2	13,1	
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	/6	13,3	14,5	14,0	15,0	14,4	14,2	13,1	
Zinsausgaben	Mrd.€	37,4	37,5	38,7	40,2	38,1	33,1	32,8	34,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,0	0,3	3,3	3,7	- 5,2	- 13,1	- 0,9	4,
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,4	14,4	14,3	14,2	13,0	10,9	11,1	10,
Anteil an den Zinsausgaben des	%	58,3	57,9	58,6	59,7	61,0	55,5	43,1	
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup> Investive Ausgaben	Mrd.€	23,8	22,7	26,2	24,3	27,1	26,1	25,4	35,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	6,2	- 4,4	15,4	-7,2	11,5	-3,8	- 2,7	40,
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,1	8,7	9,7	8,6	9,3	8,6	8,6	11,
Anteil a. d. investiven Ausgaben des									11,
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	34,2	33,7	39,9	37,1	25,3	29,5	27,0	
Steuereinnahmen <sup>1</sup>	Mrd.€	190,1	203,9	230,0	239,2	227,8	226,2	248,1	252,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	1,7	7,2	12,8	4,0	- 4,8	-0,7	9,7	1,
Anteil an den Bundesausgaben	%	73,2	78,1	85,1	84,7	78,0	74,5	83,7	80,
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	83,2	87,6	90,0	88,4	88,4	87,2	89,1	90,
Anteil am gesamten	%	42,1	41,7	42,8	42,6	43,5	42,6	43,3	
Steueraufkommen <sup>3</sup>									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 32,
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,0	10,7	5,3	4,1	11,7	14,5	5,9	10,
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	131,3	122,8	54,7	47,4	126,0	168,8	68,3	90,
Anteil am Finanzierungssaldo des	%	59,5	68,8	х	111,2	37,1	54,5	67,3	
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup> nachrichtlich: Schuldenstand <sup>3</sup>									
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	1 489,9	1 545,4	1 552,4	1 577,9	1 694,4	2 011,5	2030	205
darunter: Bund	Mrd.€	903,3	950,3	957,3	985,7	1 053,8	1 287,5	1282	130

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

 $<sup>^2 {\</sup>rm Ab\,1991\,Ges} amt deut schland.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Stand April 2012; 2011, 2012 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschl. Kassenkredite. Bund einschließlich Sonderrechnungen und Kassenkredite.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Inklusive Nachtrag 2012 nach 2./3. Lesung Bundestag.

Tabelle 7: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011			
				in Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>1</sup>										
Ausgaben	626,7	638,0	649,2	679,2	716,5	734,4	774,5			
Einnahmen	574,2	597,6	648,5	668,9	626,5	652,7	748,2			
Finanzierungssaldo	-52,5	-40,5	-0,6	-10,4	-90,0	-82,8	-28,7			
darunter:										
Bund <sup>2</sup>										
Ausgaben	259,9	261,0	270,5	282,3	292,3	303,7	296,2			
Einnahmen	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5			
Finanzierungssaldo	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3	-17,			
Länder <sup>3</sup>										
Ausgaben	260,0	260,0	265,5	277,2	287,1	286,7	296,			
Einnahmen	237,2	250,1	273,1	276,2	260,1	265,9	286,3			
Finanzierungssaldo	-22,7	-10,1	7,6	-1,1	-27,0	-20,8	-10,			
Gemeinden <sup>4</sup>										
Ausgaben	153,2	157,4	161,5	168,0	178,3	182,2	185,3			
Einnahmen	150,9	160,1	169,7	176,4	170,8	174,5	183,6			
Finanzierungssaldo	-2,2	2,8	8,2	8,4	-7,5	-7,7	-1,7			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %									
Öffentlicher Gesamthaushalt										
Ausgaben	2,0	1,8	1,7	4,6	5,5	2,5	5,5			
Einnahmen	4,6	4,1	8,5	3,2	-6,3	4,2	14,6			
darunter:										
Bund										
Ausgaben	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	-2,4			
Einnahmen	7,8	1,9	9,8	5,8	-4,7	0,6	7,4			
Länder										
Ausgaben	1,1	0,0	2,1	4,4	3,6	-0,1	3,!			
Einnahmen	1,6	5,4	9,2	1,1	-5,8	2,2	7,			
Gemeinden										
Ausgaben	2,0	2,8	2,6	4,0	6,1	2,2	1,7			
Einnahmen	3,3	6,0	6,0	3,9	-3,2	2,1	5,2			

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

#### noch Tabelle 7: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
				Quoten in %			
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-2,4	-1,8	-0,0	-0,4	-3,8	-3,3	-1,1
darunter:							
Bund	-1,4	-1,2	-0,6	-0,5	-1,5	-1,8	-0,7
Länder	-1,0	-0,4	0,3	-0,0	-1,1	-0,8	-0,4
Gemeinden	-0,1	0,1	0,3	0,3	-0,3	-0,3	-0,1
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-8,4	-6,4	-0,1	-1,5	-12,6	-11,3	-3,7
darunter:							
Bund	-12,1	-10,8	-5,4	-4,2	-11,8	-14,6	-6,0
Länder	-8,7	-3,9	2,9	-0,4	-9,4	-7,2	-3,5
Gemeinden	-1,5	1,8	5,1	5,0	-4,2	-4,2	-0,9
Ausgaben in % des BIP							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,2	27,6	26,7	27,5	30,2	29,6	30,1
darunter:							
Bund	11,7	11,3	11,1	11,4	12,3	12,3	11,5
Länder	11,7	11,2	10,9	11,2	12,1	11,6	11,5
Gemeinden	6,9	6,8	6,7	6,8	7,5	7,4	7,2

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bund, Länder, Gemeinden und ihre jeweiligen Extrahaushalte. Der Öffentliche Gesamthaushalt ist um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnet sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Stand: Juni 2012.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Kernhaushalt, Rechnungsergebnisse.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Kernhaushalte; bis 2008 Rechnungsergebnisse; 2009 bis 2011: Kassenergebnisse.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Kernhaushalte; bis 2009 Rechnungsergebnisse; 2010 bis 2011: Kassenergebnisse.

Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

			Steueraufkommen							
		davon								
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern					
Jahr		in Mrd. €		in	%					
	Gebiet der Bund	esrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	. Oktober 1990						
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4					
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7					
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2					
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7					
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4					
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2					
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5					
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7					
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2					
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3					
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1					
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0					
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7					
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9					
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6					
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5					
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3					
		Bundesrepublik	Deutschland							
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1					
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0					
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8					
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7					
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2					
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8					
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6					
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0					
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1					

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

#### noch Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

		Steuerauf	kommen		
			dav	/on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
		Bundesrepublik	Deutschland		
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8
2011	573,4	282,7	290,7	49,3	50,7
2012 <sup>2</sup>	596,5	298,2	298,4	50,0	50,0
2013 <sup>2</sup>	618,1	313,5	304,7	50,7	49,3
2014 <sup>2</sup>	642,1	330,9	311,2	51,5	48,5
2015 <sup>2</sup>	664,7	346,9	317,7	52,2	47,8
2016 <sup>2</sup>	687,3	362,9	324,4	52,8	47,2

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Steuerschätzung vom 8. bis 10. Mai 2012.

Tabelle 9: Entwicklung der Steuer- und Abgabequoten<sup>1</sup> (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Volk Gesamtrech		Abgrenzung der F	Finanzstatistik <sup>3</sup>
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
Jahr	77777	in Relation zur	·	3 4
1960	23,0	33,4	22,6	32,
1965	23,5	34,1	23,1	33,
1970	23,0	34,8	21,8	32,
1975	22,8	38,1	22,5	36,
1980	23,8	39,6	23,7	38,
1981	22,8	39,1	22,9	38,
1982	22,5	39,1	22,5	38,
1983	22,5	38,7	22,6	37,
1984	22,6	38,9	22,5	37,
1985	22,8	39,1	22,7	38,
1986	22,3	38,6	22,3	37,
1987	22,5	39,0	22,5	38,
1988	22,2	38,6	22,2	37,
1989	22,7	38,8	22,8	37,
1990	21,6	37,3	22,2	37,
1991	22,0	38,9	22,0	38
1992	22,3	39,6	22,7	39,
1993	22,4	40,1	22,6	39,
1994	22,3	40,5	22,5	39,
1995	21,9	40,5	22,5	40,
1996	21,8	41,0	21,8	40,
1997	21,5	41,0	21,3	39
1998	22,1	41,3	21,7	39
1999	23,3	42,3	22,6	40,
2000	23,5	42,1	22,8	40
2001	21,9	40,2	21,3	38,
2002	21,5	39,9	20,7	38,
2003	21,6	40,1	20,6	38,
2004	21,1	39,2	20,2	37,
2005	21,4	39,2	20,3	37,
2006	22,2	39,5	21,1	38,
2007	23,0	39,5	22,2	37,
2008	23,1	39,7	22,7	38
2009	23,0	40,3	22,1	38,
2010	22,2	39,1	21,4	37,
2011	22,9	39,8	22,3	38,

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). Ab 1991 nach neuer Methodik berechnet. 2007 bis 2010 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2011. 2011: Vorläufiges Ergebnis; Stand: Mai 2012.

 $<sup>^{\</sup>rm 3}$  Bis 2009 Rechnungsergebnisse. 2010 bis 2011: Kassenergebnisse.

Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote<sup>1,2</sup>

	Ausgaben des Staates							
Jahr	insgesamt	darunte	er					
Jaili	insgesame	Gebietskörperschaften³	Sozialversicherung <sup>3</sup>					
		in Relation zum BIP in %						
1960	32,9	21,7	1					
1965	37,1	25,4	1					
1970	38,5	26,1	1					
1975	48,8	31,2	1					
1980	46,9	29,6	1					
1981	47,5	29,7	1					
1982	47,5	29,4	1					
1983	46,5	28,8	1					
1984	45,8	28,2	1					
1985	45,2	27,8	1					
1986	44,5	27,4	1					
1987	45,0	27,6	1					
1988	44,6	27,0	1					
1989	43,1	26,4	1					
1990	43,6	27,3	1					
1991	46,2	28,2	1					
1992	47,1	27,9	1					
1993	48,1	28,2	1					
1994	48,0	28,0	2					
1995 <sup>4</sup>	48,2	27,7	2					
1995	54,9	34,3	2					
1996	49,1	27,6	2					
1997	48,2	27,0	2					
1998	48,0	26,9	2					
1999	48,2	27,0	2					
2000 <sup>5</sup>	47,6	26,4	2					
2000	45,1	23,9	2					
2001	47,6	26,3	2					
2002	47,9	26,2	2					
2003	48,5	26,4	2					
2004	47,1	25,8	2					
2005	46,9	26,0	2					
2006	45,3	25,4	1					
2007	43,5	24,5	1					
2008	44,0	25,0	1					
2009	48,1	27,0	2					
2010	47,9	27,4	2					
2011	45,7	25,9	1					

 $<sup>^{\</sup>rm 1}$  Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). Ab 1991 nach neuer Methodik berechnet. 2007 bis 2010 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2011. 2011: Vorläufige Ergebnis; Stand: Mai 2012.

 $<sup>^{\</sup>rm 3}$  Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt; Wohnungswirtschaft der DDR).

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Sc	hulden (Mio. €)			
Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>2</sup>	1 357 723	1 429 750	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 93
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 81
Kernhaushalte	767 697	812 082	887 915	919304	940 187	959 918	991 28
Kreditmarktmittel iwS	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 73
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 54
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 53
Kreditmarktmittel iwS	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	59 53
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 998
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	526 74
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 34
Kreditmarktmittel iwS	414 952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 00
Kassenkredite	8 714	5 700	3 125	2 3 3 3	2 410	3 180	2 33
Extrahaushalte	-	-	-	996	1124	1 350	21 39
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	986	1124	1 325	20 82
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	57
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110627	108 864	113 81
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 182	111 03
Kreditmarktmittel iwS	84069	84257	83 804	81 877	79 239	76 381	7638
Kassenkredite	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 801	34 65
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 682	2 77
Kreditmarktmittel iwS	7 429	7 5 3 1	7 467	2 649	2 560	2 626	2 72
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	4
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	531 197	560 418	586 571	595 026	595 102	592 132	640 55
Maastricht-Schuldenstand	1 383 997	1 455 032	1 526 322	1 574 606	1 582 362	1 649 271	1 767 94
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 53
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14357	-		
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	-	
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	-	-	-	16 478	16 983	17 631	18 49
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 54
Investitions- und Tilgungsfonds	-	-	-	-	-	-	7 49
FMS Wertmanagement							

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

#### noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Sc	chulden (Mio. €)			
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	56
Kernhaushalte	-	-	-	-	-	-	53
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	-	-	-	53
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	
Extrahaushalte	-	-	-	-	-	-	3
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	-	-	-	3
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	
	Anteil an den Schulden (in %)						
Bund	60,9	64,0	66,5	70,0	70,5	72,6	77,
Kernhaushalte	56,5	59,8	65,4	67,7	69,2	70,7	73,
Extrahaushalte	4,3	4,2	1,1	2,3	1,3	1,9	4,
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,
			Anteil de	r Schulden am B	IP (in %)		
Öffentlicher Gesamthaushalt	63,2	65,1	67,0	66,8	63,9	63,8	71,
Bund	38,5	39,6	40,6	41,1	39,4	39,8	44,
Kernhaushalte	35,7	39,6	40,6	41,1	39,4	39,8	44,
Extrahaushalte	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7	1,0	2,
Länder	19,7	20,4	21,2	20,9	19,9	19,5	22,
Gemeinden	5,0	5,1	5,2	4,9	4,6	4,4	4,
Gesetziche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	24,7	25,5	26,4	25,7	24,5	23,9	27,
Maastricht-Schuldenstand	64,4	66,3	68,6	68,0	65,2	66,7	74,
			Schu	ılden insgesamt	(€)		
je Einwohner	16 454	17331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 70
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 147,5	2 195,7	2 224,4	2 3 1 3,9	2 428,5	2 473,8	2 374,
Einwohner 30.06.	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 86

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

 $<sup>^2\,\</sup>mathrm{Kreditmarktschulden}\,\mathrm{im}\,\mathrm{weiteren}\,\mathrm{Sinne}\,\mathrm{zuz\ddot{u}glich}\,\mathrm{Kassenkredite}.$ 

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup> Neue Systematik

	2009	2010	2009	2010	2009	2010
	in M	io.€	in % der S insge	samt	in % de	es BIP
Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>2</sup>		2 011 537				81,
Bund						
Kern- und Extrahaushalte		1 287 460		64,0		52,
Wertpapierschulden und Kredite	1 032 599	1 271 204		63,2	43,5	51,
Kassenkredite		16256		0,8		0,
Kernhaushalte		1 035 647		51,5		41,
Wertpapierschulden und Kredite	973 067	1 022 192		50,8	41,0	41,
Kassenkredite		13 454		0,7		0,
Extrahaushalte		251 813		12,5		10,
Wertpapierschulden und Kredite	59 533	249 011		12,4	2,6	10,
Kassenkredite		2802		0,1		0,
im Einzelnen:						
Entschädigungsfonds	0	0		0,0	0,0	0,
SoFFin	36 540	28 552		1,4	1,5	1,
Investitions- und Tilgungsfonds	7493	13 991		0,7	0,3	0,
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation		17 302		0,9		0,
Wertpapierschulden und Kredite	15 500	14 500		0,7	0,7	0,
Kassenkredite		2 802		0,1		0,
FMS Wertmanagement		191 968		9,5		7,
Länder						
Kern- und Extrahaushalte		599 970		29,8		24,
Wertpapierschulden und Kredite		595 039		29,6		24,
Kassenkredite		4930		0,2		0,
Kernhaushalte		524 182		26,1		21,
Wertpapierschulden und Kredite	498 655	519 347		25,8	21,0	21,
Kassenkredite		4 835		0,2		0,
Extrahaushalte		75 788		3,8		3
Wertpapierschulden und Kredite	27 702	75 692		3,8	1,2	3
Kassenkredite		95		0,0		0,

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup> Neue Systematik

	2009	2010	2009	2010	2009	2010
	in Mi	o.€	in % der Sc insges		in % de	s BIP
Gemeinden						
Kernhaushalte, Zweckverbände und Extrahaushalte		123 569		6,1		5,
Wertpapierschulden und Kredite		84363		4,2		3,
Kassenkredite		39 206		1,9		1,
Kernhaushalte		115 253		5,7		4,
Wertpapierschulden und Kredite	75 037	76 326		3,8	3,2	3,
Kassenkredite		38 927		1,9		1,
Zweckverbände <sup>3</sup>		1602		0,1		0,
Wertpapierschulden und Kredite	1 428	1 551		0,1	0,1	0,
Kassenkredite		52		0,0		0,
Sonstige Extrahaushalte der Gemeinden		6713		0,3		0,
Wertpapierschulden und Kredite	6322	6 486		0,3	0,3	0,
Kassenkredite		227		0,0		0,
Gesetzliche Sozialversicherung						
Kern- und Extrahaushalte		539		0,0		0,
Wertpapierschulden und Kredite		539		0,0		0,
Kassenkredite		0		0,0		0,
Kernhaushalte		506		0,0		0,
Wertpapierschulden und Kredite	531	506		0,0	0,0	0,
Kassenkredite		0		0,0		0,
Extrahaushalte <sup>4</sup>		32		0,0		0,
Wertpapierschulden und Kredite	36	32		0,0	0,0	0,
Kassenkredite		0		0,0		0,
chulden insgesamt (Euro)						
je Einwohner		24606				
laastricht-Schuldenstand	1 766 943	2 056 711			74,4	83,
achrichtlich:						
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. Euro)	2375	2 477				
Einwohner 30.06.	81 861 862	81750716				

 $<sup>^{1}</sup> Aufgrund\ method is cher\ \ddot{A}nderungen\ und\ Erweiterung\ des\ Berichtskreises\ nur\ eingeschränkt\ mit\ den\ Vorjahren\ vergleichbar.$ 

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

 $<sup>^2</sup> Einschließlich aller \"{o}ffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors.$ 

 $<sup>^3</sup>$  Zweckverbände des Staatssektors unabhängig von der Art des Rechnungswesens.

 $<sup>^4\,\</sup>mathrm{Nur}\,\mathrm{Extra}\ \mathrm{haus}\ \mathrm{halte}\ \mathrm{der}\ \mathrm{gesetz}\ \mathrm{lichen}\ \mathrm{Sozial}\ \mathrm{versicherung}\ \mathrm{unter}\ \mathrm{Bundes}\ \mathrm{aufsicht}.$ 

Tabelle 12: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup>

		Abgrenzun	g der Volkswirtscha	ftlichen Gesam	trechungen <sup>2</sup>		Abgrenzung de	er Finanzstatistik
Jahr	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher Ge	esamthaushalt³
		in Mrd. €		i	n Relation zum BIP i	۱%	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1981	-32,2	-34,5	2,2	-3,9	-4,2	0,3	-38,7	-4,7
1982	-29,6	-32,4	2,8	-3,4	-3,8	0,3	-35,8	-4,2
1983	-25,7	-25,0	-0,7	-2,9	-2,8	-0,1	-28,3	-3,1
1984	-18,7	-17,8	-0,8	-2,0	-1,9	-0,1	-23,8	-2,5
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1986	-11,9	-16,2	4,2	-1,1	-1,6	0,4	-21,6	-2,1
1987	-19,3	-22,0	2,7	-1,8	-2,1	0,3	-26,1	-2,5
1988	-22,2	-22,3	0,1	-2,0	-2,0	0,0	-26,5	-2,4
1989	1,0	-7,3	8,2	0,1	-0,6	0,7	-13,8	-1,2
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,9	-54,9	11,1	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
1992	-40,3	-38,5	-1,8	-2,4	-2,3	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,5	-53,3	2,8	-3,0	-3,1	0,2	-70,5	-4,2
1994	-44,2	-45,9	1,7	-2,5	-2,6	0,1	-59,5	-3,3
1995 <sup>4</sup>	-55,8	-48,3	-7,5	-3,0	-2,6	-0,4	-55,9	-3,0
1995	-175,4	-167,9	0,0	-9,5	-9,1	-0,4	-55,9	-3,0
1996	-62,8	-56,5	-6,3	-3,4	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-52,6	-53,8	1,1	-2,8	-2,8	0,1	-48,1	-2,5
1998	-45,7	-48,1	2,4	-2,3	-2,5	0,1	-28,8	-1,5
1999	-32,2	-36,9	4,8	-1,6	-1,8	0,2	-26,9	-1,3
2000 <sup>5</sup>	-27,5	23,4	-0,1	-1,3	-1,3	0,0		-
2000	23,3	23,4	0,0	1,1	1,1	0,0	-34,0	-1,7
2001	-64,6	-60,4	-4,3	-3,1	-2,9	-0,2	-46,6	-2,2
2002	-82,0	-76,0	-6,1	-3,8	-3,6	-0,3	-56,8	-2,7
2003	-89,2	-82,3	-6,8	-4,2	-3,8	-0,3	-67,9	-3,2
2004	-82,5	-81,7	-0,9	-3,8	-3,7	0,0	-65,5	-3,0
2005	-73,9	-69,9	-4,0	-3,3	-3,1	-0,2	-52,5	-2,4
2006	-37,9	-42,9	5,0	-1,6	-1,9	0,2	-40,5	-1,8
2007	5,8	-5,1	10,8	0,2	-0,2	0,4	-0,6	0,0
2008	-1,4	-8,6	7,2	-0,1	-0,3	0,3	-10,4	-0,4
2009	-76,3	-61,1	-15,2	-3,2	-2,6	-0,6	-90,0	-3,8
2010	-105,9	-108,1	2,3	-4,3	-4,4	0,1	-82,8	-3,3
2011	-26,3	-39,7	13,5	-1,0	-1,5	0,5	-28,7	-1,1

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). Ab 1991 nach neuer Methodik berechnet. 2007 bis 2010 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2011. 2011: Vorläufiges Ergebnis; Stand: Mai 2012.

 $<sup>^3\,</sup>Ohne\,Sozial versicherungen, ab\,1997\,ohne\,Krankenh\"{a}user.\,Bis\,2009\,Rechnungsergebniss, 2010\,bis\,2011\,Kassenergebnisse.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt, Wohnungswirtschaft der DDR) bzw. gel. Vermögensübertragungen (DKB).

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden<sup>1</sup>

Land						in%de	s BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-9,5	-1,0	-3,3	-0,1	-3,2	-4,3	-1,0	-0,9	-0,7
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,5	-1,0	-5,6	-3,8	-3,7	-3,0	-3,3
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	-2,9	-2,0	0,2	1,0	-2,4	-1,3
Griechenland	-	-	-14,2	-9,1	-3,7	-5,5	-9,8	-15,6	-10,3	-9,1	-7,3	-8,4
Spanien	-	-	-	-7,2	-0,9	1,3	-4,5	-11,2	-9,3	-8,5	-6,4	-6,3
Frankreich	-0,3	-3,1	-2,5	-5,5	-1,5	-2,9	-3,3	-7,5	-7,1	-5,2	-4,5	-4,2
Irland	-	-10,6	-2,7	-2,0	4,7	1,7	-7,3	-14,0	-31,2	-13,1	-8,3	-7,5
Italien	-6,9	-12,3	-11,4	-7,4	-0,8	-4,4	-2,7	-5,4	-4,6	-3,9	-2,0	-1,1
Zypern	-	-	-	-0,9	-2,3	-2,4	0,9	-6,1	-5,3	-6,3	-3,4	-2,5
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	3,0	-0,8	-0,9	-0,6	-1,8	-2,2
Malta	-	-	-	-4,2	-5,8	-2,9	-4,6	-3,8	-3,7	-2,7	-2,6	-2,9
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	2,0	-0,3	0,5	-5,6	-5,1	-4,7	-4,4	-4,6
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-1,7	-1,7	-0,9	-4,1	-4,5	-2,6	-3,0	-1,9
Portugal	-6,9	-8,3	-6,1	-5,4	-3,2	-6,5	-3,6	-10,2	-9,8	-4,2	-4,7	-3,1
Slowakei	-	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-2,1	-8,0	-7,7	-4,8	-4,7	-4,9
Slowenien	-	-	-	-8,3	-3,7	-1,5	-1,9	-6,1	-6,0	-6,4	-4,3	-3,8
Finnland	3,8	3,4	5,4	-6,1	6,9	2,8	4,3	-2,5	-2,5	-0,5	-0,7	-0,4
Euroraum	-	-	-	-7,2	-0,1	-2,5	-2,1	-6,4	-6,2	-4,1	-3,2	-2,9
Bulgarien	-	-	-	-8,0	-0,5	1,0	1,7	-4,3	3,1	-2,1	-1,9	-1,7
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	3,2	-2,7	-2,5	-1,8	-4,1	-2,0
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-4,2	-9,8	-8,2	-3,5	-2,1	-2,1
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-3,3	-9,4	-7,2	-5,5	-3,2	-3,0
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-3,7	-7,4	-7,8	-5,1	-3,0	-2,5
Rumänien	-	-	-	-2,0	-4,7	-1,2	-5,7	-9,0	-6,8	-5,2	-2,8	-2,2
Schweden	-	-	-	-7,4	3,6	2,2	2,2	-0,7	0,3	0,3	-0,3	0,1
Tschechien	-	-	-	-12,8	-3,6	-3,2	-2,2	-5,8	-4,8	-3,1	-2,9	-2,6
Ungarn	-	-	-	-8,8	-3,0	-7,9	-3,7	-4,6	-4,2	4,3	-2,5	-2,9
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	3,6	-3,4	-5,0	-11,5	-10,2	-8,3	-6,7	-6,5
EU	-	-	-	-7,0	0,6	-2,5	-2,4	-6,9	-6,5	-4,5	-3,6	-3,3
Japan	-	-1,4	2,0	-4,7	-7,5	-4,8	-1,9	-8,8	-8,4	-8,2	-8,2	-8,0
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-6,4	-11,5	-10,6	-9,6	-8,3	-7,1

 $<sup>^{1}</sup>$  Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

Für die Jahre 1980 bis 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2012.

Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2012.

 $<sup>^{\</sup>rm 2}$  Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Staatsschulden quoten im internationalen Vergleich

Land						in % de	s BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	60,2	68,6	66,7	74,4	83,0	81,2	82,2	80,7
Belgien	74,0	115,0	125,6	130,2	107,8	92,0	89,3	95,8	96,0	98,0	100,5	100,8
Estland	-	-	-	8,2	5,1	4,6	4,5	7,2	6,7	6,0	10,4	11,7
Griechenland	22,5	48,3	71,7	97,9	104,4	101,2	113,0	129,4	145,0	165,3	160,6	168,0
Spanien	16,5	41,4	42,7	63,3	59,4	43,1	40,2	53,9	61,2	68,5	80,9	87,0
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,4	57,4	66,7	68,2	79,2	82,3	85,8	90,5	92,5
Irland	68,3	99,5	92,1	82,1	37,5	27,2	44,2	65,1	92,5	108,2	116,1	120,2
Italien	56,9	80,2	94,3	120,9	108,5	105,4	105,7	116,0	118,6	120,1	123,5	121,8
Zypern	-	-	-	51,8	59,6	69,4	48,9	58,5	61,5	71,6	76,5	78,1
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	13,7	14,8	19,1	18,2	20,3	21,6
Malta	-	-	-	35,3	55,0	69,7	62,3	68,1	69,4	72,0	74,8	75,2
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	58,5	60,8	62,9	65,2	70,1	73,0
Österreich	35,3	48,0	56,2	68,2	66,2	64,2	63,8	69,5	71,9	72,2	74,2	74,3
Portugal	29,5	56,5	53,3	59,2	48,5	62,5	71,6	83,1	93,9	107,8	113,9	117,1
Slowakei	-	-	-	22,1	50,3	34,2	27,9	35,6	41,1	43,3	49,7	53,5
Slowenien	-	-	-	18,6	26,3	26,7	21,9	35,3	38,8	47,6	54,7	58,1
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,6	43,8	41,7	33,9	43,5	48,4	48,6	50,5	51,7
Euroraum	33,4	50,2	56,5	72,1	69,2	70,2	70,1	79,9	85,6	88,0	91,8	92,6
Bulgarien	-	-	-	-	72,5	27,5	13,7	14,6	16,3	16,3	17,6	18,5
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,6	52,4	37,8	33,4	40,6	42,9	46,5	40,9	42,1
Lettland	-	-	-	15,1	12,4	12,5	19,8	36,7	44,7	42,6	43,5	44,7
Litauen	-	-	-	11,4	23,6	18,3	15,5	29,4	38,0	38,5	40,4	40,9
Polen	-	-	-	49,0	36,8	47,1	47,1	50,9	54,8	56,3	55,0	53,7
Rumänien	-	-	-	6,6	22,5	15,8	13,4	23,6	30,5	33,3	34,6	34,6
Schweden	39,4	61,0	41,2	72,8	53,9	50,4	38,8	42,6	39,4	38,4	35,6	34,2
Tschechien	-	-	-	14,0	17,8	28,4	28,7	34,4	38,1	41,2	43,9	44,9
Ungarn	-	-	-	85,6	56,1	61,7	73,0	79,8	81,4	80,6	78,5	78,0
Vereinigtes Königreich	52,7	51,8	33,3	51,2	41,0	42,5	54,8	69,6	79,6	85,7	91,2	94,6
EU	-	-	-	69,6	61,9	62,9	62,5	74,8	80,2	83,0	86,2	87,2
Japan	47,7	68,4	63,0	85,1	133,6	174,5	175,2	194,0	197,6	211,4	219,0	221,8
USA	42,6	56,2	64,5	71,9	55,1	68,2	76,5	90,4	99,1	103,5	108,9	111,8

#### Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2012; für USA und Japan alle Jahre. Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2012.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Steuerquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

land					Ste	ıern in % des l	BIP				
Land	1965	1975	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010
Deutschland <sup>2,3</sup>	23,1	22,6	22,9	21,8	22,7	22,8	21,0	22,8	23,1	22,9	22,1
Belgien	21,3	27,6	30,3	28,0	29,2	30,9	30,9	30,1	30,2	28,7	29,6
Dänemark	28,8	38,2	44,8	45,6	47,7	47,6	49,7	47,9	47,1	47,1	47,2
Finnland	28,3	29,1	31,1	32,5	31,6	35,3	31,9	31,1	30,9	29,9	29,6
Frankreich	22,5	21,1	24,3	23,5	24,4	28,4	27,8	27,5	27,3	25,7	26,3
Griechenland	12,2	13,7	16,4	18,3	19,5	23,6	20,6	20,9	20,5	19,8	20,2
Irland	23,3	24,8	29,5	28,2	27,8	27,0	25,7	26,2	23,9	22,2	22,3
Italien	16,8	13,7	22,0	25,4	27,5	30,2	28,3	30,4	29,8	29,7	29,4
Japan	14,1	14,7	18,9	21,3	17,8	17,5	17,3	18,0	17,4	15,9	-
Kanada	24,3	28,8	28,1	31,5	30,6	30,8	28,4	28,2	27,5	27,0	26,2
Luxemburg	18,8	23,1	29,1	26,0	27,3	29,1	27,1	25,8	25,5	26,3	25,8
Niederlande	22,7	25,1	23,7	26,9	24,1	24,2	25,4	25,3	24,7	24,4	-
Norwegen	26,1	29,5	33,8	30,2	31,3	33,7	34,6	34,5	33,9	32,8	33,0
Österreich	25,4	26,5	27,8	26,6	26,5	28,4	27,7	27,7	28,5	27,8	27,5
Polen	-	-	-	-	25,2	19,8	20,7	22,8	22,9	20,4	-
Portugal	12,4	12,5	18,1	19,6	21,6	22,9	22,7	24,0	23,8	21,6	22,3
Schweden	29,2	33,2	35,6	38,0	34,4	37,9	35,8	35,0	34,9	35,3	34,4
Schweiz	14,9	19,0	19,9	19,7	20,2	22,7	22,2	22,1	22,4	22,6	22,9
Slowakei	-	-	-	-	25,3	19,9	18,8	17,7	17,4	16,3	16,1
Slowenien	-	-	-	-	22,3	23,1	24,4	24,0	23,0	22,4	22,5
Spanien	10,5	9,7	16,3	21,0	20,5	22,3	23,7	25,2	21,2	18,6	19,7
Tschechien	-	-	-	-	22,0	19,6	21,5	21,1	20,0	19,4	19,3
Ungarn	-	-	-	-	26,7	27,8	25,7	27,2	27,1	27,4	26,1
Vereinigtes Königreich	25,7	28,8	30,4	29,5	28,0	30,2	29,0	29,4	28,9	27,6	28,3
USA	21,4	20,3	19,1	20,5	20,9	22,6	20,5	21,4	19,8	17,6	18,3

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris 2011.

Stand: Dezember 2011.

 $<sup>^2 \,</sup> Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik, \, werden \, Finanzstatistik \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, Deutschen \, Finanzstatistik \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, Oder \, Deutschen \, Finanzstatistik \, Deutschen \, Finanzstatistik \, Deutschen \, Finanzstatistik \, Deutschen \, Deutschen$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Abgabenquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Lond			Ste	uern und Soziala	bgaben in % des	BIP		
Land	1970	1980	1990	2000	2005	2008	2009	2010
Deutschland <sup>2,3</sup>	31,5	36,4	34,8	37,5	35,0	36,4	37,3	36,3
Belgien	33,9	41,3	42,0	44,7	44,6	44,1	43,2	43,8
Dänemark	38,4	43,0	46,5	49,4	50,8	48,1	48,1	48,2
Finnland	31,6	35,8	43,7	47,2	43,9	42,9	42,6	42,1
Frankreich	34,2	40,2	42,0	44,4	44,1	43,5	42,4	42,9
Griechenland	20,0	21,6	26,2	34,0	31,9	31,5	30,0	30,9
Irland	28,4	31,0	33,1	31,2	30,3	29,1	27,8	28,0
Italien	25,7	29,7	37,8	42,2	40,8	43,3	43,4	43,0
Japan	19,5	25,1	29,0	27,0	27,4	28,3	26,9	-
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	33,4	32,2	32,0	31,0
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	39,1	37,6	35,5	37,6	36,7
Niederlande	35,6	42,9	42,9	39,6	38,4	39,1	38,2	-
Norwegen	34,5	42,4	41,0	42,6	43,5	42,9	42,9	42,8
Österreich	33,8	38,9	39,7	43,0	42,1	42,8	42,7	42,0
Polen	-	-	-	32,8	33,0	34,2	31,8	-
Portugal	17,8	22,2	26,9	30,9	31,2	32,5	30,6	31,3
Schweden	37,8	46,4	52,3	51,4	48,9	46,4	46,7	45,8
Schweiz	19,7	25,2	25,8	30,0	29,2	29,1	29,7	29,8
Slowakei	-	-	-	34,1	31,5	29,4	29,0	28,4
Slowenien	-	-	-	37,3	38,6	37,0	37,4	37,7
Spanien	15,9	22,6	32,5	34,2	35,7	33,3	30,6	31,7
Tschechien	-	-	-	35,2	37,5	36,0	34,7	34,9
Ungarn	-	-	-	39,3	37,3	40,1	39,9	37,6
Vereinigtes Königreich	36,7	34,8	35,5	36,3	35,7	35,7	34,3	35,0
USA	27,0	26,4	27,4	29,5	27,1	26,3	24,1	24,8

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris 2011.

Stand: Dezember 2011.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Staatsquoten im internationalen Vergleich

					Cosamton	saabon da	r Staator in G	/ doc PID				
Land	1005	1000	1005	2000			Staates in S		2010	2011	2012	2012
1	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland 1	45,2	43,6	54,9	45,1	46,9	43,5	44,0	48,1	47,9	45,7	45,6	45,2
Belgien	58,4	52,2	52,1	49,0	51,8	48,2	49,8	53,7	52,7	53,2	53,9	53,7
Estland	-	-	41,3	36,1	33,6	34,0	39,5	45,2	40,6	38,2	41,2	39,3
Finnland	46,5	48,2	61,5	48,4	50,2	47,4	49,3	55,9	55,2	53,7	54,3	54,7
Frankreich	51,9	49,6	54,4	51,7	53,5	52,6	53,3	56,8	56,5	55,9	56,3	56,2
Griechenland	-	45,2	46,2	47,1	44,4	47,3	50,5	53,8	50,0	50,0	49,7	50,6
Irland	52,6	42,3	40,9	31,2	33,8	36,6	42,8	48,8	66,8	48,8	44,1	43,1
Italien	49,6	52,6	52,2	45,8	47,9	47,7	48,6	52,0	50,6	50,0	50,4	49,5
Luxemburg	-	37,7	39,7	37,6	41,5	36,3	37,1	43,0	42,4	42,0	43,6	44,0
Malta	-	-	39,7	40,3	44,6	42,8	44,1	43,5	43,3	43,0	44,4	43,8
Niederlande	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	45,2	46,2	51,6	51,3	50,2	50,8	50,8
Österreich	53,5	51,5	56,2	51,8	49,9	48,5	49,3	52,9	52,6	50,5	51,4	50,6
Portugal	37,5	38,5	41,9	41,6	46,6	44,3	44,7	49,7	51,2	48,9	47,7	46,1
Slowakei	-	-	48,6	52,1	38,0	34,2	34,9	41,5	40,0	37,4	37,7	37,3
Slowenien	-	-	52,3	46,5	45,3	42,5	44,2	49,3	50,3	50,9	48,7	47,9
Spanien	-	-	44,5	39,2	38,4	39,2	41,5	46,3	45,6	43,6	42,4	42,0
Zypern	-	-	33,4	37,1	43,1	41,3	42,1	46,2	46,4	47,3	46,0	45,3
Euroraum	-	-	52,8	46,2	47,3	46,0	47,1	51,2	51,0	49,4	49,4	49,0
Bulgarien	-	-	45,4	41,3	37,3	39,8	38,3	40,7	37,4	35,2	35,2	35,3
Dänemark	55,5	55,4	59,3	53,6	52,6	50,8	51,6	57,8	57,6	57,8	58,6	56,6
Lettland	-	31,6	38,6	37,6	35,8	36,0	39,1	44,5	43,9	39,1	38,1	37,0
Litauen	-	-	34,2	38,9	33,2	34,6	37,2	43,8	40,9	37,5	36,8	36,1
Polen	-	-	47,7	41,1	43,4	42,2	43,2	44,5	45,4	43,6	43,1	42,4
Rumänien	-	-	34,1	38,6	33,6	38,2	39,3	41,1	40,2	37,7	36,2	35,4
Schweden	-	-	65,0	55,1	53,6	50,9	51,7	54,7	52,2	51,1	52,1	51,8
Tschechien	-	-	53,0	41,6	43,0	41,0	41,2	44,9	44,2	43,4	43,3	43,1
Ungarn	-	-	55,8	47,7	50,1	50,7	49,2	51,5	49,4	48,6	48,6	47,6
Vereinigtes Königreich	48,7	41,1	43,9	36,8	44,1	43,8	47,9	51,6	50,4	49,1	47,4	47,2
EU	-	-	51,9	44,7	46,8	45,6	47,1	51,1	50,6	49,1	48,9	48,4
USA	36,8	37,3	37,2	33,9	36,3	36,8	39,1	42,7	42,5	41,7	40,4	39,2
Japan	32,2	31,1	35,5	38,5	36,5	35,8	37,0	41,9	40,8	43,0	43,9	44,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>1985 bis 1990 nur alte Bundesländer.

 $Quelle: \hbox{EU-Kommission\,,} \hbox{Statistischer\,Anhang\,der\,Europ\"{a}ischen\,Wirtschaft".}$ 

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012

		Eu-Haush	nalt 2011 <sup>1</sup>			EU-Haus	shalt 2012 <sup>2</sup>	
	Verpflichtu	ıngen	Zahlun	gen	Verpflich	tungen	Zahlur	ngen
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	64 504,4	45,4	53 629,0	42,3	68 155,6	46,1	55 336,7	42,9
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4	47,6	-	500,0	0,3	50,0	0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	58 659,2	41,3	55 983,9	44,2	59 975,8	40,6	57 034,2	44,2
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 059,9	1,4	1 700,1	1,3	2 065,2	1,4	1 484,3	1,1
4. Die EU als globaler Akteur	8 759,3	6,2	7 242,5	5,7	9 405,9	6,4	6 955,1	5,4
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	253,9	0,2	100,0	0,1	258,9	0,2	110,0	0,1
5. Verwaltung	8 172,8	5,7	8 171,5	6,4	8 279,6	5,6	8 277,7	6,4
Gesamtbetrag	142 155,7	100,0	126 727,1	100,0	147 882,2	100,0	129 088,0	100,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> EU-Haushalt 2011 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-6/2011).

# noch Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012

	Differe	nz in %	Differen	z in Mio. €
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
Rubrik	10	11	12	13
1. Nachhaltiges Wachstum	5,7	3,2	3 651,2	1 707,7
davon Globalisierungsanpassungsfonds	0,0	100,0	0,0	50,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	2,2	1,9	1 316,5	1 050,3
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	0,3	- 12,7	5,4	- 215,8
4. Die EU als globaler Akteur	7,4	-4,0	646,6	-287,4
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	10,0	5,0	10,0
5. Verwaltung	1,3	1,3	106,8	106,2
Gesamtbetrag	4,0	1,9	5 726,5	2.360,9

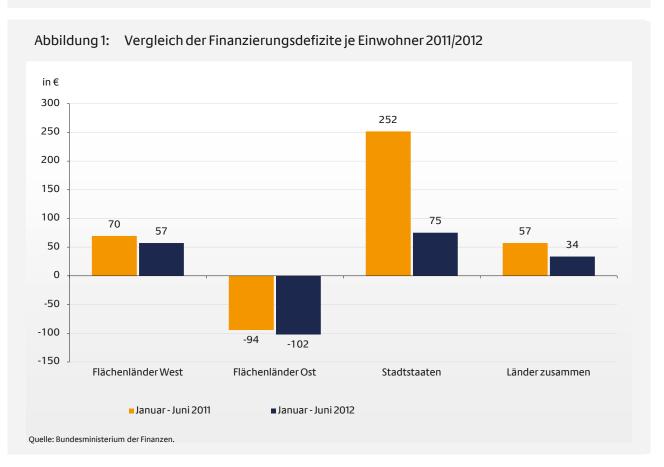
<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> EU-Haushalt 2012 (endgültig festgestellter Haushalt vom 1. Dezember 2011 einschl. Entwurf Berichtigungshaushaltsplan Nr. 1/2012).

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

# Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2012 im Vergleich zum Jahressoll 2012

	Flächenlän	der (West)	Flächenläi	nder (Ost)	Stadtst	aaten	Länder zu:	sammen
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
				in M	lio. €			
Bereinigte Einnahmen	203 651	102 683	51 024	25 082	35 610	18 541	284 058	143 019
darunter:								
Steuereinnahmen	159 417	81510	28 344	14 448	22 538	11 461	210 299	107 41
Übrige Einnahmen	44 234	21 173	22 680	10 634	13 072	7 080	73 759	35 600
Bereinigte Ausgaben	215 639	106 292	51 428	23 773	38 152	18 989	298 991	145 76
darunter:								
Personalausgaben	84 175	42 952	12 557	6270	10974	5 999	107 706	55 22
Lfd. Sachaufwand	14019	6386	3 686	1 612	8 296	4 413	26 001	12 41
Zinsausgaben	14030	7 933	2 996	1 589	3 915	2 184	20 940	11 70
Sachinvestitionen	4 3 4 3	1 271	1 630	489	819	252	6 792	2 01
Zahlungen an Verwaltungen	60 351	29 131	18 006	8 452	1 132	369	73 261	3466
Übrige Ausgaben	38 721	18 620	12 553	5 3 6 2	13 017	5 773	64 290	29 75
Finanzierungssaldo	-11 987	-3 610	- 404	1 309	-2 531	- 448	-14 922	-2 74



ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Juni 2012

						in Mio. €				
10.			Juni 2011			Mai 2012			Juni 2012	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	127 980	140 154	259 710	101 691	113 216	207 835	129 741	143 019	264 592
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	126 430	132 169	258 599	100 218	108 793	209 011	128 283	137 723	266 00
111	Steuereinnahmen	116 269	101 293	217 562	92 576	84889	177 465	119 123	107 419	226 54
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 272	24343	25 616	1 111	18 920	20 031	1 334	24 647	25 98
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	1 331	1 331	-	690	690	-	1 367	1 36
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 550	7 985	9 534	1 473	4 423	5 895	1 458	5 296	6 75
121	Veräußerungserlöse	830	294	1 123	704	514	1 217	720	566	1 28
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	663	76	739	625	353	978	624	375	99
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	304	5 432	5 736	178	2 399	2 577	179	2 799	297
2	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	150 304	144 822	286 703	127 258	119 669	239 855	148 013	145 767	285 61
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	140 755	131 798	272 553	119 656	111 259	230 915	138 800	134 516	273 31
211	Personalausgaben	14 682	53 706	68 387	12 005	46 259	58 265	14303	55 221	69 52
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	4 190	15 401	19 592	3 507	13 404	16910	4215	16 130	2034
212	Laufender Sachaufwand	8 466	12 179	20 645	7 497	10391	17 888	9 3 5 6	12 410	21 76
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	4 160	7 953	12 113	4 142	6 670	10812	4991	7 957	1294
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	16 891	11 899	28 790	15 536	10528	26 064	15 844	11 706	27 55
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	7 420	30 122	37 541	5 954	23 063	29 017	7211	30 892	38 10
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	-	507	507	-	117	117	-	42	4
2142	Zuweisungen an Gemeinden	6	27 605	27 611	4	21 360	21 365	5	28 819	28 82
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	9 549	13 024	22 573	7 602	8 410	16 012	9213	11 251	20 46
221	Sachinvestitionen	2 264	2 3 6 2	4626	1717	1 560	3 277	2 333	2 011	434
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 929	5 141	7 070	1811	2 725	4536	1 909	3 773	5 68
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	9 335	12 604	21 939	7 391	8 223	15 614	8 988	11 023	20 01

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Juni 2012

						in Mio. €				
			Juni 2011			Mai 2012			Juni 2012	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-22 288 <sup>2</sup>	-4 669	-26 956	-25 526 <sup>2</sup>	-6 453	-31 979	-18 231 <sup>2</sup>	-2 749	-20 980
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	166 256	38 727	204982	109 468	30 190	139 659	134 069	38 179	172 248
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	130 921	47 446	178 367	90 273	44 176	134 449	117 554	52 366	169 920
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	35 335	-8 719	26616	19 195	-13 986	5 209	16 515	-14188	2 32
	Zum Ende des Monats bestehende									
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-36 709	3 867	-32 841	-14905	6 427	-8 478	-26 440	4 5 5 8	-21 88
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	18 069	18 069	-	18 305	18 305	-	18 112	18 11
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	36 711	-3 232	33 479	14906	-6493,9	8411,6	26 522	-1 970	24 55

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

 $<sup>^2\,</sup>Einschließlich \,haushaltstechnische \,Verrechnungen.$ 

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juni 2012

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern <sup>3</sup>	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	18 748	22 394 ª	4 737	10 034	3 482	12 981	26 339	6 630	1 442
11	Einnahmen der laufenden Rechung	18 307	21 717	4536	9 759	3 146	12 285	25 572	6 4 1 8	1 405
111	Steuereinnahmen	14395	17 893	2 714	8 153	1 807	9844 4	21 828	4950	1 137
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 084	1 971	1 498	1 050	1 154	1 252	2 629	1 072	206
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	103	-	91	13	-	81	32
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	228	-	228	39	-31	107	50
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	440	677 a	201	274	336	696	767	212	37
121	Veräußerungserlöse	1	0	7	20	3	303	3	37	5
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen		-	-	-	-	303	-	36	4
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	335	477	105	240	104	325	462	119	22
2	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	19 602	21 308 <sup>b</sup>	4 781	11 041	3 132	12 478	28 147	7 230	2 034
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	18 091	19 624 <sup>b</sup>	4344	10 260	2814	11 678	25 842	6612	1884
211	Personalausgaben	8 322	9 5 7 8	1 229	3 985	841	4877 2	10 478 <sup>2</sup>	3 003	765
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	2 681	2 843	100	1 3 1 6	57	1 562	3 567	940	303
212	Laufender Sachaufwand	882	1 513	253	753	195	843	1 569	491	92
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	798	1 214	216	592	167	657	1178	417	84
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 139	745 <sup>c</sup>	352	1 057	211	1014	2 411	680	365
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	5 067	5 656	1 704	2 872	1 029	3 037	6764	1 507	282
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	689	1 907	-	990	-	-	-	-	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	4354	3 692	1 442	1 847	863	3 036	6 683	1 475	279
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	1 511	1 684	437	780	318	800	2 306	618	149
221	Sachinvestitionen	237	541	30	228	95	72	94	32	19
222	Zahlungen an	644	550	150	22.4	122	110	1.003	210	2.0
222	Verwaltungen (Kapitalrechnung)	641	550	159	334	132	118	1 002	216	28
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	1 491	1 655	437	752	318	800	2 2 2 2 5	595	138

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

# noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juni 2012

				•		in Mio. €	•		•	•
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern <sup>3</sup>	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 854	1 086 <sup>d</sup>	- 44	-1 007	351	503	-1 808	- 601	- 591
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	4 553	2 335 <sup>e</sup>	1 335	3 868	630	953	6 9 3 6	3 213	768
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	6 3 7 7	3 086 <sup>f</sup>	2 797	4826	542	1 747	9 553	4989	74
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-1 824	- 751 <sup>g</sup>	-1 462	- 958	88	- 794	-2 617	-1 776	25
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	479	-	-	-	-	823	22
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 057	5 527	-	1 384	246	2514	1 409	2	72
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-2 009	-	- 823	- 581	803	2 435	1 078	-823	18

 $<sup>^1</sup> In\, der\, L\"andersumme \, ohne\, Zuweisungen\, von\, L\"andern\, im\, L\"anderfinanzausgleich.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>Ohne Juli-Bezüge.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 12,1 Mio. €, b 243,9 Mio. €, c 243,8 Mio. €, d -231,8 Mio. €, e 490,0 Mio. €, f 500,0 Mio. €, g -10,0 Mio. €.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> NI - neu ab 2012 enthalten St-Einnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 0,4 Mio. €.

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juni 2012

					in Mic	o. €			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
	Seit dem 1. Januar gebuchte								
ı	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b> für das laufende Haushaltsjahr	7 979	4 483	4 374	4 401	10 946	1 913	5 776	143 019
11	Einnahmen der laufenden Rechung	7 626	4314	4 2 4 0	4074	10 444	1872	5 647	137 723
111	Steuereinnahmen	4899	2 554	3 309	2 475	5 663	1 126	4 672	107 419
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 417	1 612	655	1 433	3 667	563	385	24 647
1121	darunter: Allgemeine BEZ	208	57	65	114	524	93	- 13	1 367
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	404	288	93	282	1 631	320	1	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	353	169	133	327	502	42	130	5 296
121	Veräußerungserlöse	0	3	8	37	93	1	47	566
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	0	1	28	3	-	1	375
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	92	95	63	123	142	24	72	2 799
2	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup> für das laufende	6 998	4 735	4 711	4 127	10 980	2 245	5 859	145 767
21	Haushaltsjahr Ausgaben der laufenden Rechnung	6 2 4 1	4373	4 472	3 784	10 532	2 103	5 502	134516
211	Personalausgaben	1 892	1 177	1 944	1 132	3 575	715	1 708	55 22
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	109	93	703	78	922	243	615	16 130
212	Laufender Sachaufwand	401	477	243	286	2 506	368	1 538	12 410
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	323	143	204	169	1 086	165	544	7 957
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	183	432	524	411	1 398	353	433	11 706
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 431	1 362	1 2 1 6	1 256	138	48	162	30 892
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	94	42
2142	Zuweisungen an Gemeinden	1814	1 117	1 151	1 051	4	5	6	28 819
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	757	363	238	343	448	141	357	11 25
221	Sachinvestitionen	218	62	47	82	70	20	162	2 01
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	173	117	100	88	49	47	20	3 773
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	757	363	237	343	421	134	357	11 023

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juni 2012

					in M	io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	981	- 252	- 337	274	- 34	- 331	- 83	-2 749
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-	2 766	1 374	964	4945	3 958	- 419	38 179
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	224	1 925	1 878	1 377	5 765	4940	1 599	52 36
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 224	842	- 504	- 413	-820	-982	-2 018	-14 188
	Zum Ende des Monats bestehende								
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	2 437	-	65	148	800	- 419	4 558
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	2 705	64	-	-	440	442	1 599	18 11
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	-2 437	-807	3	- 140	- 790	1 935	-1 97

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ohne Juli-Bezüge.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 12,1 Mio. €, b 243,9 Mio. €, c 243,8 Mio. €, d -231,8 Mio. €, e 490,0 Mio. €, f 500,0 Mio. €, g -10,0 Mio. €.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> NI - neu ab 2012 enthalten St-Einnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 0,4 Mio. €.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoi	nlandsprodukt	(real)	
	Erwerbstä	tige im Inland <sup>1</sup>	Erwerbsquote <sup>2</sup>	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote <sup>3</sup>	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote <sup>4</sup>
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p.a.	in%	in Mio.	in%	Verä	nderung in % p	.a.	in%
1991	38,7		51,0	2,2	5,3				23,2
1992	38,2	-1,4	50,5	2,5	6,2	+1,9	+3,3	+2,5	23,5
1993	37,7	-1,3	50,2	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,4	22,5
1994	37,7	-0,1	50,3	3,3	8,1	+2,5	+2,5	+2,7	22,5
1995	37,8	+0,4	50,2	3,2	7,9	+1,7	+1,3	+2,4	21,9
1996	37,8	-0,1	50,3	3,5	8,5	+0,8	+0,9	+2,0	21,3
1997	37,7	-0,1	50,5	3,8	9,2	+1,7	+1,9	+2,3	21,0
1998	38,1	+1,1	50,9	3,7	8,9	+1,9	+0,7	+1,1	21,1
1999	38,7	+1,5	51,2	3,4	8,1	+1,9	+0,4	+0,9	21,3
2000	39,4	+1,7	51,6	3,1	7,4	+3,1	+1,3	+2,7	21,5
2001	39,5	+0,3	51,7	3,2	7,5	+1,5	+1,2	+2,5	20,1
2002	39,3	-0,6	51,7	3,5	8,3	+0,0	+0,6	+1,4	18,4
2003	38,9	-0,9	51,8	3,9	9,2	-0,4	+0,5	+0,9	17,8
2004	39,0	+0,3	52,2	4,2	9,7	+1,2	+0,9	+0,8	17,4
2005	39,0	-0,1	52,7	4,6	10,5	+0,7	+0,8	+1,2	17,3
2006	39,2	+0,6	52,6	4,2	9,8	+3,7	+3,1	+3,6	18,1
2007	39,9	+1,7	52,7	3,6	8,3	+3,3	+1,5	+1,7	18,4
2008	40,3	+1,2	52,9	3,1	7,2	+1,1	-0,1	-0,1	18,6
2009	40,4	+0,0	53,2	3,2	7,4	-5,1	-5,2	-2,5	17,2
2010	40,6	+0,5	53,1	2,9	6,8	+3,7	+3,2	+1,4	17,5
2011	41,1	+1,3	53,2	2,5	5,7	+3,0	+1,6	+1,4	18,2
2006/01	39,1	-0,1	52,1	3,9	9,2	+1,0	+1,2	+1,6	18,2
2011/06	40,2	+1,0	53,0	3,3	7,5	+1,1	+0,2	+0,4	18,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $<sup>^2\,</sup>Erwerbspersonen\,(inländische\,Erwerbstätige + Erwerbslose[ILO])\,in\,\%\,der\,Wohnbev\"{o}lkerung\,nach\,ESVG\,95.$ 

 $<sup>^3</sup>$  Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator)1	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten²
Jahr			\	/eränderung in % p.a	ı <b>.</b>		
1991							
1992	+7,4	+5,4	+3,2	+4,5	+4,3	+5,1	+6,8
1993	+2,9	+4,0	+1,9	+3,5	+3,6	+4,4	+4,1
1994	+5,0	+2,5	+1,1	+2,3	+2,5	+2,7	+0,5
1995	+3,7	+2,0	+1,6	+1,6	+1,4	+1,7	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,4	+0,8	+0,9	+1,4	+0,4
1997	+2,0	+0,3	-1,7	+0,7	+1,3	+1,9	-1,0
1998	+2,5	+0,6	+1,8	+0,1	+0,5	+0,9	+0,4
1999	+2,1	+0,2	+0,7	-0,0	+0,4	+0,6	+0,6
2000	+2,4	-0,7	-4,5	+0,8	+0,8	+1,5	+0,5
2001	+2,7	+1,1	-0,0	+1,1	+1,9	+1,9	+0,3
2002	+1,4	+1,4	+2,3	+0,7	+1,2	+1,4	+0,5
2003	+0,7	+1,1	+1,0	+0,9	+1,6	+1,0	+0,9
2004	+2,2	+1,1	+0,1	+1,1	+1,2	+1,7	-0,4
2005	+1,3	+0,6	-1,9	+1,3	+1,7	+1,6	-0,9
2006	+4,0	+0,3	-1,4	+0,8	+1,0	+1,6	-2,4
2007	+5,0	+1,6	+0,5	+1,5	+1,5	+2,3	-1,0
2008	+1,9	+0,8	-1,5	+1,4	+1,7	+2,6	+2,3
2009	-4,0	+1,2	+3,8	-0,1	+0,1	+0,4	+6,0
2010	+4,3	+0,6	-2,0	+1,4	+1,9	+1,1	-1,5
2011	+3,8	+0,8	-2,4	+1,8	+2,1	+2,3	+1,2
2006/01	+1,9	+0,9	+0,0	+1,0	+1,3	+1,4	-0,5
2011/06	+2,1	+1,0	-0,4	+1,2	+1,4	+1,7	+1,4

 $<sup>^{1}</sup> Einschließlich \ private \ Organisationen \ ohne \ Erwerbszweck.$ 

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft<sup>1</sup>

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderu	ng in % p.a.	in Mı	d.€		Anteile	am BIP in %	
1991			-5,8	-23,4	25,7	26,1	-0,4	-1,5
1992	+0,4	+0,6	-6,7	-18,9	24,0	24,4	-0,4	-1,1
1993	-5,7	-8,0	2,9	-15,2	22,0	21,8	0,2	-0,9
1994	+9,1	+8,3	6,0	-26,1	22,8	22,5	0,3	-1,5
1995	+7,8	+6,7	11,0	-23,3	23,7	23,1	0,6	-1,3
1996	+6,0	+4,5	18,0	-12,8	24,8	23,8	1,0	-0,7
1997	+12,7	+11,7	24,7	-9,3	27,4	26,1	1,3	-0,5
1998	+6,9	+6,8	26,9	-14,6	28,6	27,2	1,4	-0,7
1999	+5,0	+7,0	17,6	-26,1	29,4	28,5	0,9	-1,3
2000	+16,2	+18,7	6,3	-29,4	33,4	33,1	0,3	-1,4
2001	+7,0	+1,8	41,7	-3,9	34,8	32,8	2,0	-0,2
2002	+4,0	-3,6	95,9	42,1	35,7	31,2	4,5	2,0
2003	+0,9	+2,7	84,2	40,5	35,7	31,8	3,9	1,9
2004	+10,3	+7,7	110,8	102,3	38,5	33,5	5,0	4,7
2005	+8,6	+9,2	116,0	112,4	41,3	36,1	5,2	5,1
2006	+14,6	+14,9	130,1	150,0	45,5	39,9	5,6	6,5
2007	+8,8	+5,7	170,0	182,9	47,2	40,2	7,0	7,5
2008	+3,8	+6,1	154,2	153,3	48,1	41,8	6,2	6,2
2009	-16,2	-15,2	118,5	136,7	41,9	37,0	5,0	5,8
2010	+16,5	+16,7	135,5	143,2	46,8	41,4	5,5	5,8
2011	+11,2	+13,4	127,7	138,3	50,1	45,2	5,0	5,4
2006/01	+7,6	+6,0	96,4	73,9	38,6	34,2	4,4	3,3
2011/06	+4,1	+4,7	139,3	150,7	46,6	40,9	5,7	6,2

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In jeweiligen Preisen.

 $\label{thm:quellen:Quellen:Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.}$ 

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)		quote	Bruttolöhne und - gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) <sup>3</sup>
				unbereinigt <sup>1</sup>	bereinigt <sup>2</sup>		
Jahr	V	eränderung in % p.a	a.	in	1%	Veränderu	ng in % p.a.
1991				70,8	70,8		•
1992	+6,7	+2,6	+8,4	71,9	72,1	+10,2	+4,0
1993	+1,4	-0,8	+2,3	72,5	72,9	+4,3	+0,9
1994	+4,1	+8,2	+2,5	71,4	72,0	+1,9	-2,3
1995	+3,9	+4,9	+3,5	71,1	71,8	+2,9	-0,9
1996	+1,5	+3,1	+0,8	70,7	71,5	+1,2	+0,4
1997	+1,5	+4,2	+0,3	69,9	70,8	+0,0	-2,5
1998	+1,8	+1,3	+2,0	70,0	71,0	+0,8	+0,4
1999	+1,0	-2,4	+2,5	71,1	72,0	+1,3	+1,3
2000	+2,2	-1,5	+3,7	72,1	72,9	+1,3	+1,7
2001	+2,3	+3,6	+1,9	71,8	72,6	+2,0	+1,3
2002	+0,9	+1,7	+0,6	71,6	72,5	+1,4	+0,1
2003	+1,1	+3,2	+0,2	71,0	72,1	+1,1	-1,3
2004	+4,9	+16,0	+0,3	67,9	69,2	+0,5	+0,9
2005	+1,6	+6,4	-0,7	66,4	68,0	+0,3	-1,4
2006	+5,5	+13,3	+1,6	63,9	65,5	+0,8	-1,2
2007	+3,8	+5,8	+2,7	63,2	64,7	+1,5	-0,4
2008	+0,9	-3,7	+3,6	64,9	66,3	+2,2	-0,4
2009	-4,6	-13,5	+0,1	68,2	69,6	-0,3	-0,5
2010	+5,1	+10,5	+2,5	66,5	68,0	+2,2	+1,6
2011	+3,8	+2,7	+4,4	66,9	68,3	+3,3	+0,2
2006/01	+2,8	+8,0	+0,4	68,8	70,0	+0,8	-0,6
2011/06	+1,7	-0,0	+2,7	65,6	67,1	+1,8	+0,1

 $<sup>^1</sup> Arbeit nehmer ent gelte in \% \, des \, Volksein kommens.$ 

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Frühjahrsprojektion der Bundesregierung vom 25. April 2012

#### Erläuterungen zu den Tabellen 5 bis 12

1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren der Europäischen Union verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der EU für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar auf der Internetseite http://circa.europa.eu/Public/irc/ecfin/outgaps/library.

Die Berechnungen zu den verwendeten Budgetsensitivitäten werden in der folgenden Veröffentlichung beschrieben: Girouard und André (2005), Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries, OECD Economics Department Working Papers 434.

2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamtes sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes zugrunde gelegt (Variante 1-W1). Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigem und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus verlängert, um dem Randwertproblem bei Glättungen mit dem HP-Filter Rechnung zu tragen.

- 3. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamtes zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
- Berechnungen basieren auf dem Stand der Frühjahrsprojektion 2012 der Bundesregierung.
- 5. Das Produktionspotenzial ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

Die Produktionslücke kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des Bruttoinlandsprodukts vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unterbeziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von "negativen" beziehungsweise "positiven" Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der Potenzialpfad beschreibt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern auch,

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist, neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mit Hilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige

Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten einschränkt. Die Budgetsensitivität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, Artikel "Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel" zu finden (http://www.bundesfinanzministerium.de/nn\_123210/DE/BMF\_\_Startseite/Aktuelles/Monatsbericht\_\_des\_\_BMF/2011/02/analysen-und-berichte/b03-konjunkturkomponente-des-bundes/node.html?\_\_nnn=true).

Tabelle 5: Produktionslücken, Budgetsensitivität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsensitivität <sup>1</sup>	Konjunkturkomponente <sup>1</sup>	
		in Mrd. € (nominal)			in Mrd. € (nominal)	
2013	2 737,4	2 714,5	-23,0	0,160	-3,7	
2014	2 812,2	2 794,9	-17,2	0,160	-2,8	
2015	2 886,8	2 877,8	-9,0	0,160	-1,4	
2016	2 963,1	2 963,1	0,0	0,160	0,0	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrundeliegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Die für die Haushaltsaufstellung letztlich maßgeblichen Werte sind den jeweiligen Haushaltsgesetzen des Bundes zu entnehmen.

Tabelle 6: Produktionspotenzial und -lücken

		Produktion	spotenzial			Produktion	nslücken	
	preisbe	ereinigt	nom	ninal	preisber	einigt	nom	ninal
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIF
1980	1 381,0		833,7		34,7	2,5	21,0	2,5
1981	1 413,4	+2,3	888,9	+6,6	9,8	0,7	6,2	0,7
1982	1 444,7	+2,2	950,2	+6,9	-27,1	-1,9	-17,8	-1,9
1983	1 475,7	+2,1	997,8	+5,0	-35,8	-2,4	-24,2	-2,4
1984	1 506,8	+2,1	1 039,1	+4,1	-26,2	-1,7	-18,1	-1,7
1985	1 536,0	+1,9	1 081,8	+4,1	-21,0	-1,4	-14,8	-1,4
1986	1 567,6	+2,1	1 137,1	+5,1	-17,9	-1,1	-13,0	-1,1
1987	1 600,9	+2,1	1 176,2	+3,4	-29,5	-1,8	-21,7	-1,8
1988	1 640,0	+2,4	1 225,3	+4,2	-10,4	-0,6	-7,7	-0,6
1989	1 686,1	+2,8	1 296,0	+5,8	7,0	0,4	5,4	0,4
1990	1 744,8	+3,5	1 386,7	+7,0	37,3	2,1	29,6	2,1
1991	1 799,3	+3,1	1 474,0	+6,3	73,9	4,1	60,6	4,1
1992	1 849,2	+2,8	1 596,8	+8,3	59,8	3,2	51,6	3,2
1993	1 893,5	+2,4	1 700,2	+6,5	-3,7	-0,2	-3,3	-0,2
1994	1 930,7	+2,0	1 776,8	+4,5	5,9	0,3	5,4	0,3
1995	1 965,9	+1,8	1 845,5	+3,9	3,2	0,2	3,0	0,2
1996	1 999,7	+1,7	1 889,2	+2,4	-15,1	-0,8	-14,2	-0,8
1997	2 031,9	+1,6	1 924,7	+1,9	-12,8	-0,6	-12,1	-0,6
1998	2 063,8	+1,6	1 966,5	+2,2	-7,1	-0,3	-6,8	-0,3
1999	2 096,3	+1,6	2 001,3	+1,8	-1,1	-0,1	-1,1	-0,1
2000	2 129,0	+1,6	2 018,8	+0,9	30,2	1,4	28,7	1,4
2001	2 161,7	+1,5	2 072,9	+2,7	30,2	1,4	29,0	1,4
2002	2 193,0	+1,5	2 133,1	+2,9	-0,9	0,0	-0,9	0,0
2003	2 221,7	+1,3	2 184,7	+2,4	-37,8	-1,7	-37,2	-1,7
2004	2 248,9	+1,2	2 235,0	+2,3	-39,6	-1,8	-39,3	-1,8
2005	2 274,0	+1,1	2 274,0	+1,7	-49,6	-2,2	-49,6	-2,2
2006	2 300,7	+1,2	2 307,9	+1,5	6,0	0,3	6,0	0,3
2007	2 329,4	+1,2	2 374,8	+2,9	52,7	2,3	53,7	2,3
2008	2 357,2	+1,2	2 421,7	+2,0	50,7	2,2	52,1	2,2
2009	2 378,9	+0,9	2 472,7	+2,1	-94,5	-4,0	-98,2	-4,0
2010	2 409,1	+1,3	2 519,0	+1,9	-40,4	-1,7	-42,2	-1,7
2011	2 445,1	+1,5	2 576,4	+2,3	-5,4	-0,2	-5,6	-0,2
2012	2 481,6	+1,5	2 655,2	+3,1	-24,1	-1,0	-25,8	-1,0
2013	2 518,8	+1,5	2 737,4	+3,1	-21,1	-0,8	-23,0	-0,8
2014	2 551,8	+1,3	2 812,2	+2,7	-15,6	-0,6	-17,2	-0,6
2015	2 583,4	+1,2	2 886,8	+2,7	-8,1	-0,3	-9,0	-0,3
2016	2 615,1	+1,2	2 963,1	+2,6	0,0	0,0	0,0	0,0

Tabelle 7: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum<sup>1</sup>

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in % ggü. Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1981	+2,3	1,0	0,2	1,1
1982	+2,2	1,0	0,2	1,0
1983	+2,1	1,2	0,1	0,9
1984	+2,1	1,2	0,0	0,9
1985	+1,9	1,3	-0,2	0,8
1986	+2,1	1,4	-0,2	0,8
1987	+2,1	1,5	-0,2	0,8
1988	+2,4	1,6	0,0	0,8
1989	+2,8	1,7	0,2	0,9
1990	+3,5	1,8	0,7	0,9
1991	+3,1	1,8	0,3	1,0
1992	+2,8	1,6	0,0	1,1
1993	+2,4	1,4	-0,1	1,1
1994	+2,0	1,3	-0,3	1,0
1995	+1,8	1,1	-0,3	1,0
1996	+1,7	1,0	-0,2	0,9
1997	+1,6	1,0	-0,2	0,9
1998	+1,6	0,9	-0,2	0,9
1999	+1,6	0,9	-0,2	0,9
2000	+1,6	1,0	-0,3	0,9
2001	+1,5	1,0	-0,3	0,8
2002	+1,5	0,9	-0,1	0,7
2003	+1,3	0,8	-0,1	0,6
2004	+1,2	0,8	-0,1	0,5
2005	+1,1	0,7	-0,1	0,5
2006	+1,2	0,7	0,0	0,5
2007	+1,2	0,6	0,1	0,5
2008	+1,2	0,5	0,1	0,5
2009	+0,9	0,4	0,1	0,4
2010	+1,3	0,4	0,5	0,4
2011	+1,5	0,4	0,6	0,4
2012	+1,5	0,5	0,6	0,4
2013	+1,5	0,6	0,5	0,4
2014	+1,3	0,6	0,2	0,5
2015	+1,2	0,7	0,1	0,5
2016	+1,2	0,7	0,0	0,5

 $<sup>^{1}</sup> Abweichungen \, des \, ausgewiesenen \, Potenzial wachstums \, von \, der \, Summe \, der \, Wachstums beiträge \, sind \, rundungsbedingt.$ 

Tabelle 8: Bruttoinlandsprodukt

	preisberei	inigt <sup>i</sup>	nomin	al
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	689,7		166,7	
961	721,6	+4,6	186,4	+11,8
962	755,3	+4,7	207,0	+11,1
1963	776,5	+2,8	219,3	+5,9
1964	828,3	+6,7	243,2	+10,9
1965	872,6	+5,4	266,9	+9,
1966	896,9	+2,8	276,9	+3,
1967	894,2	-0,3	271,9	-1,
1968	942,9	+5,5	298,5	+9,8
1969	1 013,3	+7,5	340,5	+14,
1970	1 064,3	+5,0	390,9	+14,8
1971	1 097,7	+3,1	433,8	+11,
1972	1 144,9	+4,3	473,0	+9,0
1973	1 199,6	+4,8	526,8	+11,4
1974	1 210,3	+0,9	570,2	+8,2
1975	1 199,8	-0,9	597,2	+4,8
1976	1 259,1	+4,9	647,5	+8,4
1977	1 301,3	+3,3	690,0	+6,
1978	1 340,4	+3,0	735,9	+6,
1979	1 396,1	+4,2	799,2	+8,
1980	1 415,7	+1,4	854,7	+6,:
1981	1 423,2	+0,5	895,1	+4,
1982	1 417,6	-0,4	932,4	+4,
1983	1 439,9	+1,6	973,6	+4,
1984	1 480,6	+2,8	1 021,0	+4,9
1985	1515,0	+2,3	1 067,0	+4,
1986	1 549,7	+2,3	1 124,2	+5,
1987	1571,4	+1,4	1 154,5	+2,
1988	1 629,7	+3,7	1217,5	+5,
1989	1 693,2	+3,9	1 301,4	+6,:
1990	1 782,1	+5,3	1 416,3	+8,8
1991	1873,2	+5,1	1 534,6	+8,
1992	1 909,0	+1,9	1 648,4	+7,
1993	1 889,9	-1,0	1 696,9	+2,
1994	1 936,6	+2,5	1 782,2	+5,
1995	1 969,0	+1,7	1 848,5	+3,
1996	1 984,6	+0,8	1 875,0	+1,
1997	2 019,1	+1,7	1912,6	+2,
1998	2 056,7	+1,9	1 959,7	+2,
1999	2 095,2	+1,9		
2000	2 159,2		2 000,2	+2,
2000	2 191,9	+3,1 +1,5	2 101,9	+2,
2001				
2002	2 192,1	+0,0	2 132,2	+1,
2003	2 183,9		2 147,5	
	2 209,3	+1,2	2 195,7	+2,
2005	2 224,4	+0,7	2 224,4	+1,
2006	2 3 0 6, 7	+3,7	2 3 1 3 , 9	+4,
2007	2 382,1	+3,3	2 428,5	+5,
2008	2 407,9	+1,1	2 473,8	+1,:
2009	2 284,5	-5,1	2374,5	-4,
2010	2 368,8	+3,7	2 476,8	+4,
2011	2 439,7	+3,0	2 570,8	+3,
2012	2 457,5	+0,7	2 629,5	+2,
2013	2 497,6	+1,6	2 714,5	+3,
2014	2 536,2	+1,5	2 794,9	+3,
2015	2 575,4	+1,5	2 877,8	+3,0
2016	2 615,1	+1,5	2 963,1	+3,0

 $<sup>^{1}</sup> Verkettete \ Volumen angaben, berechnet \ auf \ Basis \ der \ vom \ Statistischen \ Bundesamt \ ver\"{o}ffentlichten \ Indexwerte \ (2005=100).$ 

# 

Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipa	tionsraten			
Jahr	Erwerbsbe	völkerung <sup>1</sup>	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstä	tige, Inland	
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjah	
960	46 765			70,0	32 275		
961	46 821	+0,1		70,6	32 725	+1,4	
962	47 178	+0,8		70,2	32 839	+0,3	
963	47 403	+0,5		70,1	32 917	+0,2	
964	47 644	+0,5		69,8	32 945	+0,1	
965	47 966	+0,7	69,2	69,6	33 132	+0,6	
966	48 146	+0,4	68,9	69,2	33 030	-0,3	
967	47 914	-0,5	68,7	68,3	31 954	-3,3	
968	47 823	-0,2	68,6	68,0	31 982	+0,1	
969	48 208	+0,8	68,6	68,0	32 479	+1,6	
970	47 887	-0,7	68,7	69,1	32 926	+1,4	
971	48 340	+0,9	68,8	68,9	33 076	+0,5	
972	48 657	+0,7	68,8	69,0	33 258	+0,6	
973	49 013	+0,7	68,8	69,4	33 660	+1,2	
974	49 192	+0,4	68,7	69,0	33 341	-0,9	
975	49 133	-0,1	68,5	68,3	32 504	-2,	
976	49 116	-0,0	68,3	68,1	32 369	-0,4	
977	49 289	+0,4	68,2	67,9	32 442	+0,2	
978	49 553	+0,5	68,2	68,1	32 763	+1,0	
979	49 978	+0,9	68,3	68,5	33 396	+1,9	
980	50 649	+1,3	68,5	68,7	33 956	+1,	
981	51 392	+1,5	68,8	68,8	33 996	+0,	
982	52 069	+1,3	69,2	69,1	33 734	-0,8	
983	52 586	+1,0	69,7	69,6	33 427	-0,9	
984	52 916	+0,6	70,2	69,9	33 715	+0,9	
985	53 020	+0,2	70,8	70,8	34 188	+1,4	
986	53 093	+0,1	71,5	71,4	34845	+1,9	
987	53 124	+0,1	72,1	72,2	35 331	+1,4	
988	53 294	+0,3	72,6	72,9	35 834	+1,4	
989	53 664	+0,7	73,1	73,1	36 507	+1,9	
990	54518	+1,6	73,4	73,5	37 657	+3,2	
991	55 023	+0,9	73,6	74,3	38 712	+2,8	
992	55 349	+0,6	73,6	73,6	38 183	-1,4	
993	55 613	+0,5	73,6	73,3	37 695	-1,3	
994	55 686	+0,1	73,7	73,6	37 667	-0,	
995	55 775	+0,2	73,8	73,6	37 802	+0,4	
996	55 907	+0,2	74,0	73,8	37 772	-0,	
997	55 980	+0,1	74,4	74,2	37 716	-0,	
998	55 991	+0,0	74,8	74,8	38 148	+1,	
999	55 952	-0,1	75,3	75,3	38 721	+1,5	
000	55 852	-0,2	75,8	76,1	39 382	+1,	
001	55 772	-0,1	76,4	76,5	39 485	+0,3	
002	55 719	-0,1	76,9	76,8	39 257	-0,6	
003	55 596	-0,2	77,5	77,0	38 918	-0,9	
004	55 359	-0,4	78,1	78,0	39 034	+0,3	
005	55 063	-0,5	78,7	79,1	38 976	-0,	
006	54746	-0,6	79,2	79,3	39 192	+0,6	
007	54 496	-0,5	79,7	79,7	39 857	+1,	
008	54 276	-0,4	80,1	80,1	40 345	+1,2	
009	54 006	-0,5	80,5	80,7	40 362	+0,0	
010	53 922	-0,2	80,8	80,7	40 553	+0,5	
011	53 892	-0,2	81,2	80,9	41 100	+1,3	
012	53 810	-0,1	81,5	81,6	41 520	+1,0	
013	53 663	-0,2	81,8	81,9	41 610	+0,2	
014	53 451	-0,3		81,9			
015			82,2		41 610	+0,0	
	53 188	-0,5	82,5	82,4	41 610	+0,0	
016	52 898	-0,5	82,9	82,8	41 610	+0,0	
017	52 580	-0,6	83,3	83,3	•		
018	52 244 51 892	-0,6 -0,7	83,8 84,2	83,8 84,3			

noch Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	zeit je Erwerb	stätigen, Arbeitsst	unden	Arbeitnehn	ner, Inland	Erwerbslose, Inländer		
Jahr	Tre		Tatsächlich bzw				in % der Erwerbs-	NAIRU <sup>3</sup>	
	Stunden	in % ggü. Voriahr	Stunden	in % ggü. Voriahr	in Tsd.	in % ggü. Voriahr	personen <sup>2</sup>		
960			2 165		25 095		1,4		
961			2 138	-1,2	25 710	+2,5	0,9		
962			2 102	-1,7	26 079	+1,4	0,8		
963			2 071	-1,4	26 377	+1,1	1,0		
964			2 083	+0,6	26 673	+1,1	0,9		
1965	2 065		2 069	-0,7	27 035	+1,4	0,8		
966	2 041	-1,2	2 043	-1,3	27 050	+0,1	0,8		
967	2 017	-1,2	2 005	-1,8	26 139	-3,4	2,4	1,	
1968	1 994	-1,1	1 993	-0,6	26 305	+0,6	1,7	1,	
1969	1 971	-1,2	1973	-1,0	27 034	+2,8	0,9		
								1,	
1970	1 948	-1,2	1 958	-0,8	27 814	+2,9	0,5	1,	
1971	1 923	-1,3	1 926	-1,6	28 276	+1,7	0,7	1,	
1972	1 897	-1,4	1 903	-1,2	28 616	+1,2	0,9	1,	
1973	1 870	-1,4	1 875	-1,5	29 133	+1,8	1,0	1,:	
1974	1 845	-1,3	1 835	-2,1	28 983	-0,5	1,7	1,	
1975	1 823	-1,2	1 798	-2,0	28 319	-2,3	3,1	1,	
1976	1 805	-1,0	1811	+0,7	28 397	+0,3	3,2	2,	
1977	1 788	-0,9	1 793	-1,0	28 632	+0,8	3,1	2,	
1978	1 773	-0,9	1 775	-1,1	29 025	+1,4	2,9	3,	
1979	1 758	-0,9	1 763	-0,7	29 755	+2,5	2,4	3,	
1980	1 742	-0,9	1 743	-1,1	30 337	+2,0	2,4	4,	
1981	1 727	-0,9	1722	-1,2	30 416	+0,3	3,8	4,	
	1712		1711			-0,7			
1982		-0,9		-0,6	30 192		6,2	5,	
1983	1 696	-0,9	1 698	-0,8	29 925	-0,9	8,6	6,	
1984	1 680	-1,0	1 686	-0,7	30 213	+1,0	8,9	6,	
1985	1 662	-1,0	1 663	-1,4	30 689	+1,6	9,0	6,	
1986	1 645	-1,1	1 644	-1,1	31 322	+2,1	8,1	7,	
1987	1 627	-1,1	1 622	-1,3	31 842	+1,7	7,8	7,	
1988	1 610	-1,0	1 617	-0,3	32 356	+1,6	7,7	7,	
1989	1 594	-1,0	1 594	-1,4	33 004	+2,0	6,9	7,	
1990	1 579	-0,9	1 571	-1,4	34 135	+3,4	6,1	7,	
1991	1 566	-0,8	1 552	-1,2	35 148	+3,0	5,3	7,	
1992	1 556	-0,7	1 564	+0,8	34 567	-1,7	6,2	7,	
1993	1 547	-0,6	1 547	-1,1	34 020	-1,6	7,5	7,	
1994	1 537	-0,6	1 545	-0,1	33 909	-0,3	8,1	7,	
1995	1 527	-0,7	1 529	-1,1	33 996	+0,3	7,9	7,	
1996	1516	-0,7	1511	-1,1	33 907	-0,3	8,5	7,	
1997	1 506	-0,7	1 505	-0,4	33 803	-0,3	9,2	7,	
1998	1 495	-0,7	1 499	-0,4	34 189	+1,1	8,9	8,	
1999	1 483	-0,8	1 491	-0,5	34735	+1,6	8,1	8,	
2000	1 471	-0,8	1 471	-1,4	35 387	+1,9	7,4	8,	
2001	1 459	-0,8	1 453	-1,2	35 465	+0,2	7,5	8,	
2002	1 449	-0,7	1 441	-0,8	35 203	-0,7	8,2	8,	
2003	1 440	-0,6	1 436	-0,4	34800	-1,1	9,1	8,	
2004	1 433	-0,5	1 436	+0,0	34777	-0,1	9,6	8,	
2005	1 428	-0,4	1 431	-0,4	34 559	-0,6	10,5	8,	
2006	1 422	-0,4	1 424	-0,5	34 736	+0,5	9,8	8,	
2007	1 417	-0,4	1 422	-0,1	35 359	+1,8	8,3	8,	
2008	1 412	-0,4	1 422	-0,0	35 866	+1,4	7,2	7,	
2008									
	1 409	-0,3	1 383	-2,8	35 894	+0,1	7,4	7,	
2010	1 408	-0,1	1 408	+1,8	36 065	+0,5	6,8	6,	
2011	1 408	+0,0	1 413	+0,3	36 554	+1,4	5,7	6,	
2012	1 410	+0,1	1 413	+0,0	36 933	+1,0	5,5	5,	
2013	1 411	+0,1	1 413	+0,0	36 993	+0,2	5,3	5,	
2014	1 411	+0,0	1 412	-0,1	36 993	+0,0	5,2	5,	
2015	1 411	+0,0	1 411	-0,1	36993	+0,0	5,1	5,	
2016	1 411	-0,0	1 411	-0,1	36 993	+0,0	5,0	4,	
2017	1 410	-0,0	1 410	-0,0				.,	
2018	1 410	-0,0	1 409	-0,0	·	•			
2019	1 409	-0,0	1 409	-0,0					

 $<sup>^{1} 12.\</sup> koordinier te \ Bev\"{o}lkerungsvor ausberechnung \ des \ Statistischen \ Bundesamtes; \ Variante \ 1-W1.$ 

 $<sup>{}^2\,</sup>Erwerbs lose nquote nach \,Definition \,der \,International \,Labour \,Organization \,(ILO).$ 

 $<sup>^{\</sup>rm 3}\,{\rm NAIRU}$  - Non-Accelerating Inflation Rate of Unemployment.

Tabelle 10: Kapitalstock und Investitionen

	Bruttoanlag	evermögen	Bruttoanlage	investitionen	Abgangssquote
	preisbe	ereinigt	preisbe	reinigt	tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in%
1980	6 110,9	+3,5	286,6	+2,3	1,4
1981	6 307,7	+3,2	273,2	-4,7	1,2
1982	6 485,6	+2,8	260,7	-4,6	1,3
1983	6 655,5	+2,6	268,5	+3,0	1,5
1984	6 823,4	+2,5	269,0	+0,2	1,5
1985	6 985,8	+2,4	270,8	+0,7	1,6
1986	7 149,0	+2,3	279,4	+3,2	1,7
1987	7 315,5	+2,3	285,2	+2,1	1,7
1988	7 487,8	+2,4	299,6	+5,0	1,7
1989	7 672,9	+2,5	321,3	+7,2	1,8
1990	7 876,2	+2,7	346,9	+8,0	1,9
1991	8 112,9	+3,0	365,4	+5,3	1,6
1992	8 378,1	+3,3	382,2	+4,6	1,4
1993	8 636,4	+3,1	365,9	-4,3	1,3
1994	8 887,4	+2,9	381,4	+4,2	1,5
1995	9 140,0	+2,8	380,7	-0,2	1,4
1996	9 384,7	+2,7	378,6	-0,6	1,5
1997	9 622,5	+2,5	382,2	+0,9	1,5
1998	9 862,1	+2,5	397,4	+4,0	1,6
1999	10 109,6	+2,5	415,4	+4,5	1,7
2000	10 361,7	+2,5	426,3	+2,6	1,7
2001	10 601,8	+2,3	412,2	-3,3	1,7
2002	10 807,2	+1,9	387,0	-6,1	1,7
2003	10 984,2	+1,6	382,4	-1,2	1,9
2004	11 148,6	+1,5	381,5	-0,2	2,0
2005	11 304,0	+1,4	384,5	+0,8	2,1
2006	11 467,3	+1,4	416,1	+8,2	2,2
2007	11 647,1	+1,6	435,8	+4,7	2,2
2008	11 830,9	+1,6	443,0	+1,7	2,2
2009	11 982,8	+1,3	392,5	-11,4	2,0
2010	12 111,4	+1,1	414,1	+5,5	2,4
2011	12 257,0	+1,2	440,7	+6,4	2,4
2012	12 411,1	+1,3	448,8	+1,9	2,4
2013	12 565,7	+1,2	467,4	+4,1	2,5
2014	12 730,0	+1,3	480,6	+2,8	2,5
2015	12 906,4	+1,4	494,3	+2,8	2,5
2016	13 092,1	+1,4	508,3	+2,8	2,5

Tabelle 11: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1980	-7,4285	-7,4392
1981	-7,4270	-7,4291
1982	-7,4314	-7,4187
1983	-7,4141	-7,4072
1984	-7,3961	-7,3948
1985	-7,3814	-7,3815
1986	-7,3718	-7,3675
1987	-7,3662	-7,3526
1988	-7,3450	-7,3364
1989	-7,3180	-7,3192
1990	-7,2866	-7,3015
1991	-7,2573	-7,2841
1992	-7,2459	-7,2680
1993	-7,2510	-7,2538
1994	-7,2351	-7,2411
1995	-7,2238	-7,2299
1996	-7,2171	-7,2197
1997	-7,2052	-7,2102
1998	-7,2001	-7,2009
1999	-7,1966	-7,1916
2000	-7,1770	-7,1817
2001	-7,1639	-7,1720
2002	-7,1615	-7,1629
2003	-7,1628	-7,1547
2004	-7,1585	-7,1471
2005	-7,1532	-7,1399
2006	-7,1223	-7,1328
2007	-7,1056	-7,1265
2008	-7,1082	-7,1213
2009	-7,1474	-7,1175
2010	-7,1296	-7,1132
2011	-7,1152	-7,1088
2012	-7,1192	-7,1041
2013	-7,1088	-7,0984
2014	-7,0975	-7,0921
2015	-7,0866	-7,0851
2016	-7,0760	-7,0777

# 

Tabelle 12: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmerentgelte, Inland		
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjah	
1960	24,2		27,7		83,9		
1961	25,8	+6,8	28,6	+3,3	94,7	+12,9	
1962	27,4	+6,1	29,5	+2,9	104,8	+10,6	
1963	28,2	+3,0	30,3	+3,0	112,4	+7,3	
1964	29,4	+4,0	31,0	+2,2	123,0	+9,4	
1965	30,6	+4,2	32,0	+3,2	136,5	+11,0	
1966	30,9	+0,9	33,2	+3,6	147,0	+7,7	
1967	30,4	-1,5	33,7	+1,6	146,7	-0,2	
1968	31,7	+4,1	34,2	+1,6	157,6	+7,4	
1969	33,6	+6,2	34,9	+1,9	177,3	+12,6	
1970	36,7	+9,3	36,1	+3,5	210,6	+18,7	
1971	39,5	+7,6	38,1	+5,6	238,7	+13,3	
1972	41,3	+4,5	39,9	+4,7	264,6	+10,9	
1973	43,9	+6,3	42,9	+7,4	301,2	+13,8	
1974		+7,3	46,3	+8,0	333,1	+10,6	
	47,1						
1975	49,8	+5,7	48,8	+5,5	348,1	+4,5	
1976	51,4	+3,3	50,7	+3,8	376,2	+8,1	
1977	53,0	+3,1	52,0	+2,7	403,9	+7,4	
1978	54,9	+3,5	53,0	+1,9	431,2	+6,8	
1979	57,2	+4,3	56,1	+5,7	466,9	+8,3	
1980	60,4	+5,5	59,9	+6,7	507,6	+8,7	
1981	62,9	+4,2	63,5	+6,1	532,3	+4,9	
1982	65,8	+4,6	66,7	+5,0	549,0	+3,1	
1983	67,6	+2,8	68,9	+3,2	561,2	+2,2	
1984	69,0	+2,0	70,6	+2,5	583,1	+3,9	
1985	70,4	+2,1	71,7	+1,5	606,5	+4,0	
1986	72,5	+3,0	70,9	-1,1	638,7	+5,3	
1987	73,5	+1,3	70,8	-0,1	667,7	+4,5	
1988	74,7	+1,7	72,1	+1,9	695,8	+4,2	
1989	76,9	+2,9	74,9	+3,9	728,0	+4,6	
1990	79,5	+3,4	77,1	+3,0	787,6	+8,2	
1991	81,9	+3,1	79,4	+2,9	858,8	+9,0	
1992	86,3	+5,4	82,8	+4,3	931,8	+8,5	
1993	89,8	+4,0	85,9	+3,6	954,0	+2,4	
1994	92,0	+2,5	88,0	+2,5	978,5	+2,6	
1995	93,9	+2,0	89,3	+1,4	1 014,6	+3,7	
1996	94,5	+0,6	90,1	+1,0	1 022,9	+0,8	
1997	94,7	+0,3	91,3	+1,3	1 026,2	+0,3	
1998	95,3	+0,6	91,7	+0,5	1 047,2	+2,0	
1999	95,5	+0,2	92,1	+0,4	1 073,7	+2,5	
2000	94,8	-0,7	92,8	+0,8	1114,1	+3,8	
2001	95,9	+1,1	94,6	+1,9	1 135,1	+1,9	
2002	97,3	+1,4	95,7	+1,2	1 141,5	+0,6	
2003	98,3	+1,1	97,2	+1,6	1 144,3	+0,2	
2004	99,4	+1,1	98,4	+1,2	1 147,5	+0,3	
2005	100,0	+0,6	100,0	+1,7	1 139,4	-0,7	
2006	100,3	+0,3	101,0	+1,0	1 157,0	+1,5	
2007	101,9	+1,6	102,5	+1,5	1 187,0	+2,6	
2008	102,7	+0,8	104,2	+1,7	1 229,4	+3,6	
2009	103,9	+1,2	104,2	+0,1	1 230,6	+0,1	
2010	104,6	+0,6	106,3	+1,9	1 261,4	+2,5	
2011	105,4	+0,8	108,5	+2,1	1317,1	+4,4	
2012	107,0	+1,5	110,8	+2,1	1 361,5	+3,4	
2013	108,7	+1,6	112,8	+1,8	1 395,4	+2,5	
2014	110,2	+1,4	114,7	+1,7	1 428,1	+2,3	
2014	111,7	+1,4	116,7	+1,7	1 462,7	+2,4	
2013	111,7	⊤1, <del>4</del>	110,7	+1,7	1 498,4	<b>⊤∠,4</b>	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

land					jährliche\	/eränderun	gen in %				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland	+2,3	+5,3	+1,7	+3,1	+0,7	+1,1	-5,1	+3,7	+3,0	+0,7	+1,7
Belgien	+1,7	+3,1	+2,4	+3,7	+1,7	+1,0	-2,8	+2,3	+1,9	+0,0	+1,2
Estland	-	-	+4,5	+9,7	+8,9	-3,7	-14,3	+2,3	+7,6	+1,6	+3,8
Griechenland	+2,5	+0,0	+2,1	+4,5	+2,3	-0,2	-3,3	-3,5	-6,9	-4,7	+0,0
Spanien	+2,3	+3,8	+2,8	+5,0	+3,6	+0,9	-3,7	-0,1	+0,7	-1,8	-0,3
Frankreich	+1,6	+2,6	+2,0	+3,7	+1,8	-0,1	-2,7	+1,5	+1,7	+0,5	+1,3
Irland	+3,1	+7,6	+9,8	+9,3	+5,3	-3,0	-7,0	-0,4	+0,7	+0,5	+1,9
Italien	+2,8	+2,1	+2,9	+3,7	+0,9	-1,2	-5,5	+1,8	+0,4	-1,4	+0,4
Zypern	-	-	+9,9	+5,0	+3,9	+3,6	-1,9	+1,1	+0,5	-0,8	+0,3
Luxemburg	+2,9	+5,3	+1,4	+8,4	+5,4	+0,8	-5,3	+2,7	+1,6	+1,1	+2,1
Malta	-	-	+6,2	+6,4	+3,7	+4,1	-2,7	+2,3	+2,1	+1,2	+1,9
Niederlande	+2,3	+4,2	+3,1	+3,9	+2,0	+1,8	-3,5	+1,7	+1,2	-0,9	+0,7
Österreich	+2,5	+4,2	+2,7	+3,7	+2,4	+1,4	-3,8	+2,3	+3,1	+0,8	+1,7
Portugal	+1,6	+7,9	+2,3	+3,9	+0,8	+0,0	-2,9	+1,4	-1,6	-3,3	+0,3
Slowakei	-	-	+5,8	+1,4	+6,7	+5,8	-4,9	+4,2	+3,3	+1,8	+2,9
Slowenien	-	-	+4,1	+4,3	+4,0	+3,6	-8,0	+1,4	-0,2	-1,4	+0,7
Finnland	+3,3	+0,5	+4,0	+5,3	+2,9	+0,3	-8,4	+3,7	+2,9	+0,8	+1,6
Euroraum	+2,2	+3,5	+2,3	+3,8	+1,7	+0,4	-4,3	+1,9	+1,5	-0,3	+1,0
Bulgarien	-	-	+2,9	+5,7	+6,4	+6,2	-5,5	+0,4	+1,7	+0,5	+1,9
Dänemark	+4,0	+1,6	+3,1	+3,5	+2,4	-0,8	-5,8	+1,3	+1,0	+1,1	+1,4
Lettland	-	-	-0,9	+6,1	+10,1	-3,3	-17,7	-0,3	+5,5	+2,2	+3,6
Litauen	-	-	+3,3	+3,6	+7,8	+2,9	-14,8	+1,4	+5,9	+2,4	+3,5
Polen	-	-	+7,0	+4,3	+3,6	+5,1	+1,6	+3,9	+4,3	+2,7	+2,6
Rumänien	-	-	+7,1	+2,4	+4,2	+7,3	-6,6	-1,6	+2,5	+1,4	+2,9
Schweden	+2,2	+1,0	+3,9	+4,5	+3,2	-0,6	-5,0	+6,1	+3,9	+0,3	+2,1
Tschechien	-	-	+5,9	+4,2	+6,8	+3,1	-4,7	+2,7	+1,7	+0,0	+1,5
Ungarn	-	-	+1,5	+4,2	+4,0	+0,9	-6,8	+1,3	+1,7	-0,3	+1,0
Vereinigtes Königreich	+3,6	+0,8	+3,1	+4,5	+2,1	-1,1	-4,4	+2,1	+0,7	+0,5	+1,7
EU	+2,5	+3,0	+2,6	+3,9	+2,0	+0,3	-4,3	+2,0	+1,5	+0,0	+1,3
Japan	+6,3	+5,6	+1,9	+2,3	+1,3	-1,0	-5,5	+4,4	-0,7	+1,9	+1,7
USA	+4,1	+1,9	+2,5	+4,2	+3,1	-0,4	-3,5	+3,0	+1,7	+2,0	+2,1

#### Quellen:

Für die Jahre 1985 - 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2012. Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

l a a d			jährlich	ne Veränderunge	n in %		
Land	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland	+2,3	+2,8	+0,2	+1,2	+2,5	+2,3	+1,8
Belgien	+1,8	+4,5	+0,0	+2,3	+3,5	+2,9	+1,8
Estland	+6,7	+10,6	+0,2	+2,7	+5,1	+3,9	+3,4
Griechenland	+3,0	+4,2	+1,3	+4,7	+3,1	-0,5	-0,3
Spanien	+2,8	+4,1	-0,2	+2,0	+3,1	+1,9	+1,1
Frankreich	+1,6	+3,2	+0,1	+1,7	+2,3	+2,1	+1,9
Irland	+2,9	+3,1	-1,7	-1,6	+1,2	+1,7	+1,2
Italien	+2,0	+3,5	+0,8	+1,6	+2,9	+3,2	+2,3
Zypern	+2,2	+4,4	+0,2	+2,6	+3,5	+3,4	+2,5
Luxemburg	+2,7	+4,1	+0,0	+2,8	+3,7	+3,0	+2,0
Malta	+0,7	+4,7	+1,8	+2,0	+2,4	+2,0	+2,2
Niederlande	+1,6	+2,2	+1,0	+0,9	+2,5	+2,5	+1,8
Österreich	+2,2	+3,2	+0,4	+1,7	+3,6	+2,4	+2,0
Portugal	+2,4	+2,7	-0,9	+1,4	+3,6	+3,0	+1,1
Slowakei	+1,9	+3,9	+0,9	+0,7	+4,1	+2,9	+1,9
Slowenien	+3,8	+5,5	+0,9	+2,1	+2,1	+2,2	+1,7
Finnland	+1,6	+3,9	+1,6	+1,7	+3,3	+3,0	+2,5
Euroraum	+2,1	+3,3	+0,3	+1,6	+2,7	+2,4	+1,8
Bulgarien	+7,6	+12,0	+2,5	+3,0	+3,4	+2,6	+2,7
Dänemark	+1,7	+3,6	+1,1	+2,2	+2,7	+2,6	+1,5
Lettland	+10,1	+15,3	+3,3	-1,2	+4,2	+2,6	+2,1
Litauen	+5,8	+11,1	+4,2	+1,2	+4,1	+3,1	+2,9
Polen	+2,6	+4,2	+4,0	+2,7	+3,9	+3,7	+2,9
Rumänien	+4,9	+7,9	+5,6	+6,1	+5,8	+3,1	+3,4
Schweden	+1,7	+3,3	+1,9	+1,9	+1,4	+1,1	+1,5
Tschechien	+3,0	+6,3	+0,6	+1,2	+2,1	+3,3	+2,2
Ungarn	+7,9	+6,0	+4,0	+4,7	+3,9	+5,5	+3,9
Vereinigtes Königreich	+2,3	+3,6	+2,2	+3,3	+4,5	+2,9	+2,0
EU	+2,4	+3,7	+1,0	+2,1	+3,1	+2,6	+1,9
Japan	+0,0	+1,4	-1,4	-0,7	-0,3	-0,3	+0,8
USA	+2,8	+3,8	-0,4	+1,6	+3,2	+2,5	+2,0

Quelle: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2012.

Stand: Mai 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

				ir	n% der zivile	n Erwerbsb	evölkerung				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland	7,2	4,8	8,3	8,0	11,3	7,5	7,8	7,1	5,9	5,5	5,3
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	7,0	7,9	8,3	7,2	7,6	7,9
Estland	-	-	9,7	13,6	7,9	5,5	13,8	16,9	12,5	11,6	10,5
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,7	9,9	7,7	9,5	12,6	17,7	19,7	19,6
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	9,2	11,3	18,0	20,1	21,7	24,4	25,1
Frankreich	9,6	8,4	11,0	9,0	9,3	7,8	9,5	9,8	9,7	10,2	10,3
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	6,3	11,9	13,7	14,4	14,3	13,6
Italien	8,2	8,9	11,2	10,0	7,7	6,7	7,8	8,4	8,4	9,5	9,7
Zypern	-	-	2,6	4,8	5,3	3,7	5,3	6,2	7,8	9,8	9,9
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	4,9	5,1	4,6	4,8	5,2	5,9
Malta	-	4,8	4,9	6,7	7,3	6,0	6,9	6,9	6,5	6,6	6,3
Niederlande	7,3	5,1	7,1	3,1	5,3	3,1	3,7	4,5	4,4	5,7	6,2
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	3,8	4,8	4,4	4,2	4,3	4,2
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,5	8,6	8,5	10,6	12,0	12,9	15,5	15,1
Slowakei	-	-	13,2	18,8	16,3	9,5	12,0	14,4	13,5	13,2	12,7
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,5	4,4	5,9	7,3	8,2	9,1	9,4
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	6,4	8,2	8,4	7,8	7,9	7,7
Euroraum	9,3	7,5	10,4	8,7	9,2	7,6	9,6	10,1	10,2	11,0	11,0
Bulgarien	-	-	12,0	16,4	10,1	5,6	6,8	10,2	11,2	12,0	11,9
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	3,4	6,0	7,5	7,6	7,7	7,6
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	8,9	7,5	17,1	18,7	16,1	14,8	13,2
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,3	5,8	13,7	17,8	15,4	13,8	12,7
Polen	-	-	13,2	16,1	17,8	7,1	8,2	9,6	9,7	9,8	9,6
Rumänien	-	-	-	6,8	7,2	5,8	6,9	7,3	7,4	7,2	7,1
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,7	6,2	8,3	8,4	7,5	7,7	7,7
Tschechien	-	-	3,9	8,7	7,9	4,4	6,7	7,3	6,7	7,2	7,2
Ungarn	-	-	9,8	6,4	7,2	7,8	10,0	11,2	10,9	10,6	9,6
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	5,6	7,6	7,8	8,0	8,5	8,4
EU	9,4	7,3	10,7	8,8	9,0	7,1	9,0	9,7	9,7	10,3	10,3
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	4,0	5,1	5,1	4,9	4,8	4,7
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	5,8	9,3	9,6	9,0	8,2	8,0

#### Quellen:

Für die Jahre 1985 - 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2012. Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2012.

Stand: Mai 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Real	es Bruttoii	nlandsprod	dukt		Verbrauc	herpreise			Leistung	ısbilanz	
			Verände	rung gege	nüber Vor	jahr in %			В	in % des no Bruttoinlan	ominalen Idprodukts	<b>3</b>
	2010	2011	2012 <sup>1</sup>	2013 <sup>1</sup>	2010	2011	2012 <sup>1</sup>	2013 <sup>1</sup>	2010	2011	2012 <sup>1</sup>	2013 <sup>1</sup>
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	+4,8	+4,9	+4,2	+4,1	+7,2	+10,1	+7,1	+7,7	3,7	4,6	4,0	1,
darunter												
Russische Föderation	+4,3	+4,3	+4,0	+3,9	+6,9	+8,4	+4,8	+6,4	4,7	5,5	4,8	1,
Ukraine	+4,1	+5,2	+3,0	+3,5	+9,4	+8,0	+4,5	+6,7	-2,2	-5,6	-5,9	-5,
Asien	+9,7	+7,8	+7,3	+7,9	+5,7	+6,5	+5,0	+4,6	3,2	1,8	1,2	1,
darunter												
China	+10,4	+9,2	+8,2	+8,8	+3,3	+5,4	+3,3	+3,0	5,1	2,8	2,3	2,
Indien	+10,6	+7,2	+6,9	+7,3	+12,0	+8,6	+8,2	+7,3	-3,3	-2,8	-3,2	-2,
Indonesien	+6,2	+6,5	+6,1	+6,6	+5,1	+5,4	+6,2	+6,0	0,8	0,2	-0,4	-0,
Korea	+6,3	+3,6	+3,5	+4,0	+2,9	+4,0	+3,4	+3,2	2,9	2,4	1,9	1,
Thailand	+7,8	+0,1	+5,5	+7,5	+3,3	+3,8	+3,9	+3,3	4,1	3,4	1,0	1,
Lateinamerika	+6,2	+4,5	+3,7	+4,1	+6,0	+6,6	+6,4	+5,9	-1,1	-1,2	-1,8	-2,
darunter												
Argentinien	+9,2	+8,9	+4,2	+4,0	+10,5	+9,8	+9,9	+9,9	0,6	-0,5	-0,7	-1,
Brasilien	+7,5	+2,7	+3,0	+4,1	+5,0	+6,6	+5,2	+5,0	-2,2	-2,1	-3,2	-3,
Chile	+6,1	+5,9	+4,3	+4,5	+1,4	+3,3	+3,8	+3,0	1,5	-1,3	-2,4	-2,
Mexiko	+5,5	+4,0	+3,6	+3,7	+4,2	+3,4	+3,9	+3,0	-0,3	-0,8	-0,8	-0,
Sonstige												
Türkei	+9,0	+8,5	+2,3	+3,2	+8,6	+6,5	+10,6	+7,1	-6,3	-9,9	-8,8	-8,
Südafrika	+2,9	+3,1	+2,7	+3,4	+4,3	+5,0	+5,7	+5,3	-2,8	-3,3	-4,8	-5,

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Prognosen des IWF.

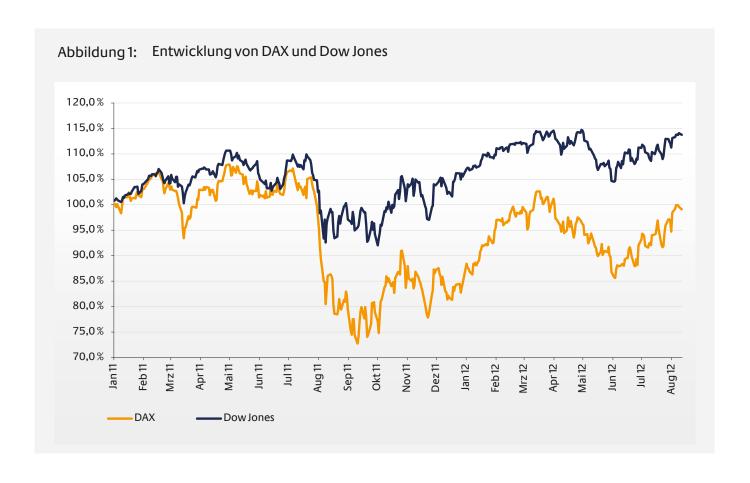
Quelle: IWF World Economic Outlook, April 2012.

 ${\tt Kennzahlen\, zur\, gesamtwirtschaftlichen\, Entwicklung}$ 

	••	
T       47		" -  1
	I IDARSICHT WAITTINGH	7m2rvta
Labelle II.	Übersicht Weltfinan	ZIIIAIKLE

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	14.08.2012	2011	zu Ende 2011	2011/2012	2011/2012
Dow Jones	13 172	12218	+7,8	10 655	13 279
Eurostoxx 50	2 432	2317	+5,0	1 995	3 068
Dax	6 974	5 8 9 8	+18,2	5 072	7 528
CAC 40	3 450	3 160	+9,2	2 782	4 157
Nikkei	8 930	8 455	+5,6	8 160	10 858
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	14.08.2012	2011	US-Bond	2011/2012	2011/2012
USA	1,75	1,89	-	1,39	3,78
Deutschland	1,42	1,83	-0,3	1,14	3,49
Japan	0,80	0,99	-1,0	0,73	1,36
Vereinigtes Königreich	1,57	1,95	-0,2	1,42	3,90
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	14.08.2012	2011	zu Ende 2011	2011/2012	2011/2012
Dollar/Euro	1,24	1,29	-4,5	1,21	1,49
Yen/Dollar	78,74	76,86	+2,4	75,79	85,39
Yen/Euro	97,14	100,20	-3,1	94,63	122,80
Pfund/Euro	0,79	0,84	-5,9	0,78	0,91

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG



KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Deutschland												
EU-KOM	+3,7	+3,0	+0,7	+1,7	+1,2	+2,5	+2,3	+1,8	7,1	5,9	5,5	5,3
OECD	+3,6	+3,1	+1,2	+2,0	+1,2	+2,5	+2,3	+2,0	6,8	5,7	5,4	5,2
IWF	+3,6	+3,1	+0,6	+1,5	+1,2	+2,5	+1,9	+1,8	7,1	6,0	5,6	5,5
USA												
EU-KOM	+3,0	+1,7	+2,0	+2,1	+1,6	+3,2	+2,5	+2,0	9,6	9,0	8,2	8,0
OECD	+3,0	+1,7	+2,4	+2,6	+1,6	+3,1	+2,3	+1,9	9,6	8,9	8,1	7,6
IWF	+3,0	+1,7	+2,1	+2,4	+1,6	+3,1	+2,1	+1,9	9,6	9,0	8,2	7,9
Japan												
EU-KOM	+4,4	-0,7	+1,9	+1,7	-0,7	-0,3	-0,3	+0,8	5,1	4,9	4,8	4,7
OECD	+4,5	-0,7	+2,0	+1,5	-0,7	-0,3	-0,2	-0,2	5,1	4,6	4,5	4,4
IWF	+4,4	-0,7	+2,0	+1,7	-0,7	-0,3	+0,0	+0,0	5,1	4,5	4,5	4,4
Frankreich												
EU-KOM	+1,5	+1,7	+0,5	+1,3	+1,7	+2,3	+2,1	+1,9	9,8	9,7	10,2	10,3
OECD	+1,6	+1,7	+0,6	+1,2	+1,7	+2,3	+2,4	+1,8	9,4	9,3	9,8	10,0
IWF	+1,4	+1,7	+0,5	+1,0	+1,7	+2,3	+2,0	+1,6	9,8	9,7	9,9	10,1
Italien												
EU-KOM	+1,8	+0,4	-1,4	+0,4	+1,6	+2,9	+3,2	+2,3	8,4	8,4	9,5	9,7
OECD	+1,8	+0,5	-1,7	-0,4	+1,6	+2,9	+3,3	+2,3	8,4	8,4	9,4	9,9
IWF	+1,8	+0,4	-1,9	-0,3	+1,6	+2,9	+2,5	+1,8	8,4	8,4	9,5	9,7
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	+2,1	+0,7	+0,5	+1,7	+3,3	+4,5	+2,9	+2,0	7,8	8,0	8,5	8,4
OECD	+2,1	+0,7	+0,5	+1,9	+3,3	+4,5	+2,6	+1,9	7,9	8,1	8,6	9,0
IWF	+2,1	+0,7	+0,8	+2,0	+3,3	+4,5	+2,4	+2,0	7,9	8,0	8,3	8,2
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	+3,2	+2,5	+2,2	+2,6	+1,8	+2,9	+2,3	+2,2	8,0	7,5	6,9	6,6
IWF	+3,2	+2,5	+2,1	+2,2	+1,8	+2,9	+2,2	+2,0	8,0	7,5	7,4	7,3
Euroraum												
EU-KOM	+1,9	+1,5	-0,3	+1,0	+1,6	+2,7	+2,4	+1,8	10,1	10,2	11,0	11,0
OECD	+1,9	+1,5	-0,1	+0,9	+1,6	+2,7	+2,4	+1,9	9,9	10,0	10,8	11,1
IWF	+1,9	+1,4	-0,3	+0,9	+1,6	+2,7	+2,0	+1,6	10,1	10,1	10,9	10,8
EZB	+1,7	+1,5	-0,1	+1,1	+1,6	+2,7	+2,4	+1,6	-	-	-	
EU-27												
EU-KOM	+2,0	+1,5	+0,0	+1,3	+2,1	+3,1	+2,6	+1,9	9,7	9,7	10,3	10,3
IWF	+2,0	+1,6	+0,0	+1,3	+2,0	+3,1	+2,3	+1,8	_	-	_	

Quellen:

EU-KOM:Frühjahrsprognose, Mai 2012.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2012.

EZB: Eurosystem Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area, März 2012 (nur BIP und Verbraucherpreise sowie nur für den Euroraum).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslo	senquote	
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Belgien												
EU-KOM	+2,3	+1,9	+0,0	+1,2	+2,3	+3,5	+2,9	+1,8	8,3	7,2	7,6	7,9
OECD	+2,2	+2,0	+0,4	+1,3	+2,3	+3,5	+2,9	+1,9	8,3	7,2	7,5	7,8
IWF	+2,3	+1,9	+0,0	+0,8	+2,3	+3,5	+2,4	+1,9	8,3	7,2	8,0	8,3
Estland												
EU-KOM	+2,3	+7,6	+1,6	+3,8	+2,7	+5,1	+3,9	+3,4	16,9	12,5	11,6	10,5
OECD	+2,3	+7,6	+2,2	+3,6	+2,7	+5,1	+3,9	+3,0	16,8	12,5	11,4	10,4
IWF	+2,3	+7,6	+2,0	+3,6	+2,9	+5,1	+3,9	+2,6	17,3	12,5	11,3	10,0
Finnland												
EU-KOM	+3,7	+2,9	+0,8	+1,6	+1,7	+3,3	+3,0	+2,5	8,4	7,8	7,9	7,7
OECD	+3,7	+2,9	+0,9	+2,0	+1,7	+3,3	+3,2	+2,4	8,4	7,8	7,9	7,8
IWF	+3,7	+2,9	+0,6	+1,8	+1,7	+3,3	+2,9	+2,1	8,4	7,8	7,7	7,8
Griechenland												
EU-KOM	-3,5	-6,9	-4,7	+0,0	+4,7	+3,1	-0,5	-0,3	12,6	17,7	19,7	19,6
OECD	-3,5	-6,9	-5,3	-1,3	+4,7	+3,1	+0,8	-0,5	12,5	17,6	21,2	21,6
IWF	-3,5	-6,9	-4,7	+0,0	+4,7	+3,1	-0,5	-0,3	12,5	17,3	19,4	19,4
Irland												
EU-KOM	-0,4	+0,7	+0,5	+1,9	-1,6	+1,2	+1,7	+1,2	13,7	14,4	14,3	13,6
OECD	-0,4	+0,7	+0,6	+2,1	-1,6	+1,2	+2,0	+1,2	13,6	14,5	14,5	14,4
IWF	-0,4	+0,7	+0,5	+2,0	-1,6	+1,1	+1,7	+1,2	13,6	14,4	14,5	13,8
Luxemburg												
EU-KOM	+2,7	+1,6	+1,1	+2,1	+2,8	+3,7	+3,0	+2,0	4,6	4,8	5,2	5,9
OECD	+2,7	+1,6	+0,6	+2,2	+2,8	+3,7	+3,1	+2,3	5,8	5,7	6,3	6,6
IWF	+2,7	+1,0	-0,2	+1,9	+2,3	+3,4	+2,3	+1,6	6,2	6,0	6,0	6,0
Malta												
EU-KOM	+2,3	+2,1	+1,2	+1,9	+2,0	+2,4	+2,0	+2,2	6,9	6,5	6,6	6,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+2,3	+2,1	+1,2	+2,0	+2,0	+2,4	+2,0	+1,9	6,9	6,4	6,6	6,5
Niederlande												
EU-KOM	+1,7	+1,2	-0,9	+0,7	+0,9	+2,5	+2,5	+1,8	4,5	4,4	5,7	6,2
OECD	+1,6	+1,3	-0,6	+0,7	+0,9	+2,5	+2,4	+1,5	4,4	4,4	5,3	5,7
IWF	+1,6	+1,3	-0,5	+0,8	+0,9	+2,5	+1,8	+1,8	4,5	4,5	5,5	5,5
Österreich												
EU-KOM	+2,3	+3,1	+0,8	+1,7	+1,7	+3,6	+2,4	+2,0	4,4	4,2	4,3	4,2
OECD	+2,5	+3,0	+0,8	+1,6	+1,7	+3,6	+2,3	+1,8	4,4	4,1	4,6	4,8
IWF	+2,3	+3,1	+0,9	+1,8	+1,7	+3,6	+2,2	+1,9	4,4	4,2	4,4	4,3

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Portugal												
EU-KOM	+1,4	-1,6	-3,3	+0,3	+1,4	+3,6	+3,0	+1,1	12,0	12,9	15,5	15,1
OECD	+1,4	-1,6	-3,2	-0,9	+1,4	+3,6	+3,1	+0,7	10,8	12,8	15,4	16,2
IWF	+1,4	-1,5	-3,3	+0,3	+1,4	+3,6	+3,2	+1,4	10,8	12,7	14,4	14,0
Slowakei												
EU-KOM	+4,2	+3,3	+1,8	+2,9	+0,7	+4,1	+2,9	+1,9	14,4	13,5	13,2	12,7
OECD	+4,2	+3,3	+2,6	+3,0	+0,7	+4,1	+3,2	+2,3	14,4	13,5	14,0	13,5
IWF	+4,2	+3,3	+2,4	+3,1	+0,7	+4,1	+3,8	+2,3	14,4	13,4	13,8	13,6
Slowenien												
EU-KOM	+1,4	-0,2	-1,4	+0,7	+2,1	+2,1	+2,2	+1,7	7,3	8,2	9,1	9,4
OECD	+1,4	-0,2	-2,0	-0,4	+2,1	+2,1	+2,4	+1,4	7,2	8,2	8,8	9,2
IWF	+1,4	-0,2	-1,0	+1,4	+1,8	+1,8	+2,2	+1,8	7,3	8,1	8,7	8,9
Spanien												
EU-KOM	-0,1	+0,7	-1,8	-0,3	+2,0	+3,1	+1,9	+1,1	20,1	21,7	24,4	25,1
OECD	-0,1	+0,7	-1,6	-0,8	+2,0	+3,1	+1,6	+2,1	20,1	21,6	24,5	25,3
IWF	-0,1	+0,7	-1,8	0,1	+2,0	+3,1	+1,9	+1,6	20,1	21,6	24,2	23,9
Zypern												
EU-KOM	+1,1	+0,5	-0,8	+0,3	+2,6	+3,5	+3,4	+2,5	6,2	7,8	9,8	9,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+1,1	+0,5	-1,2	+0,8	+2,6	+3,5	+2,8	+2,2	6,2	7,8	9,5	9,6

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2012. OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Bulgarien												
EU-KOM	+0,4	+1,7	+0,5	+1,9	+3,0	+3,4	+2,6	+2,7	10,2	11,2	12,0	11,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+0,4	+1,7	+0,8	+1,5	+3,0	+3,4	+2,1	+2,3	10,3	12,5	12,5	12,0
Dänemark												
EU-KOM	+1,3	+1,0	+1,1	+1,4	+2,2	+2,7	+2,6	+1,5	7,5	7,6	7,7	7,6
OECD	+1,3	+1,0	+0,8	+1,4	+2,3	+2,8	+2,7	+1,9	7,3	7,4	7,6	7,5
IWF	+1,3	+1,0	+0,5	+1,2	+2,3	+2,8	+2,6	+2,2	7,5	6,1	5,8	5,5
Lettland												
EU-KOM	-0,3	+5,5	+2,2	+3,6	-1,2	+4,2	+2,6	+2,1	18,7	16,1	14,8	13,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,3	+5,5	+2,0	+2,5	-1,2	+4,2	+2,6	+2,2	19,0	15,6	15,5	14,6
Litauen												
EU-KOM	+1,4	+5,9	+2,4	+3,5	+1,2	+4,1	+3,1	+2,9	17,8	15,4	13,8	12,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+1,4	+5,9	+2,0	+2,7	+1,2	+4,1	+3,1	+2,5	17,8	15,5	14,5	13,0
Polen												
EU-KOM	+3,9	+4,3	+2,7	+2,6	+2,7	+3,9	+3,7	+2,9	9,6	9,7	9,8	9,6
OECD	+3,9	+4,4	+2,9	+2,9	+2,6	+4,2	+3,9	+2,8	9,6	9,6	10,3	10,6
IWF	+3,9	+4,3	+2,6	+3,2	+2,5	+4,3	+3,8	+2,7	9,6	9,6	9,4	9,1
Rumänien												
EU-KOM	-1,6	+2,5	+1,4	+2,9	+6,1	+5,8	+3,1	+3,4	7,3	7,4	7,2	7,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,6	+2,5	+1,5	3,0*	+6,1	+5,8	+2,9	+3,1	7,6	7,2	7,2	7,1
Schweden												
EU-KOM	+6,1	+3,9	+0,3	+2,1	+1,9	+1,4	+1,1	+1,5	8,4	7,5	7,7	7,7
OECD	+5,8	+4,0	+0,6	+2,8	+1,2	+3,0	+1,4	+1,7	8,4	7,5	7,6	7,6
IWF	+5,8	+4,0	+0,9	+2,3	+1,9	+1,4	+2,5	+2,0	8,4	7,5	7,5	7,7
Tschechien												
EU-KOM	+2,7	+1,7	+0,0	+1,5	+1,2	+2,1	+3,3	+2,2	7,3	6,7	7,2	7,2
OECD	+2,6	+1,7	-0,5	+1,7	+1,5	+1,9	+3,9	+2,1	7,3	6,7	7,0	6,9
IWF	+2,7	+1,7	+0,1	+2,1	+1,5	1,9*	+3,5	+1,9	7,3	6,7	7,0	7,4
Ungarn												
EU-KOM	+1,3	+1,7	-0,3	+1,0	+4,7	+3,9	+5,5	+3,9	11,2	10,9	10,6	9,6
OECD	+1,2	+1,7	-1,5	+1,1	+4,9	+3,9	+5,7	+3,6	11,2	11,0	12,0	12,2
IWF	+1,3	+1,7	+0,0	+1,8	+4,9	+3,9	+5,2	+3,5	11,2	11,0	11,5	11,0

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2012.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2012, Weltwirtschaftsausblick (WEO), September 2011 und Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, Oktober 2011.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	nuldenquot	te		Leistung	sbilanzsaldo	)
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Deutschland												
EU-KOM	-4,3	-1,0	-0,9	-0,7	83,0	81,2	82,2	80,7	5,8	5,3	4,7	4,5
OECD	-4,3	-1,0	-0,9	-0,6	83,2	81,4	82,7	82,0	6,0	5,7	5,4	5,5
IWF	-4,3	-1,0	-0,8	-0,6	83,2	81,5	78,9	77,4	6,1	5,7	5,2	4,9
USA												
EU-KOM	-10,6	-9,6	-8,3	-7,1	99,1	103,5	108,9	111,8	-3,3	-3,2	-3,1	-3,0
OECD	-10,7	-9,7	-8,3	-6,5	98,3	102,7	108,6	111,2	-3,2	-3,1	-3,7	-4,3
IWF	-10,5	-9,6	-8,1	-6,3	98,5	102,9	106,6	110,2	-3,2	-3,1	-3,3	-3,1
Japan												
EU-KOM	-8,4	-8,2	-8,2	-8,0	197,6	211,4	219,0	221,8	3,6	2,0	1,7	1,6
OECD	-8,4	-9,5	-9,9	-10,1	192,7	205,5	214,1	222,6	3,6	2,1	1,6	1,9
IWF	-9,4	-10,1	-10,0	-8,7	215,3	229,8	235,8	241,1	3,6	2,0	2,2	2,7
Frankreich												
EU-KOM	-7,1	-5,2	-4,5	-4,2	82,3	85,8	90,5	92,5	-2,2	-2,7	-2,4	-2,1
OECD	-7,1	-5,2	-4,5	-3,0	82,7	86,2	91,6	93,5	-1,8	-2,1	-1,9	-1,7
IWF	-7,1	-5,3	-4,6	-3,9	82,4	86,3	89,0	90,8	-1,7	-2,2	-1,9	-1,5
Italien												
EU-KOM	-4,6	-3,9	-2,0	-1,1	118,6	120,1	123,5	121,8	-3,5	-3,1	-2,2	-1,3
OECD	-4,5	-3,8	-1,7	-0,6	118,7	120,0	123,1	122,5	-3,5	-3,1	-2,2	-1,7
IWF	-4,5	-3,9	-2,4	-1,5	118,7	120,1	123,4	123,8	-3,5	-3,2	-2,2	-1,5
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-10,2	-8,3	-6,7	-6,5	79,6	85,7	91,2	94,6	-3,3	-1,9	-1,7	-1,0
OECD	-10,3	-8,4	-7,7	-6,6	75,7	82,9	89,6	94,1	-3,3	-1,9	-2,1	-1,0
IWF	-9,9	-8,7	-8,0	-6,6	75,1	82,5	88,4	91,4	-3,3	-1,9	-1,7	-1,1
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-5,6	-4,5	-3,5	-2,4	84,0	83,8	84,5	81,4	-3,1	-2,8	-2,4	-2,3
IWF	-5,6	-4,5	-3,7	-2,9	85,1	85,0	84,7	82,0	-3,1	-2,8	-2,7	-2,7
Euroraum												
EU-KOM	-6,2	-4,1	-3,2	-2,9	85,6	88,0	91,8	92,6	0,1	0,1	0,6	1,0
OECD	-6,2	-4,1	-3,0	-2,0	85,8	88,1	92,2	93,0	0,4	0,5	1,0	1,5
IWF	-6,2	-4,1	-3,2	-2,7	85,7	88,1	90,0	91,0	0,3	0,3	0,7	1,0
EU-27												
EU-KOM	-6,5	-4,5	-3,6	-3,3	80,2	83,0	86,2	87,2	-0,3	0,0	0,3	0,7
IWF	-6,5	-4,6	-3,6	-	79,8	82,3	83,7	-	-0,2	0,1	0,3	0,5

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2012.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2012, Weltwirtschaftsausblick (WEO), September 2011 und Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, Oktober 2011

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	aushaltssald	do		Staatssch	nuldenquot	e		Leistung	sbilanzsaldo	)
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Belgien												
EU-KOM	-3,8	-3,7	-3,0	-3,3	96,0	98,0	100,5	100,8	3,1	2,2	1,5	1,6
OECD	-3,9	-3,9	-2,8	-2,2	96,0	98,1	98,9	97,8	1,3	-0,8	-0,5	-0,3
IWF	-4,2	-4,2	-2,9	-2,2	96,2	98,5	99,1	98,5	1,5	-0,1	-0,3	0,4
Estland												
EU-KOM	0,2	1,0	-2,4	-1,3	6,7	6,0	10,4	11,7	3,8	0,6	-0,3	-0,3
OECD	0,3	1,0	-2,0	-0,3	6,7	6,0	8,7	8,8	3,6	3,2	1,0	0,7
IWF	0,4	1,0	-2,1	-0,5	6,7	6,0	5,7	5,4	3,6	3,2	0,9	-0,3
Finnland												
EU-KOM	-2,5	-0,5	-0,7	-0,4	48,4	48,6	50,5	51,7	1,4	-0,4	-0,6	-0,7
OECD	-2,9	-0,9	-0,7	0,0	48,4	48,6	50,6	53,2	1,7	-0,6	-1,1	-0,7
IWF	-2,8	-0,8	-1,4	-0,8	48,4	48,6	51,6	52,8	1,4	-0,7	-1,0	-0,3
Griechenland												
EU-KOM	-10,3	-9,1	-7,3	-8,4	145,0	165,3	160,6	168,0	-12,3	-11,3	-7,8	-6,3
OECD	-10,5	-9,2	-7,4	-4,9	145,0	165,4	163,3	168,5	-10,1	-9,8	-7,6	-6,5
IWF	-10,6	-9,2	-7,2	-4,6	142,8	160,8	153,2	160,9	-10,0	-9,7	-7,4	-6,6
Irland												
EU-KOM	-31,2	-13,1	-8,3	-7,5	92,5	108,2	116,1	120,2	0,5	0,0	1,6	3,1
OECD	-31,2	-13,0	-8,4	-7,6	92,5	108,2	115,7	120,9	0,5	0,1	1,3	2,0
IWF	-31,3	-9,9	-8,5	-7,4	92,5	105,0	113,1	117,7	0,5	0,1	1,0	1,7
Luxemburg												
EU-KOM	-0,9	-0,6	-1,8	-2,2	19,1	18,2	20,3	21,6	7,7	7,1	4,5	4,9
OECD	-0,9	-0,6	-1,4	-1,1	24,7	23,9	26,0	28,7	7,7	7,1	3,5	4,2
IWF	-1,1	-0,7	-1,6	-2,0	-	-	-		7,7	6,9	5,7	5,6
Malta												
EU-KOM	-3,7	-2,7	-2,6	-2,9	69,4	72,0	74,8	75,2	-6,4	-3,3	-3,2	-2,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-3,6	-3,0	-2,7	-2,4	-	-	-		-6,4	-3,2	-3,0	-2,9
Niederlande												
EU-KOM	-5,1	-4,7	-4,4	-4,6	62,9	65,2	70,1	73,0	5,1	7,5	8,0	8,4
OECD	-5,0	-4,6	-4,3	-3,0	62,9	65,1	70,9	73,5	7,1	9,2	9,0	9,7
IWF	-5,1	-5,0	-4,5	-4,9	62,9	66,2	70,1	73,7	6,6	7,5	8,2	7,8
Österreich												
EU-KOM	-4,5	-2,6	-3,0	-1,9	71,9	72,2	74,2	74,3	2,9	1,9	1,9	1,9
OECD	-4,5	-2,6	-2,9	-2,3	71,8	72,2	75,5	76,9	3,0	1,9	2,2	2,5
IWF	4,5	2,6	3,1	2,4	71,8	72,2	73,9	74,3	3,0	1,2	1,4	1,4

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	ushaltssal	do		Staatsscl	nuldenquot	e		-9,7 -6,5 -3,6 10,0 -6,4 -4,0 10,0 -6,4 -4,2 -3,6 0,1 0,2 -2,5 0,1 1,5		
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Portugal												
EU-KOM	-9,8	-4,2	-4,7	-3,1	93,9	107,8	113,9	117,1	-9,7	-6,5	-3,6	-2,9
OECD	-9,8	-4,2	-4,6	-3,5	93,4	107,8	114,5	120,3	-10,0	-6,4	-4,0	-2,2
IWF	-9,8	-4,0	-4,5	-3,0	93,4	106,8	112,4	115,3	-10,0	-6,4	-4,2	-3,5
Slowakei												
EU-KOM	-7,7	-4,8	-4,7	-4,9	41,1	43,3	49,7	53,5	-3,6	0,1	0,2	0,2
OECD	-7,7	-4,8	-4,6	-2,9	41,1	43,3	48,6	50,7	-2,5	0,1	1,5	2,3
IWF	-7,9	-5,5	-4,2	-3,7	41,1	44,6	47,1	48,8	-3,5	0,1	-0,4	-0,4
Slowenien												
EU-KOM	-6,0	-6,4	-4,3	-3,8	38,8	47,6	54,7	58,1	-0,8	-1,1	-0,4	0,7
OECD	-6,0	-6,4	-3,9	-3,0	38,8	47,6	51,5	54,4	-0,8	-1,1	0,8	1,4
IWF	-5,4	-5,7	-4,6	-4,2	38,8	47,3	52,5	55,9	-0,8	-1,1	0,0	-0,3
Spanien												
EU-KOM	-9,3	-8,5	-6,4	-6,3	61,2	68,5	80,9	87,0	-4,5	-3,9	-2,0	-1,0
OECD	-9,3	-8,5	-5,4	-3,3	61,2	68,5	81,1	84,1	-4,5	-3,5	-0,9	0,1
IWF	-9,3	-8,5	-6,0	-5,7	61,2	68,5	79,0	84,0	-4,6	-3,7	-2,1	-1,7
Zypern												
EU-KOM	-5,3	-6,3	-3,4	-2,5	61,5	71,6	76,5	78,1	-8,7	-11,0	-7,7	-7,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-5,3	-6,5	-3,7	-1,4	-	-		-	-9,9	-8,5	-6,2	-6,3

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2012. OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Bulgarien												
EU-KOM	-3,1	-2,1	-1,9	-1,7	16,3	16,3	17,6	18,5	-0,4	0,8	0,6	-0,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,9	-2,1	-1,9	-1,6	16,7	17,0	21,3	17,6	-1,3	1,9	2,1	1,6
Dänemark												
EU-KOM	-2,5	-1,8	-4,1	-2,0	42,9	46,5	40,9	42,1	5,5	6,5	5,2	4,9
OECD	-2,7	-1,9	-3,9	-2,0	42,9	46,5	47,7	49,6	5,5	6,5	5,4	5,4
IWF	-2,7	-3,9	-5,9	-2,5	43,4	46,4	51,3	52,2	5,5	6,2	4,8	4,5
Lettland												
EU-KOM	-8,2	-3,5	-2,1	-2,1	44,7	42,6	43,5	44,7	3,0	-1,2	-1,8	-2,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-7,2	-3,4	-1,2	-0,5	39,9	37,8	39,1	41,6	3,0	-1,2	-1,9	-2,5
Litauen												
EU-KOM	-7,2	-5,5	-3,2	-3,0	38,0	38,5	40,4	40,9	1,1	-1,6	-2,0	-2,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-7,1	-5,2	-2,9	2,6	38,0	39,0	40,9	41,2	1,5	-1,7	-2,0	-2,3
Polen												
EU-KOM	-7,8	-5,1	-3,0	-2,5	54,8	56,3	55,0	53,7	-3,7	-4,3	-3,9	-4,2
OECD	-7,9	-5,1	-2,9	-2,2	54,9	56,4	56,0	55,4	-4,6	-4,3	-4,4	-4,1
IWF	-7,8	-5,2	-3,2	-2,8	54,9	55,4	55,7	55,2	-4,7	-4,3	-4,5	-4,3
Rumänien												
EU-KOM	-6,8	-5,2	-2,8	-2,2	30,5	33,3	34,6	34,6	-3,9	-4,1	-5,0	-5,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-6,4	-4,1	-1,9	-1,0	31,2	33,0	34,2	33,0	-4,5	-4,2	-4,2	-4,7
Schweden												
EU-KOM	0,3	0,3	-0,3	0,1	39,4	38,4	35,6	34,2	6,8	6,4	5,8	5,9
OECD	-0,1	0,1	-0,3	0,3	39,4	38,4	37,6	35,7	6,9	7,2	6,5	6,3
IWF	-0,2	0,1	-0,1	0,5	39,4	37,4	35,5	33,5	6,3	6,7	3,0	2,9
Tschechien												
EU-KOM	-4,8	-3,1	-2,9	-2,6	38,1	41,2	43,9	44,9	-4,4	-3,6	-3,2	-3,2
OECD	-4,8	-3,1	-2,5	-2,2	38,1	41,2	43,5	45,5	-3,8	-2,6	-0,2	-1,6
IWF	-4,8	-3,8	-3,5	-3,4	37,6	41,5	43,9	45,4	-3,0	-2,9	-2,1	-1,9
Ungarn												
EU-KOM	-4,2	4,3	-2,5	-2,9	81,4	80,6	78,5	78,0	1,0	0,9	2,2	3,7
OECD	-4,3	-4,2	-3,0	-2,9	81,0	80,2	79,7	78,8	1,2	1,3	2,7	3,8
IWF	-4,3	4,0	-3,0	-3,4	81,3	80,4	76,3	76,0	1,1	1,6	3,3	1,2

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2012.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2012.

#### Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

#### Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, August 2012

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Gestaltung: heimbüchel pr Köln kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹ per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

<sup>1</sup> Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X